





lassen und erreicht — wie alle Gewaltmaßregeln — das Gegenteil von dem, was es beabsichtigt.

Die übrige Etatsdebatte war belanglos. Es wurden sämtliche Forderungen, darunter auch die 300 000 M. für geheime Ausgaben im Interesse der Polizei bewilligt. Einspruch gegen diesen Kosten wurde auch in diesem Jahre von keiner Seite erhoben.

Am Donnerstag wird sich das Haus aus Anlaß einer Zentrums-Interpellation über das Unglück auf der Yacht „Vorussia“ unterhalten. Das Zentrum hat dem Reichskanzler den Gefallen getan und diese Angelegenheit vor das Forum des preussischen Landtages geschleppt, dessen Zusammenkunft dafür bürgt, daß die wahren Ursachen des Unglücks hübsch verschwiegen werden. Nach Erledigung der Interpellation soll der Etat der Berg-, Güten- und Salinenverwaltung beraten werden.

### Zur Charakteristik des Flottenpatriotismus.

Der Deutsche Flottenverein wendet sich wieder in einem seiner bekannten pathetischen, durch ihr Phrasenübermaß zum Spott herausfordernden Aufrufe an das deutsche Volk. Es dankt den Leitern dieses Vereins in ihrer allseitigen Weisheit eine Pflichtvergessenheit der Regierung, daß diese vorläufig nur pro Jahr 70 Millionen Mark mehr, als durch das Flottengesetz von 1899 festgesetzt worden ist, zum Ausbau der Flotte fordert. Zwar schwellen ohnehin die Ausgaben für die Marine enorm an und werden (ohne die Neuforderungen) bereits für 1905 auf 233, für 1906 auf 252 und für 1907 auf 274 Millionen Mark veranschlagt; doch so geringe Jahressummen imponieren den Flottenfremden nicht; sie verlangen, daß mindestens alljährlich doppelt so viele Kriegsschiffe erbaut und vom Stapel gelassen werden, als die Regierung vorschlägt. Deshalb fordern sie das deutsche Volk auf, durch Masseneingaben die Regierung zu bewegen, ihre unbegreifliche Verschwendung aufzugeben und mehr zu verlangen.

In dem geschwollenen Opus heißt es: Wir alle haben von den verbündeten Regierungen, die uns beratend vorliegen, von dem Reichstage, der uns vertritt, zu fordern, daß sie dem Reiche, für das wir unser Leben dahingeben bereit sind, sofort, ehe es zu spät wird, diejenige Kriegsflotte schaffen, auf die wir alle zu unserer und des Reiches Sicherheit Anspruch haben. Die jetzt vorliegende Flottenvorlage schafft uns diese Sicherheit nicht. Der Untergang der russischen Flotte lehrt uns vielmehr, daß wir vor allen Dingen die in unserer Flotte noch vorhandenen unbrauchbaren, veralteten Schiffe sofort durch vollwertige, ganz moderne Kampfschiffe zu ersetzen gezwungen sind, wenn wir nicht 1000 deutsche Seeleute im Kriegsfall nutzlos in den sichern Tod senden wollen, wie die Russen bei Tschushima. Diesen Erlaß, diese Sicherung von 1000 unserer Seeleute, müßte uns die Flottenvorlage unbedingt bringen. Die neue Flottenvorlage hat jedoch dies unabweisbar nicht gebracht. Die Aufhebung des Gleichgewichts der Seemächte, die durch die Ereignisse des letzten Sommers bewiesene Angriffslust unserer westlichen Nachbarn; die Verdoppelung der italienischen Flotte bis 1909; der Umstand, daß 1909 die Erneuerung des Dreibündnisses und seine Erweiterung auf jeden Angriffsfall, nach dem Muster anderer Bündnisse, dringend wird; alle diese Umstände läßt man geradezu danach, alle dem deutschen Volke innewohnende Kräfte anzuspannen, damit ihm spätestens bis 1909 die starke Flotte, die es braucht, geschaffen werde. Die Zeitung unserer Marine hat auch 1900 erklärt: „Linienfahrzeuge müssen den Kern der Flotte bilden.“ Der russisch-japanische Seekrieg hat dies bestätigt. Die minderwertigkeit unserer gesamten Materials an großen Schiffen, namentlich Linienfahrzeuge, ist weltbekannt. Und dieselbe Marineleitung tritt heute vor den Reichstag und fordert: nicht den Kern, sondern die Schale, nicht als die Schale, Panzerkreuzer und Torpedoboote. Die Stimmung des gesamten deutschen Volkes endlich zeigt, daß es sich des Ernstes der Zeit, den die Thronrede vom 28. November und die Kanzlerrede vom 6. Dezember 1905 atmen, bewußt und fest entschlossen ist, ohne Rücksicht auf Parteinteressen bedingungslos alles für die Flotte herzugeben, was von ihm verlangt wird. Die verbündeten Regierungen haben unterlassen, es zu verlangen; sie haben diese Stimmung nicht ausgenutzt.

Aus allen diesen Gründen muß das deutsche Volk selber aufstehen und das Versäumte nachfordern: den sofortigen Erlaß der minderwertigen Schiffe durch vollwertige Kampfschiffe allerersten Ordnung. Die doppelte Zahl von Linienfahrzeugen und Panzerkreuzern muß jährlich auf Stapel gelegt und die Bauzeit auf das kürzeste mögliche Maß beschränkt werden.

Der Weg, dies zu erreichen, ist: Masseneingaben an den Deutschen Reichstag mit der Erklärung des Anschlusses an diesen Aufruf.

Wer jetzt noch nicht einseht, daß wir unsere Flotte nur zum Schutz und nicht zum Angriff bauen, der will es nicht einsehen — da hilft alles Reden und Versichern nichts! Und haben wir es denn in der Hand, daß unsere Feinde, wenn wir nicht mehr Schiffe bauen, als die Regierungsvorlage fordert, nicht losgeschlagen werden? Eine stärkere Kriegsflotte fordert nicht einmal größere Opfer, als man jetzt von uns verlangt, wenn der § 15 des Jollitarisengesetzes vom 25. Dezember 1902 aufgehoben würde, der uns alljährlich Duzende von Millionen Mark auf Vorrat festlegen soll für eine fünfjährige Witwen- und Waisenversicherung. Diese Millionen brauchen wir bitter nötig jetzt jedes Jahr, um zu verhindern, daß nicht sehr bald vielleicht durch einen Krieg Zehntausende zu Witwen, Hunderttausende zu Waisen werden! Dann nützen ihnen die Millionen nichts, dann preßt sie uns der Feind als Kriegsentschädigung ab! Zuerst das Leben und Brot der arbeitenden, verdienenden Männer sichern, das ist das Wichtigere! ... Und kein Opfer ist zu groß da, wo es sich um den Bestand der Nation, um Reich und Nation handelt!

Lieber reich genug, im Frieden, freiwillig dem Vaterlande das Letzte hingeben als, wie so oft schon, nach unglücklichem Kriege gezwungen dem Feinde! Wer weigerten wir heute dem Vaterlande die Groschen, so würde uns vielleicht eines Tages der Feind zeigen, wo uns die Taler locker sitzen! Wenn es zum Kriege kommt, entscheidet nicht der kürzeste Steuerzettel, sondern der längste Spieß!

Daß die Herren sich, teils im eingebildeten Interesse des deutschen Seehandels und der Seeschifffahrt, teils im Interesse der deutschen Stahl- und Geschloßfabrikation, für die Schaffung einer deutschen Flottenflotte begeistern, ist allenfalls begreiflich; gerade widerlich erscheint aber, wie sie die Frage der Kostenaufbringung behandeln. Verständlich wäre es, wenn sie die Forderung stellten, diejenigen, in deren speziellem Interesse die Flottenvermehrung erfolgt, sollten auch die Mittel aufbringen. Für ein solches Annehmen sind aber, wie die Erfahrung zeigt, die patriotischen Flottenphantasten nicht zu haben. Alle bisher zu Gunsten des Schiffbaufonds vorgenommenen öffentlichen Sammlungen haben geradezu lägliche Resultate geliefert, selbst in den Metropolen der Handelschiffahrt und der Stahlindustrie. Und ebenso wenig sind die Flottenpatrioten geneigt, die erforderlichen Mittel zum Kriegsschiffbau durch Steuern aufzubringen, die ihre Taschen erleichtern, wie der Widerstand gegen die Reichserbschafts- und Reichseinkommensteuer in jenen Kreisen beweist.

Kriegsschiffe will nun aber der Flottenverein unbedingt haben — und so verfällt er denn auf den seine „idealen Bestrebungen“ trefflich charakterisierenden Vorschlag, daß das Geld zum

Flottenbau den Witwen und Waisen abgezwaht werden soll. Aus ihnen, den Kerkern der Armen, sollen die Mittel für die phantastische Flottenflotte herangezogen werden, damit die großen Redner, Handwerksleute, Industriellen und Großgrundbesitzer nicht zu bleichen brauchen. Zur Zeit der Jollitarisberatungen im Reichstage ist bekanntlich durch das Zentrum und die Sozialdemokratie ein Paragraph in das Jollitgesetz vom Dezember 1902 hineingebracht worden, wonach die Mehrerträge aus den Getreidezöllen nicht für die Ausgaben des Reiches verwendet, sondern zur Ansammlung eines Fonds für die Witwen- und Waisenversorgung dienen sollen. Diesen Paragraphen möchten die Leiter des Flottenvereins gestrichen wissen. Es ist nach ihren Begriffen gleichgültig, ob die Witwen und Waisen versorgt werden, wenn nur das Deutsche Reich neue schöne Schlachtschiffe erhält. Die Forderung charakterisiert besser, als lange Auseinandersetzungen vermöchten, den Geist unseres modernen Flottenpatriotismus.

### Gegenkünste.

Wir lesen in freisinnigen Zeitungen: Freisinnige Jugendvereine, nach dem Vorbilde der national-liberalen Organisationen dieser Art, sollen in Deutschland, zunächst in Berlin, ins Leben gerufen werden, um der freisinnigen Volkspartei einen größeren Einfluß auf die heranwachsende Jugend zu sichern, das politische Interesse bei den jungen Leuten wachzurufen und für einen freisinnigen Nachwuchs zu sorgen. Der Bezirksverein des Abendster Stadtviertels, der unter Leitung des Landtags-Abgeordneten und Stadtverordneten Rosenow steht, will als erster den Versuch machen, eine Jugendabteilung zu schaffen. In der gestrigen Versammlung des Vereins wurde darüber Abrede getroffen, daß die Jugend sich von den freisinnigen Grundrissen abwende, ein Teil schwenke aus Strebertum nach rechts, ein anderer aus mißverstandenen Idealismus, doch auch aus materiellen Gründen nach links zu den Sozialdemokraten an. Hierin müßte Wandel geschaffen werden. Für die Veranlassung zur Konstituierung einer freisinnigen Jugendabteilung hat Reichstagsabgeordneter Albert Träger das Referat übernommen.

Der gute Träger ist fast 76 Jahre alt. Er selber könnte eine Verjüngung recht gut brauchen und soll nun die tranken Schöplinge des siechen Liberalismus verjüngen helfen! —

Die Geschichte erinnert uns an die Tätigkeit der mythischen Jauherin Nebes: Die gab vor, den greisen Pelias mit Hammelblut verjüngen zu wollen. Indes starb der alte Knabe bei der fatalen Hexenprozedur. Ähnlich könnte es schließlich dem siechen Liberalismus bei seinen quackalberischen Verjüngungskuren ergehen.

### Deutsches Reich.

#### Erbschaftsteuer und Familienfian.

Den Konservativen ist es höchst unangenehm, daß im Reichstage die Stimmung für die Erweiterung der Erbschaftsteuer wächst und der Vorschlag des Zentrums, die Steuerpflicht auch auf Kinder und Ehegatten auszudehnen, wenn die dem einzelnen Erben zufallende Erbschaft den Wert von 100 000 M. übersteigt, immer mehr Aussicht auf Annahme gewinnt. Augenscheinlich fürchtet man in den Kreisen der Hochadmiral, daß auch die Regierung, da sie aus der Tabak-, Bier- und Quittungssteuer nicht die verlangten Erträge herauszuholen vermag, diesem Vorschlag zustimmen wird; sie versuchen deshalb nochmals in ihrer Presse einen Vorstoß gegen die Reichserbschaftsteuer. Die „Kreuzzeitg.“, die dabei die Führung übernommen hat, schreibt:

„Wir haben bereits an anderer Stelle dargelegt, daß unser Entgegenkommen eine Grenze hat und daß diese Grenze überschritten werden würde, wenn jene Steuer eine Ausgestaltung erhielte, bei der sie sich als eine Art Konfiskation des Eigentums darstellte oder der Erwerb des Eigentums als mit einem stützlichen Makel behaftet erscheint. Unter diesem Gesichtspunkte müssen auch wir unseren Widerstand gegen die Vesteuerung der Kinder und Ehegatten aufrechterhalten. Dabei kommt dreierlei in Betracht. Erstens sind diese in den zahlreichen Fällen, in denen sie mit dem Vater und Ehegatten den Ernhörer verloren haben, auf die Erträge des etwa ererbten Vermögens angewiesen. Zweitens sind die Fälle nicht selten, in denen sie zum Erwerbe des ererbten Vermögens beigetragen haben, dieses also mehr die Eigenleistung eines Familiengutes als die des hinterlassenen Vermögens hat. Drittens würde die Zahl der Fälle, in denen die Aufstellung eines Vermögensverzeichnis zum Zwecke der Festsetzung der Steuer und damit ein Eindringen in Privatverhältnisse erforderlich wird, sich gewaltig steigern, und in der Mehrzahl dieser Fälle würde die damit verbundene Arbeit und Beunruhigung der Familie zu dem Ertrage der Steuer in keinem richtigen Verhältnis stehen. Kurz und gut, der Familienfian würde in bedenklicher Weise untergraben werden, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die gerade in dem gebildeten Mittelstande die Ernährung und Erziehung der Kinder nach Verlust des Ernhörers selbst bei dem Vorhandensein eines mäßigen Vermögens bereitet.“

Wenn in England und Frankreich, trotz der weit höheren Sätze, die Erbschaftsteuer dem „Familienfian“ nicht geschadet hat, wird sie ihn wohl auch in Deutschland nicht untergraben — oder sollte vielleicht die „Kreuzzeitg.“ der Ansicht sein, daß bei den ostelbischen Junkern der Familienfian viel schwächerer Natur ist, als in England oder Frankreich? —

#### Eine Hochkapelle vor dem Kommandanturgericht.

Am Montag verhandelte das Spandauer Kommandanturgericht unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen den Oberleutnant Wilhelm Schüge vom 2. Rheinischen Usaren-Regiment Nr. 9, der seit einigen Monaten zum 3. Spandauer Train-Regiment abkommandiert ist.

Schüge war in die Rehe der Hochkapellenin Frau von Gräfe geraten, die schon im Sternberg-Prozess eine nicht ganz unbedeutende Rolle gespielt hat. Die adlige Dame wollte und sollte dem Herrn Oberleutnant das obligate Millionenbräutchen besorgen. Es entspannen sich zunächst verwickelte Beziehungen pekuniärer Natur, bei denen Vermögens, Schuld- und Depositen die Hauptrolle spielten. Die Schwindelaktionen kamen schließlich heraus, und die Gräfe, die es verstanden hatte, inzwischen zur Beobachtung ihres Geisteszustandes nach Herzberge zu kommen, behauptete, Leutnant Schüge habe den betrügerischen Charakter der Finanzoperationen gekannt! Es erfolgte daraufhin Anklage gegen ihn wegen schwerer Urkundenfälschung und verübten Betruges.

Das Urteil des Kommandanturgerichts lautete: Der Angeklagte hat auf Grund der Beweisaufnahme die Ueberzeugung gewonnen, daß Frau v. Gräfe eine hysterische und völlig ungläubwürdige Person ist. Auch durch die weitere Beweisaufnahme hat der Gerichtshof die Ueberzeugung von der Unschuld des Angeklagten erlangt, obwohl er sich nicht verhehlen kann, daß der Angeklagte leichtfertig gehandelt hat. Der Gerichtshof hat daher den Angeklagten freigesprochen und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt.

#### Das Zentrum und die Kunst.

Stuttgart, 4. Februar. (Fig. Ver.) Vom württembergischen Landtag ist vor kurzem für den Wiederaufbau des vor einigen Jahren niedergebrannten Stuttgarter Hoftheaters eine entsprechende Summe bewilligt worden. Da sich das Stuttgarter Hoftheater einer vorurteilsfreien Leitung erfreut — im Spielplan figurieren Tolstois „Macht der Finsternis“, Gorkis „Nachtigall“, Björnsons „Neben unsere Kraft“, II. Teil usw. — hatte man vom Zentrum in dieser Debatte einen Vorstoß in kunstpölitischer Hinsicht erwartet, der aber wider Erwarten ausblieb. Vielleicht hatte sich das Zentrum vor den politisch wichtigeren Debatten über die Verfassungsreform nicht unpopular machen wollen. Nachträglich scheint es dies zu bereuen. In Gestalt einer aus der schwäbischen Wendee (Oberschwaben) erhaltenen Korrespondenz reißt sich jetzt das hiesige Zentrumorgan an der Intendantur, welche sieben Angenrubers Bauentomödie

„Die Kreuzzeitg.“ in den Spielplan aufgenommen hat. Eine über die Verhöhnung des Wallfahrtswezens, „Verhöhnung eines religiösen Gebrauchs“ wirft es dem Stück vor. „Dabei sind“, heißt es in der Korrespondenz, „diejenigen, welche an Wallfahrten, Pilgerreisen nach Einsiedeln, Lourdes oder ins heilige Land sich beteiligen, ruhige und friedliche Steuerzahler. In dem Justiztribunal aber, das sie mit ihrem Steuerbetrag müssen aufrichten helfen, in ihren religiösen Gebrauchen dem Gelächter der Zuschauer und dem Spötte preisgegeben zu werden, muß sie notwendig verbittern.“

So groß und schmerzhaft dieser schwäbische Kopuziner, Geschichte ihm ganz recht! Warum geht er auch in eine Angenrubersche Bauentomödie? Die ist nicht für Tröpfe seines Schlages, sondern nur für Leute mit Sinn für Humor!

Im Anschluß daran sei noch erwähnt, daß gegen einen hiesigen Kunstverlag, wie vor einigen Tagen bekannt wurde, bei der hiesigen Staatsanwaltschaft eine Denunziation vom „Kölner Männerbund zur Hebung der Sittlichkeit“ einkam. Der Verlag hat ein Werk mit Altstudien herausgegeben, durch das sich die Kölner Sittlichkeitswächter in ihrem Schamgefühl verletzt fühlten. Wir haben die Studien gesehen und müssen gestehen, daß uns etwas Lächerlicheres als diese Denunziation noch nicht vorgekommen ist. Im „Kölner Männerbund usw.“ hat man vermutlich gar keine Vorstellung davon, wozu solche Werke eigentlich herausgegeben werden! Doch nicht zum Vergessen durch Kerle, wie die Kölner Denunzianten. Wer aber schon mal das Gesicht der Kunstproletarier miterlebt hat, die oft nichts zu heizen, gleichwie dem Geld zum Bezahlen guter, wirklich schöner Modelle haben, die aber den figürlichen Teil ihrer Bilder schlechterdings nicht aus der Phantasie komponieren können — es ist eben nicht jeder ein Böcklin! — der weiß auch, wozu solche Altstudien auf der Welt sind. Sie sind dem Künstler einfach ein Stück Handwerkszeug, das er nicht entbehren kann.

In diesem Falle ist es jedoch tröstlich zu konstatieren, daß die Stuttgarter Staatsanwaltschaft die sittlich entrüsteten Kölner Denunzianten mit Blanz abblöhen ließ.

### Minister-Genie.

Dresden, 7. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der zweiten Kammer im sächsischen Landtag wurde heute die Interpellation behandelt, die der sozialdemokratische Abgeordnete Goldstein einbrachte. Die Interpellation fragt die Regierung, ob von ihr in bezug auf die Versammlungsverbote am 21. und 22. Januar eine Weisung an die Behörden ergangen sei. Der Minister von Meisch antwortete, daß die Regierung keine derartige Anweisung gegeben habe, daß die Regierung aber die Behörden auf die Kundgebung des internationalen Bureaus aufmerksam gemacht habe.

Und so etwas nennt sich „Antwort“! Der gute Herr von Meisch wird uns schließlich noch einreden wollen, er mache seine Beamten prinzipiell auf die Kundgebungen des internationalen Sozialisten-Bureaus aufmerksam. Natürlich nicht um die Behörden dadurch zu allerlei Handlungen zu verleiten, sondern um sie etwa — mit dem internationalen Sozialismus vertraut zu machen.

### Gaede wieder bierehrlich.

Oberst a. D. Gaede kämpft bekanntlich seit längerer Zeit um die Ungültigkeitserklärung jener Ehrengerichtenscheidung und der durch sie herbeigeführten Kabinettsorder vom 27. Februar 1904, die ihm das Recht absprach, Uniform zu tragen. Die Militärbehörde befand sich dem ungewöhnlichen Widerstande Gaedes gegenüber von vornherein in einer äußerst unglücklichen Situation. — Trotzdem verharrete die Staatsanwaltschaft bis zuletzt bei ihrer dem „Angeschlagenen“ Gaede ungunstigen Auslegung, der schließlich das Verbot gegen sich selber beantragt hatte. Dem Staatsanwalt haben sicher die Beweise gegen den Oberst a. D. sehr imponiert: Soll Gaede doch nicht nur in einem Zeitungsartikel Ansichten über die Pflichten des Offiziersstandes vertreten haben, die mit dem Treueide des Offiziers unvereinbar seien, sondern sogar „auf ein von einer Sozialdemokratie herausgegebenes Buch in empfehlender Weise hingewiesen“ haben! Kurz und gut, der Staatsanwalt wollte den „Verbrecher“ zu vier Wochen Haft verurteilt wissen, weil er entgegen den Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches § 360, Ziffer 8 und 9 einen Titel angenommen habe!

Das mit dieser Haupt- und Staatsaktion beschaffte Schöffengericht vermochte sich nicht zu der gegnenden Erkenntnis von der Verbrechermatur des „Angeschlagenen“ aufzuschwingen. Es sprach den Obersten nach kurzer Beratung frei. Es vertrat den Standpunkt: Gaede unterstehe nicht mehr der Militärgerichtsbarkeit, auch nicht dem militärischen Ehrengericht; daher könne ihm auch sein Titel nicht auf Grund eines ehrengerichtlichen Spruches entzogen werden. Was zu beweisen war. Einsteilen wenigstens! —

### Geschäftspatriotismus.

Ein Stückchen Geschäftspatriotismus, wie er widerlicher kaum zu denken ist, wird uns aus Oberhausen berichtet. Die dortige „Anstalt Joseph Koll“ versendet nämlich ein Zirkular folgenden Inhalts:

„Ich gestatte mir hierdurch ergebenst, Sie auf eine große Neuheit aufmerksam zu machen: Ein hohellegant ausgestattetes Bild zur Silberhochzeit unseres Kaiserpaars nach dem Entwurf von P. Göhl, sowie in modernster Ausstattung in Fünffarben-Druck entworfen von dem Künstler Hugo Steiner in Prag. Umgeben von lustigen in Silberblüten strahlenden Marienkränzen, bietet uns das Kunstblatt in der Mitte ein Bild unseres lieben Herrscherpaars. Der Kaiser mit erstem Bild weit hinaussehend unter dem Adlerhelm der Gardeulors-Uniform (I), die Kaiserin mit Anmut und Milde, mit Diadem und Schleier geziert. Ueber dem Paare schweben zwei Engel mit deutschen und preussischen Farben dekoriert. Sie halten die Krone des Deutschen Reiches empor, unter welchem in einem Bande der Glückwunsch angebracht ist: „Seil unserem Kaiserpaar im Silberkranz.“ Unter dem Bilde leuchtet zwischen Myrten und flatternden Wimpeln der 27. Februar 1881—1906 hervor. Das deutsche und preussische Wappen bilden links und rechts die Marksteine, zwischen denen ein vierblättriges Kleeblatt, das Sinnbild des Glückes, W. und A. V. trägt, angebracht. Das ganze Bild auf starkem Glanz-Lonkarton hat eine Größe von 48 x 64 Zentimeter. Und kostet ohne Rahmen in Ausführung I 1,00 M., II 1,50 M., III 3,50 M., IV 4,25 M. und höher. Bei größeren Abnahmen entsprechend billiger, netto Kasse ab Oberhausen. Die Zeit ist kurz, deswegen dürfte es für Sie lohnend sein, wenn Sie sich jetzt schon mit dem Verlauf desselben befassen wollten. Da das Geschäft nur kurze Zeit gemacht werden kann und es bis jetzt auch noch keine Konkurrenz darin gibt, wollen Sie die Gelegenheit ohne langes Ueberlegen ergreifen eh' Ihnen Andere zuvor kommen. Zeit ist Geld! Für den hiesigen Bezirk und Umgegend habe ich den Alleinvertrieb übernommen. Indem Ihre gest. Bestellung gerne entgegen sehe, zeichne hochachtungsvoll

Kunst-Anstalt  
Joseph Koll.“

Herr Joseph Koll ist demnach, wenn auch nicht in der Grammatik und Orthographie, so doch in der Geschäftsmache, wohl erfahren. Doch seien wir gerecht: schließlich ist sein „Patriotismus“ nicht schlechter wie der der Schlotzharone und Straußmüller. Und wie dieser wird voraussichtlich auch Herr Joseph Koll bei seiner patriotischen Spekulation das Glück lachen, denn leider gibt's im Stadtbrevier noch Duunne in Masse. Vielleicht wird Herr Koll ob seiner Verdienste sogar noch mal Postreferent. —



## Ausland.

### England.

#### Reiz Hardie über die Politik der Arbeiterpartei.

London, 5. Februar. (Fig. Ver.)  
Seinen Artikel in der „National Review“ beginnt Hardie mit der Erklärung, warum das Wahlergebnis eine solche Verstärkung in Kapitalistenkreisen hervorgerufen habe. Die Erklärung lautet etwa folgendermaßen: Die Presse ist schuld daran, da sie die ganze Arbeiterbewegung boykottiert hatte. Die Haltung der Presse gegenüber den liberalen Arbeiterführern und der neuen Arbeiterpartei erinnert an die Haltung der südafrikanischen Presse während des Burenkrieges: die hands-upper-Buren, d. h. diejenigen, die sich frühzeitig unterworfen und gegen ihre Brüder kämpften, wurden bis in den Himmel gelobt, während die „Rebellen“, die bis zum bitteren Ende für die Sache ihres Volkes kämpften, mit einigen Verleumdungen abgetan wurden.

Die Folge der Taktik der Presse war, daß die Nation von den wirklichen Vorgängen nichts wußte, und deshalb vor dem plötzlichen Erscheinen der neuen Partei in Schrecken geriet. Überdies ist dieser Schrecken nicht ganz ungerichtet. Eine Arbeiterpartei, vor der das Kapital sich nicht fürchtet, ist des Places nicht wert, den sie im Parlament einnimmt, denn eine Partei, wie die unsere, die mit Sozialismus durchdringt ist, muß die Vorrechte und Monopole der Bürger von Mayfair und Park Lane (den reichsten Viertel Londons) bedrohen.

Hardie erzählt sodann in kurzen Zügen die Geschichte und Bedeutung der Partei, der Vorbereitungen zu den Wahlen und der Resultate, bespricht auch die verschiedenen Arbeiter- und sozialistischen Elemente, die sich an den letzten Wahlen beteiligten. Von den Liberal-Labour-Men (den liberalen Arbeiterführern) sagt er: „Sie gehören einer Zeit an, die im raschen Verschwinden begriffen ist. Sie sind erfüllt mit dem alten Radikalismus der Manchester Schule und können nicht begreifen, daß ihre Lehren längst von neuen Bedingungen und neuen Gedanken überholt sind.“ — Was die Politik der Partei betrifft, so meint Hardie, daß sie eine oppositionelle sein wird. Die Liberal-Labour-Men werden wahrscheinlich mit der liberalen Partei (der gegenwärtigen Regierungspartei) sitzen, aber die Vertreter der Arbeiterpartei können gar nicht anders handeln, als auf den Oppositions-bänken zu sitzen. Jede Regierungsvorlage wird auf ihren Wert untersucht werden. Bis jetzt gab es in England nur eine konservative und eine liberale Meinung; eine Arbeitermeinung kannte das politische Leben Englands nicht; nicht einmal eine große Tageszeitung haben die Arbeiter, in der sie ihre Ansichten über die sie interessierenden Fragen äußern könnten. Und die herrschenden Klassen Englands lernen auch nicht die Lage der Arbeiter. „Trotz des immer wachsenden Außenhandels und National-einkommens wird die Existenz der Arbeiter immer sorgenvoller. Die Arbeit ist unregelmäßiger, die Perioden der Arbeitslosigkeit sind häufiger, während die Arbeit selber immer aufreibender wird. Die Kapitalanhäufungen verziehen sich mit einer Schmelzlichkeit, von der nur wenige Menschen einen Begriff haben; die Fortschritte der maschinellen Technik verringern die Nachfrage nach Arbeitern und vernechten die Ausbeute an Gütern.“ — Hardie gibt sodann eine Reihe von näheren Erläuterungen und meint: Diese Erscheinungen seien in allen kapitalistischen Ländern zu finden — ganz gleich, ob sie feindlich oder schutzjückerisch sind. Die Partei wird die Wiederherstellung des alten Gewerkschaftsrechtes fordern, ferner Arbeitslosigkeit, Alterspensionen. Sie wird auch gegen den Militarismus kämpfen und zusammengehen mit den französischen Sozialisten unter Jaures und mit den deutschen Sozialisten unter Bebel. —

#### Die Führerschaft der konservativen Partei.

London, 5. Febr. (Fig. Ver.)

Die geschlagene konservative Partei befindet sich gegenwärtig in einem inneren Kampfe um die Ernennung eines Führers. In den letzten fünfzehn Jahren wurde sie im Unterhause von A. J. Balfour geleitet. Aber infolge der Spaltung in der Zollfrage, der Niederlage Balfours in seinem Wahlkreis und des glänzenden Sieges von Chamberlain in Birmingham, schließlich infolge des Zusammenbruchs der Partei ist in der letzten Woche die Führerschaft akut geworden. Sie ist indes viel weniger persönlicher als sachlicher Natur. Es handelt sich um die Frage: Soll die konservative Partei die Politik Chamberlains (Tarifreform im schutzjückerischen Sinne) annehmen, oder soll sie sich für Balfours Reconciliationspolitik — unter Beibehaltung der freien Lebensmittelfuhr — erklären? Gewählt sind 168 Konservative; davon erklären sich etwa 100 für Chamberlain, etwa 50 für Balfour und der Rest für Freihandel. Die hundert Tarifreformer wollen, daß Chamberlain die Partei führt; aber er lehnt die Führerschaft ab, da er bereits im 70. Lebensjahre steht, infolge seiner radikalen Vergangenheit den aristokratischen Toryfamilien nicht genehm sei und auf deren rückhaltlose Unterstützung nicht rechnen könne. Chamberlain will deshalb, daß Balfour, der doch im Innern mit den Freihandellehren zerfallen sei, die Politik der schutzjückerischen Tarifreform annehme und auch fernerhin die Partei führen solle. Allein Balfour erklärt, er müsse bei seiner Politik der Reconciliation verharren und Kornzölle ablehnen. Die Partei bleibt also gespalten und würde einer auch nur einigermaßen wirkungsvollen Opposition unfähig sein, wenn die Tarifreformer eine eigene Partei bilden sollten. Beim Zusammentritt des Parlaments wird deshalb eine Konferenz der konservativen Abgeordneten und Lords stattfinden, um über die Zukunft der Partei zu beschließen. Vorläufig soll eine minder hervorragende Persönlichkeit an die Spitze der Partei treten, bis eine Lösung der Krise erfolgt ist.

Am Vortage einen Sitz im Parlament zu verschaffen, legte Alton Gibbs, einer der konservativ-schutzjückerischen Abgeordneten der City, sein Mandat nieder, und Balfour wurde dort zum Kandidaten ernannt. Ob er einen Gegenkandidaten haben wird, ist noch nicht bekannt. —

### Dänemark.

#### Für die Reform der Rechtspflege.

Es war im Dezember des Jahres 1902, als das dänische Folkething die Reform des gänzlich veralteten Gerichtswesens beschloß, durch die vor allem Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens, Trennung der Anklagebehörde vom Richteramt und Laiengerichte eingeführt werden sollten. Der Entwurf, eine Arbeit, die über 1000 Paragraphen umfaßt, wurde damals vom Folkething gegen nur eine Stimme angenommen. Aber das Landsting brachte es fertig, diese so dringend notwendige Reform bis jetzt zu hinterzücken. Sie schlummert zurzeit in einem gemeinsamen Ausschuss beider Kammern des Reichstages. Empörende Justizskandale, die unter anderem „Social-Demokraten“ enthält hatte, waren damals die Veranlassung zur Ausarbeitung des Entwurfes und führten auch dazu, daß nur ein einziger Konservativer im Folkething dagegen stimmen wagte. Nun hat „Social-Demokraten“ plötzlich einen neuen Justizskandal aufgedeckt. Der Fall selbst liegt schon mehrere Jahre zurück, die Unschuld des Verurteilten ist jedoch erst jetzt — vor wenigen Wochen — dadurch klar bewiesen worden, daß der Schuldige, getrieben durch Not, Hunger und Kälte, sich selbst anzeigte. Ein kopenhagener Untersuchungsrichter hatte seinerzeit einen armen brustkranken Bauern durch das übliche Inquisitionsystem gezwungen, sich der Brandstiftung schuldig zu erklären. 13 Monate hatte er ihn in Untersuchungshaft sitzen lassen, obwohl kein anderer Verdachtsgrund gegen ihn vorlag, als daß er bei dem Brande zugegen war und zu retten suchte, was von dem Gute seines Dienstherrn zu retten war. Er wurde vom Gericht zu Zuchthaus verurteilt, aber dann von der höheren Instanz wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen; die Untersuchungschaft hatte ihn gesteuert gemacht. Nachdem nun seine Unschuld durch einen Zufall bewiesen worden war, suchte ihn jener Untersuchungsrichter mit ganzen 100 Kronen Entschädigung abzuspeisen. Aber „Social-Demokraten“ hatte auch in dieser Hinsicht schon Vorkehrungen getroffen, so daß dem Manne eine angemessene Entschädigung zuteil wurde. Ferner brachten unsere Parteigenossen im Folkething sofort einen Gesetzesentwurf zur Reform der Bestimmungen über die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft ein.

Um die Reform der Rechtspflege nun endlich vorwärts zu drängen, hat der Sozialdemokratische Verband in Kopenhagen am 2. Februar drei große Vollversammlungen einberufen, die so stark besucht waren, daß Hunderte keinen Platz mehr finden konnten. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurden die Hauptgrundsätze der geforderten Reform dargelegt und außerdem die Regierung aufgefordert, falls die Reform in diesem Jahre abermals an dem Widerstande des Landstinges scheitern sollte, die verfassungsmäßigen Mittel zu ergreifen, um diesen Widerstand zu brechen. —

### Finnland.

#### Ein Bluthund des Jaren als „Vertrauensmann“ Finnlands.

Zum finnischen Ministerstaatssekretär in St. Petersburg ist am 5. Februar der Generalmajor Langhoff ernannt worden, ein Finne von Geburt, der aber in Rußland seine Karriere gemacht und sich auch beim Petersburger Wutbad am 22. Januar 1905 als ein willfähriger Wüthel des Jaren gezeigt hat. Dieser gänzlich kuffisierte Finne hat nun die Aufgabe, die Rechte Finnlands in Petersburg zu vertreten! Die Ernennung Langhoffs ist ein harter Schlag gegen den finnischen Senat wie gegen das ganze finnische Volk. Der Senat hatte einstimmig einen konstitutionell gekürten Mann, den Gouverneur Björnberg in Vasa, für das Amt empfohlen, und man gab sich allgemein der Hoffnung hin, diesen Wunsch erfüllt zu sehen. Aber die russischen Gewaltthäter fühlen sich gegenwärtig wohl wieder stark genug, um auch gegen das finnische Volk mit altgewohnter Brutalität vorzugehen.

### Rumänien.

#### Enthaltungen eines ehemaligen Ministers.

In welcher Weise in manchen Balkanstaaten Staatsgelder zum Zwecke der Belohnung politischer Anhänger und Freunde vergeudet werden, hat der ehemalige rumänische Finanzminister Costinescu in einer parlamentarischen Rede, die jetzt im Buchhandel erschienen ist, nachgewiesen. Costinescu war Finanzminister der Liberalen, die bis vor etwa einem Jahre die Regierung führten. Infolge innerer Parteidifferenzen mußte das liberale Ministerium unter Bratianu demissionieren, um einem konservativen unter Cantacuzino Platz zu machen. Der Finanzminister des letzteren, ein ehemaliger Abolot namens Tala Ionescu, hat nun derartig gewirtschaftet, daß die Deputiertenkammer in Vultore sein Geschäftsverfahren einer gründlichen Kritik unterzog. Bei dieser Gelegenheit eben deckte der erwähnte Costinescu unter anderem auch folgendes auf:

Im Laufe von zehn Monaten wurden im Finanzministerium 1220 Beamtenernennungen vorgenommen, während 661 alte, bewährte, im Dienst ergrante Staatsdiener, die zum Teil eine 17-20jährige Dienstzeit hinter sich hatten, dem Hunger preisgegeben wurden. Die Sorglosigkeit in der Auswahl der neuen Beamten ging soweit, daß technische Beamte für die Erdöl- und Seifeindustrie einfach durch Zeitungsjournalisten ersetzt wurden! Wie nun diese Beamten gearbeitet haben, beweisen die neu ernannten Steuereinschätzungsbeamten, die es fertigbrachten, den Bauern für seinen Grundbesitz mit 60 Lei (1 Lei = 0,80 M.) pro Hektar zu veranlagern, während der Prozentsatz nur mit 40 Lei pro Hektar herangezogen wird. Begründung: Der Großgrundbesitzer kann die Bewirtschaftung seiner Ländereien nicht ohne fremde Hilfe durchführen, wohl aber der Bauer. Tabelle!

Zwei konservative Zeitungen erhielten als Belohnung je 7000 Lei, eine politische Korrespondenz für das Ausland mußte sich mit 5000 Lei begnügen. Auch sonst war man ziemlich erfinderisch, die Parteifreunde zu belohnen. Ein ehemaliger Wahlagent bekam für eine wertlose Schilberung des Steuerwesens in Frankreich 2000 Lei; einem andern wies man für eine durchaus nutzlose Zusammenstellung der Mängel im Sparwesen 4000 Lei an. In dieser Weise ließen sich die Zahlen um ein Beliebiges vermehren. Es kam und nur darauf an zu zeigen, auf welche Art hier Steuererträge Verwendung finden.

Ob ähnliches — abgesehen von Rußland und der Türkei — auch außerhalb des Balkans vorkommt? Wer weiß?!

### Amerika.

Im Kongress ging es in der letzten Zeit sehr lebhaft her. Der Kampf zwischen dem Präsidenten und seiner eigenen Partei wurde sowohl in verdeckter wie in offener Weise fortgeführt. Ob Roosevelt auf die Hilfe der Demokraten rechnen konnte, war zweifelhaft, und darum erregte eine Rede des demokratischen Senators Patterson von Colorado Sensation, als er Roosevelt über alle Mahnen lobte und erklärte, der Präsident führe einen Kampf gegen die Geldmächte in Amerika und verdiene die Unterstützung aller Demokraten, wenn die Republikaner ihm Opposition machen. — Es handelt sich besonders um zwei Vorlagen, die durchzubringen der Präsident mit aller Kraft versucht. Eine größere Bundesaufsicht über die Eisenbahnen mit einheitlicher Regelung der Frachttarife und die Ratifikation des Vertrages mit San Domingo. Die Wahngesellschaften machen heftige Opposition gegen jede Einmischung in ihre Geschäfte, aber der Ruf nach einer Regelung der Verhältnisse im zwischenstaatlichen Handelsverkehr ist so allgemein und so dringend geworden, daß der Kongress in dieser Sache etwas tun muß, um so mehr als im Herbst dieses Jahres Neuwahlen stattfinden. Roosevelt hat die Festsetzung der Eisenbahnfrachttarife durch die zwischenstaatliche Handelskommission vorgeschlagen. Damit würden die Wahngesellschaften der Bundeskontrolle unterstellt; denn die Handelskommission, die durch eine solche Befugnis eine große Macht über die Gesellschaften gewinnt, wird vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ernannt. — Für seinen Plan gewann Roosevelt die Stimmen vieler Demokraten im Repräsentantenhaus, und die Vorlage wurde vom Hause angenommen. Der Kampf muß aber auch noch im Senat ausgefochten werden. —

Noch schwerer ist die Erledigung der Angelegenheit mit San Domingo. Trotzdem werden viele Stimmen laut, die Roosevelts Sieg voraussagen. Er ist ein Politiker, der die einen mit Versprechungen, die anderen mit Drohungen für sich zu gewinnen weiß und seine Macht auszunützen versteht.

Die Rolle, welche die demokratische Partei im Kongress spielt, gefällt den Parteiführern gar nicht. Sie müssen zulehen, wie die Verwirrung in den Reihen der Demokraten immer größer wird; man weiß überhaupt nicht mehr, wodurch sich die Demokraten noch von den Republikanern unterscheiden. Die Hauptlinge riefen ihre Wannen zu sich und es wurden Beratungen gepflogen und Beschlüsse gefaßt, um ein einheitliches Handeln durchzuführen, aber es wird nicht viel helfen. Immer schwächer und bedeutungsloser wird die einst mächtige Partei, die jetzt zum großen Teil geneigt ist, sich dem republikanischen Präsidenten zur Verfügung zu stellen, wenn er sie braucht. —

## Soziales.

#### Die Bekämpfung des Schwitzsystems durch genossenschaftliche Organisation.

In der Reihe der Vorträge, die aus Anlaß der Heimarbeit-Ausstellung abgehalten werden, folgte am Dienstag ein Vortrag des Genossen Achenstein über die Bekämpfung des Schwitzsystems durch die genossenschaftliche Organisation. — Bei der Bekämpfung der Schäden der Heimarbeit — sagte der Redner — handle es sich nicht nur um die Interessen der Arbeiter, sondern auch um die Interessen der Konsumenten und des Gemeinwohls. Es gebe verschiedene Wege, um das Schwitzsystem zu bekämpfen. Die erste Stelle nehme der Weg der Gesetzgebung ein. Auch die Konsumenten könnten zur Bekämpfung der schädlichen Heimarbeit beitragen, aber das Konsumenteninteresse habe sich in dieser Hinsicht nicht rege genug erwiesen. Die Gesetzgebung könne zwar in weit größerem Umfange eingreifen wie die Konsumenten, es frage sich nur, ob sie es tun werde. Als im Jahre 1897 die Konfektionsarbeiter-Vereinbarung erlassen wurde, die eine Frucht des großen Konfektionsarbeiterstreiks des vorhergehenden Jahres war, da habe sich gezeigt, daß die Verordnung gerade vor der Heimarbeit halt machte. Auch das Kinderschutzgesetz von 1903 biete den eigenen Kindern einen erheblich geringeren Schutz als den fremden. Von den in Staat und Gesellschaft herrschenden Faktoren seien durch-

greifende Schutzmaßnahmen nicht zu erwarten, höchstens kleine Verbesserungen der jetzigen Zustände. Also müßten wir prüfen, ob neben der Gesetzgebung nicht andere Mittel zur Bekämpfung der Schäden der Heimarbeit vorhanden wären. Das Wesen der Heimarbeit bestehe darin, daß der übermäßigen Ausbeutung durch den kapitalistischen Unternehmer ein widerständsunfähiges Proletariat zur Verfügung stehe. Wenn man an die Stelle des Unternehmers, der ein Interesse an übermäßiger Ausbeutung des Arbeiters hat, einen anderen setzen könne, der ein solches Interesse nicht habe, so wäre die Möglichkeit der Besserung gegeben. Die genossenschaftliche Organisation habe sich als geeignet erwiesen, nicht nur den Interessen der Konsumenten, sondern auch den Interessen der Arbeiter zu dienen. Wo die Organisation der Konsumenten als Sache der Lohnarbeiter erklärt werde, da sei die Möglichkeit gegeben, daß der Bedarf der organisierten Konsumenten durch eigene Produktion gedeckt werde, wodurch die parasitischen Zwischenhändler aus der Produktion ausgeschaltet werden. Die Ausbeutung falle weg, wenn der Arbeiter sein eigener Unternehmer geworden sei. In Deutschland hätten die Konsumentgenossenschaften schon einen großen Einfluß in der Warenverteilung. Ihren Einfluß auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen könnten sie dadurch geltend machen, daß sie entweder in eigenen Betrieben produzieren oder, wo das nicht durchführbar, in der Hausindustrie günstigeren Arbeitsbedingungen gewöhnen als sonst in der betreffenden Branche üblich sind. Der Verband deutscher Produktiv- und Konsumentgenossenschaften verfolge das Ziel, daß die ihm angeschlossenen Genossenschaften bei der Deckung ihres Bedarfs nur solche Unternehmer berücksichtigen, welche den von ihnen beschäftigten Arbeitern die gewerkschaftlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren. Dem Verbands seien zwei Drittel aller Genossenschaften angeschlossen. Sie zählten 570 000 Mitglieder, haben einen Jahresumsatz von 200 Millionen Mark und beschäftigen 9000 Personen. Eine eigene Seifenfabrik, deren Einrichtung lange Zeit auf den Widerstand der Behörden gestossen sei, werde bald eröffnet werden. Im Jahre 1904 hätten die Verbands-Genossenschaften für 640 000 M. Waren aus genossenschaftlichen Quellen bezogen, und zwar kämen hier nur solche Produktiv-Genossenschaften in Frage, in deren Berufszweigen die Heimarbeit herrsche. Der Redner führte diese Genossenschaften der Reihe nach an und gab eine Uebersicht über ihre geschäftliche Lage. Es sind dies: Die Offenbacher Konsum- und Produktiv-Genossenschaft, welche Büchsen waren herstellt und damit 6 Arbeiter beschäftigt. Eine Genossenschaft im Bezirk der oberfränkischen Nordwaren-Hausindustrie, die jährlich für 88 000 M. selbstgezeugter Nordwaren absetzt. Die Genossenschaftsbekleidung in Lunenburg. Eine Genossenschaft in Sachsen-Altenburg, welche Arbeiter-Zubehörfabrik herstellt. Die Schneiderei-Genossenschaft in Dresden und Seiffenherdbach, die 40 bis 45 Arbeiter beschäftigt und eine Produktiv-Genossenschaft der Schneider in Jena mit 15 Arbeitern. Alle diese Produktiv-Genossenschaften arbeiten für die Konsumvereine und gewähren durchweg bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen wie in den Privatbetrieben der betreffenden Branche am Orte üblich sind. Das Ziel sei, die Produktiv-Genossenschaften in organischer Verbindung mit den Konsumvereinen zu bringen. Musterhaftig sei in dieser Hinsicht die Tabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg. Der größte Teil ihrer Geschäftsanteile gehöre der Grobkonsum-Genossenschaft der Konsumvereine, so daß die Tabakarbeiter-Genossenschaft tatsächlich ein den organisierten Konsumenten gehöriger Betrieb sei. Sie beschäftige 233 Arbeiter, und zwar nur in Hamburg. Heimarbeit werde grundsätzlich abgelehnt. Dabei zahlte die Tabakarbeiter-Genossenschaft um 33 Proz. höhere Löhne, als sonst in der Tabakindustrie gezahlt werden. Die Genossenschaft liefere jährlich etwa 9 Millionen Paketten, das sind 60 Proz. des ganzen Umsatzes, an Konsumvereine.

Wie jetzt habe noch keiner der deutschen Konsumvereine eigene Betriebsverhältnisse eingerichtet. Selbst der größte und kapitalstärkste, der Leipziger-Flaggenverein, sei noch nicht dazu übergegangen. Diese Zurückhaltung sei zu bedauern.

Im ganzen seien die Erfolge der genossenschaftlichen Organisation in Deutschland noch recht bescheiden. Viel größer seien sie in England. Dort könne man sehen, was durch genossenschaftlichen Zusammenschluß erreicht werden kann. In Deutschland sei diese Bewegung noch jung, mit der Zeit werde sie auch die Erfolge erlangen, die England heute schon aufzuweisen hat. Daß es dahin komme, dazu müßten die Gewerkschaften und alle ersten Sozialpolitiker mitwirken. — Wenn es Aufgabe der Gewerkschaften sei, höhere Löhne durchzusetzen, so hätten die Genossenschaften die Aufgabe, für billige Lebensmittel zu sorgen und so die Kaufkraft des Lohnes zu erhöhen. Das gemeinsame Wirken dieser Organisationen würde dahin führen, daß der Sach: Es ist das Brot so teuer und so wohlfeil Fleisch und Blut, ein Sach, auf dem das Elend der Heimarbeit beruhe, seine Bedeutung verliere. —

## Gewerkschaftliches.

#### Das Koalitionsrecht existiert auch noch für Breslau!

Weil er eine Sperrnotiz gegen eine Breslauer Holzbildhauerfirma abgedruckt hatte, war Genosse Klüh als verantwortlicher Redakteur der Breslauer „Volkswacht“ aus § 153 G.-D. vom Schöffengericht zu einem Tage Gefängnis verurteilt worden. Die Begründung stützte sich auf das bekannte Reichsgerichtsurteil vom Jahre 1903, wonach der § 153 auch so zu verstehen sei, daß Arbeitgeber gegen den von Arbeitern ausgehenden Zwang geschützt werden sollen. In der Berufungsinstantz, die sich mit der Berufung des Angeklagten und der des Staatsanwalts, dem ein Tag Gefängnis zu wenig war, zu befassen hatte — es war die durch Löbe's Berufung bekannt gewordene zweite Strafkammer — wies Genosse Wolfgang Heine als Verteidiger darauf hin, daß eine solche Auffassung des § 153 den Absichten des Gesetzgebers und den bestimmten Erklärungen der Regierung vollständig widerspreche, daß aber es auch unmöglich sei, die Anwendung eines in § 152 erlaubten Mittels im § 153 unter Strafe zu stellen. Während die Staatsanwaltschaft die Höhe der Strafe auf eine Woche festzusetzen beantragte, schloß sich das Gericht den Gründen des Verteidigers in vollem Umfange an und sprach Klüh von der Anklage des Vergehens gegen § 153 G.-D. frei.

#### Berlin und Umgegend.

Achtung, Schloffer! Im Betriebe der Firma Ursum, Voedtschraße, haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt. Wir ersuchen den Betrieb zu meiden.

Desgleichen ersuchen wir die Bauarbeiter des von der Firma ausgeführten Baues Leibnizstraße 58, uns zu unterstützen durch Mitteilung an die etwa auf dem Bau anfangenden Schloffer.

#### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Zur Lohnbewegung der Konfektionsschneider in Südwest-Deutschland wird uns mitgeteilt, daß hier in Berlin Streikarbeit angefertigt wird. Wir ersuchen die Kollegen, sofern ihnen nach der Richtung etwas Verdächtiges vorlomme, uns unbedinglich davon in Kenntnis zu setzen. Es ist Pflicht jedes Kollegen, hier volle Solidarität zu üben.

Verband der Schneider. Filiale Berlin.

#### Deutsches Reich.

#### 2500 Metallarbeiter in Brandenburg a. S. angepörrert.

Bei der bekannten Fahrradfirma Gebr. Reichstein in Brandenburg, den „Vrennador“ Berlin, sind am Donnerstag voriger Woche 218 Arbeiter in den Streik getreten, um eine Erhöhung des Stundenlohnes um 10 Proz. durchzusetzen. Am Montag traten weitere 200 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Streik. Daraufhin erließ die Fabrikleitung folgende



### Bekanntmachung!

Infolge der Arbeitseinstellung verschiedener Abteilungen unserer Fabrik sehen wir uns leider gezwungen, den gesamten Betrieb von heute ab zu schließen.

Brandenburg a. H., den 5. Februar 1908.

Gebr. Reichstein.

Durch diese Aussperrung werden 2500 Arbeiter und Arbeiterinnen brotlos, weil eine Millionenfirma ihre unzulänglichen Löhne nicht erhöhen will. Der Fabrikantenverein hat sich mit der Firma Reichstein solidarisch erklärt.

**Erziehung zum Klassenkampf.** In Eupen, einer rheinischen Fabrikstadt, streifen in der Eisengießerei von Wintgens seit Wochen die Formen um Einführung des zehnstündigen Arbeitstages, der in allen anderen Betrieben der Metallindustrie Eupens schon besteht. Die Ausständigen gehören sämtlich dem „Christlich-sozialen Metallarbeiterverbande“ an. Eupen ist eine durch und durch katholische Stadt; Behörden und Unternehmern sind durchweg ultramontan. Sozialdemokraten gibt es dort so gut wie gar nicht — also in jeder Beziehung ein Ort, wo eitel Nächstenliebe, ausgeglichene Gerechtigkeit, Harmonie und wie alle die schönen Sachen heißen, herrschen müßte. Hören wir aber, was der Aachener „Volkstribüne“, ein Zentrumsblatt, aus der erz-katholischen Stadt berichtet: „Alle Versuche von beteiligter und unbeteiligter Seite, Frieden zu schließen, scheiterten an dem hartnäckigen Standpunkt des Herrn Wintgens, der nicht mehr mit seinen früheren Arbeitern zusammenarbeiten will.“ Weiter berichtet das Blatt, daß den Formern von der Polizei das Streikposten stehen verboten wurde. Den Leuten wurde bedeutet, der Bürgermeister habe dies angeordnet, und jeder, der nicht Folge leiste, werde protokolliert und festgenommen. Das Blatt betont, daß durch die Streikenden ein Anlaß zu diesen Maßnahmen nicht gegeben worden sei. — Harte Lehren müssen die christlichen Gewerkschaften kosten, die in der Theorie den Klassenkampf leugnen, aber Tag für Tag ihn an eigenen Körper spüren.

In Leer sind die Metallarbeiter ausgesperrt. Es wird von dort gemeldet: Den in den drei hiesigen Eisengießereien (Wochhoff u. Co., A. Schreiber u. Co. und J. Meese u. Co.) beschäftigten Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes, etwa 300 Schlossern und Formern, ist am Sonnabend die Arbeit zum 17. d. Mts. gekündigt worden. Die Kündigung erfolgte, weil in der Eisengießerei in Norden alle Arbeiter die Arbeit niedergelegt haben.

### Zwei Arbeitswilige als Räuber überführt.

Von welcher Qualität mitunter die der bürgerlichen Gesellschaft so sehr am Herzen liegenden Arbeitswiligen sind, beweist folgendes: In Nürnberg ist vor einigen Wochen die alleinstehende Witw Witwmann in ihrer Wohnung ermordet und beraubt worden. Als Räuber sind jetzt die „Arbeiter“ Sodechtel, Kreuzer und Weiskopf überführt worden. Die Namen der beiden ersteren erinnern an einen Streik, der vor anderthalb Jahren im Betriebe der Fränkischen Schuhfabriken ausgebrochen war. Damals hatte die Firma alles und Zerl gesetzt, um Streikbrecher zu bekommen, die von der Polizei besonders liebevoll gehandelt wurden, damit sie nicht wieder abwendig gemacht werden könnten. Unter den Streikbrechern befanden sich auch Sodechtel und Kreuzer, die gegen die Streikenden ein besonders aggressives Benehmen an den Tag legten und dafür Lob als brave Arbeiter ernteten. — Wie man sieht, haben sie ihren Protektoren alle Ehre gemacht.

### Die christlichen Gewerkschaften

haben sich von Anfang an eines groben Zahlenwindels bezüglich ihrer Mitgliederstärke schuldig gemacht, indem sie alle möglichen Vereinigungen als „christliche Gewerkschaften“ bezeichnet und sich zuzählten, die weder solche waren, noch mit diesen etwas zu tun haben wollten, so z. B. der „Verein zur gegenseitigen Hilfe“ in Dornschleien mit 18 000 Mitgliedern, sowie eine Anzahl Post- und Eisenbahnbeamtenverbände und dergleichen mit insgesamt etwa 100 000 Mitgliedern. Wir haben diesen Zahlenhumbung wiederholt gesehnt. Jetzt endlich geben die Christlichen selber zu, daß sie geschwindelt haben. In dem Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands über das Jahr 1905 heißt es:

„Die Gewerkschaftskritik wird in einigen Jahren (!) eine Verringerung erfahren, indem dann über die Verbände, die sich dem Gesamtverband nicht anschließen, noch ihrem Statut und ihrer Wirksamkeit aber als christliche Berufsvereine zu betrachten sind, nicht mehr berichtet wird.“

Einige Jahre lang soll die Öffentlichkeit also doch noch getäuscht werden. Im übrigen zählt man heute auch viele Tausende Berufsvereiner mit, die „nach ihrem Statut und ihrer Wirksamkeit“ alles andere eher als Gewerkschaften, nämlich ganz gewöhnliche Unterstützungsvereine sind.

### Kuland.

Auf dem Austria-Schacht zu Aarlich in Böhmen sind wegen Entlassung mehrerer Arbeiter die Bergleute in den Ausstand getreten.

**Schornsteinfegerstreik in Kristiania.** Seit einigen Wochen haben die Schornsteinfeger Kristiania mit ihren Arbeitgebern über einen neuen Tarifvertrag verhandelt, jedoch ohne daß eine Einigung erzielt wurde. Sie legten darauf am Sonnabend die Arbeit nieder. Die Unternehmer bemühen sich eifrig, Streikbrecher heranzuziehen, haben aber bis jetzt nur einzelne ungeschickte und unzuverlässige Leute gefunden, die die für sie selbst lebensgefährliche Arbeit wohl so ausführen werden, daß die Hausbewohner sich auf Schornsteinbrände gefaßt machen müssen.

## Verfassungen.

### Reinigung der Gewerkschaftsgegner.

Den Berliner Bädermeistern, besonders natürlich den Innungen, liegt der letzte erfolgreiche Streik der Gesellen noch schwer im Magen. Nichts ist daher natürlicher, als daß sie nach einem Mittel umschauen, welches den Bestrebungen des Bäderverbandes entgegenwirken könnte. Einige Bädereigenenvereine, die vom Verbands nichts wissen wollen und ihre Zeit mit mehr oder minder harmlosen Vergnügungen verbringen, gibt es schon seit Jahren in Berlin. In diesen glauben die führenden Innungsmeister ein Gegengewicht gegen die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Bädereigenen gefunden zu haben. Ein solches Gegengewicht ist den Meistern gerade jetzt um so erwünschter, als der Verband sich bereits wieder zu einer neuen Lohnbewegung in Berlin rüstet. Das Verben der Innungsmeister um die Gefolgschaft der indifferenten Gesellenvereine ist nicht vergebens gewesen. Das Häuslein der unentwegt meistertreuen Gesellen ist aber noch klein. Es galt also eine Agitation größeren Stils zu entfalten, um wenigstens die noch nicht organisierten Gesellen von dem Wege abzulenken, der zum Verbands führt, und sich so eine größere Zahl von verlässlichen Streikbrechern für alle Fälle zu sichern.

Zwei dieser Gesellenvereine hatten, anscheinend auf Veranlassung oder doch mindestens unter tätiger Mitwirkung der Innungsführer, am Dienstagmorgen eine Versammlung aller in Berlin und den Vororten arbeitenden Bädereigenen einberufen. Als Versammlungslokal hatte man den für Kassenbewußte Arbeiter gesperrten Saal von Keller in der Köpenickerstraße gewählt in der Erwartung, daß man dadurch die Verbandsmitglieder von vornherein fernhalten könne. Diese Rechnung war jedoch falsch. Die Verbandsmitglieder erschienen in großer Zahl, sie bildeten in dem vollbesetzten, polizeilich

abgesperrten Saale die große Mehrheit, verhöhnten aber das Bier, welches dort verzapft wird. Die Anhänger der Gesellenvereine stellten nur eine kleine Minderheit. Anwesend waren aber auch eine Anzahl von Bädermeistern, an ihrer Spitze die Obermeister beider Innungen.

Die Veranlasser der Versammlung sahen wohl, daß ihre Absicht vereitelt war. Wischniewski, der Führer der meistertreuen Gesellenvereine, eröffnete die Versammlung und verlas eine strenge Geschäftsordnung, womit er wohl glaubte, trotz der ihm entgegenstehenden Mehrheit die Situation beherrschen zu können. Aber der Gegenstand, Heschold vom Bäderverband nimmt das Wort. Er erklärt, die Versammlung sei eine öffentliche, die verlesene Geschäftsordnung sei nicht maßgebend, er verlange die Wahl eines Bureau's, das, obgleich die Verbandsmitglieder in der Mehrheit seien, zur Hälfte von Anhängern der Einberufer besetzt werden solle. — Wischniewski macht allerlei Winkelzüge gegen diesen Antrag. Die Versammlung sei keine öffentliche. Wenn man sie zu einer solchen machen wolle, dann — und der Redner warf dem überwachenden Beamten einen verständnisvollen Blick zu — werde der Herr Bädermeister die Versammlung wohl auflösen. — „Wenn es nur daran liegt, dann kann gelassen werden.“ sagte Klamm ed vom Bäderverband, zeigte dem überwachenden Beamten eine postliche Bescheinigung darüber, daß er zu derselben Zeit wie die Gesellenvereine und nach demselben Saale eine öffentliche Versammlung einberufen hat. Während sich Meister und Gesellenvereiner verdrückt anschauten und sich in der neuen Situation nicht zurechtfinden konnten, tritt der Einberufer Klamm ed an den Vorstandstisch, eröffnet die von ihm einberufene Versammlung und läßt ein Bureau wählen, das ohne Widerspruch nur aus Verbandsmitgliedern zusammengesetzt wird. Wie begoffene Fabel ziehen die Vorstände der Gesellenvereine nach dem Hintergrunde der Bühne. — Klamm ed, der jetzt den Vorsitz führt, will die von den Gesellenvereinen aufgestellte Tagesordnung erledigen lassen. Er erteilt dem aufgestellten Referenten Wischniewski das Wort; dieser fühlt sich aber so niedergeschlagen, daß er verzichtet. Nachdem man ihm volle Redefreiheit und parlamentarische Diskussion zugesagt und das Bureau durch drei seiner Anhänger verhärtet hatte, hielt Wischniewski eine Rede. Das ursprüngliche Konzept war ihm jedoch verdorben. Er beschränkte sich auf eine Verteidigung des von ihm geleiteten Vereins gegen Angriffe im Organ des Verbandes und meinte, auch sein Verein wolle die Berufsinteressen der Gesellen wahren, aber ohne den Kleinmeistern zu schaden. — Der zweite Referent wollte durchaus nicht reden. Der dritte Referent empfahl die von ihm vertretenen katholische Bädereigenenvereinigung.

Da von den anwesenden Meistern keiner reden wollte, so erhielt Heschold als erster Diskussionsredner das Wort. Unter Ausföhrung vieler Tatsachen kennzeichnete er das den Interessen der Arbeiter widersprechende Verhalten der von den Meistern begünstigten Gesellenvereine. Die wirklichen Leiter dieser Vereine seien die Innungsführer, die Vorsteher der Vereine seien nur die Weisshöner. Das werde schon dadurch bewiesen, daß die Einladungen zu der heutigen Versammlung von den Innungen verfaßt worden seien. Die Beiträge zu diesen Vereinen würden in einer Weise eingezogen, die einer Erpreßung sehr ähnlich sehe. Viele gehören den Gesellenvereinen nur deshalb an, weil sie wissen, daß ihr Meister sie entläßt, wenn sie nicht Vereinsmitglieder wären. — Auch die Meister, soweit sie arbeiterfeindliche Bestrebungen betätigen, unterzog der Redner einer scharfen Kritik, um schließlich den Verband zu empfehlen als die einzige Organisation, welche die Interessen der Bädereigenen vertritt.

Die Debatte zog sich noch mehrere Stunden ohne sonderliche Erregung und unter Beteiligung von Rednern von beiden Seiten hin. Die Bädermeister Vogler und Wolf redeten dem Zusammengedrungen aller Gesellen mit den Meistern das Wort, damit Frieden im Gewerbe herrsche. — Schließlich nahm die Versammlung eine Resolution an, die sich scharf gegen die von den Meistern begünstigten Gesellenvereine ausspricht und ebenso entschieden den Verband als die einzige wahre Interessenvertretung der Bädereigenen bezeichnet.

Die Bädermeister und ihre Schützlinge haben sich vergebens in Ankosten gestürzt. Ihre Versammlung, die geplant war, den Verband zu bekämpfen, ist zu einer imposanten Agitationsversammlung für den Verband geworden.

### Der Arzttausch und die Mitglieder der Krankenkasse der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft.

Eine Mitgliederversammlung der Betriebskrankenkasse der A. E. G., die am Sonntag im großen Saale der Brauerei Friedrichshain stattfand, beschäftigte sich mit dem seinerzeit auch im „Vorwärts“ kritisierten Verhalten des Arzttausches der Kasse während der Aussperrung in der Elektrizitätsindustrie. Zunächst hielt jedoch Dr. E. Burckhard einen Vortrag über: „Die häufigsten und gefährlichsten Krankheiten, denen die Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen ausgesetzt sind, und wie können wir uns vor diesen Krankheiten?“ In klarer, allgemein verständlicher Weise schilderte der Arzt diese Krankheitsgefahren und die wichtigsten Vorbeugungs- und Heilmittel: frische Luft, Bäder, ausreichende Bewegung des ganzen Körpers, Abwechslung in der Stellung bei der Arbeit, so daß die meißens stehenden Arbeiter Gelegenheiten zum Sitzen, die meißens stehenden Gelegenheiten zum Stehen erhalten, sowie ein längeres Ausgehen der Arbeit durch Erholungsurlaub. Ferner machte der Redner auch darauf aufmerksam, daß die Pflege geistiger Interessen von großem Wert für die Erhaltung der Gesundheit ist und erwähnte im Anschluß daran auch die Reanier-Ausstellung bei Keller und Rainer. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Der Redner hatte sich kurz gefaßt, um Gelegenheit zu fruchtbarer Diskussion zu geben, und erreichte auch diesen Zweck in vollem Maße. Eine große Anzahl von Rednern meldete sich zum Wort. Die Aussprache ergab, daß fast alles, was der Arzt im Interesse der Gesundheit der Arbeiter und Arbeiterinnen für notwendig erachtete, in den Betrieben der A. E. G. fehlt oder doch, wie z. B. die Baderestabliements, nur sehr mangelhaft vorhanden ist. Unter anderem wurde auch über das Ueberstundenwesen geredet. Ein Zwang soll ja angeblich in dieser Hinsicht nicht ausgeübt werden; nach dem, was verschiedene Redner ausführten, muß jedoch der, der sich weigert, Ueberzeitarbeit zu leisten, mit Entlassung rechnen. — Die Versammlung sah zu diesem Punkt einstimmig folgenden Beschluß:

„Die heute, am 4. Februar, bei Lipps versammelten Mitglieder der A. E. G. Betriebskrankenkasse sehen ein, daß bei der jetzigen intensiven Arbeitsweise die Körperkräfte der Arbeiterschaft in geradezu fahrlässiger Weise vermindert werden, so daß die Zahl der Kranken und frühzeitig Invaliden ständig steigt. Da diese Gefahren durch lange Arbeitszeit und Ueberstunden noch vergrößert werden, so beschließt die heutige Versammlung, mit aller Macht dahin zu streben, daß jede Ueberstunde vermieden, ebenfalls die lange Arbeitszeit vermindert wird, damit die Arbeiterschaft Zeit genug behält, sich nach der Arbeit so zu erholen, daß Krankheiten vermindert werden und vorzeitige Invalidität nicht eintreten kann.“

Da die Zeit inzwischen sehr weit vorgeschritten war, konnte die Diskussion über den zweiten Punkt: Das Verhalten des Arzttausches bei der großen Aussperrung, nur kurz sein. Der Vorsitzende des Arzttausches, Dr. Weutler, war hierzu eingeladen worden, erklärte jedoch in einem Brief, daß er nicht erscheinen könnte, weil er erstens Sonntag vormittags absolut keine Zeit habe, und zweitens, weil er kontraktlich verpflichtet sei, in allen die Ärzte betreffenden Angelegenheiten nur mit dem

Vorstand der Krankenkasse in Verbindung zu treten. Im übrigen sei er auch der Meinung, daß sich die fragliche Sache besser in der gemeinsamen Vorstandssitzung als in einer großen Versammlung regeln lasse. Diese Antwort erregte großes Mißfallen in der Versammlung. Es handelt sich bei der Angelegenheit darum, daß der Arzttausch bei der Wassenaussperrung in der Elektrizitätsindustrie ohne Wissen und Billigung des Vorstandes die Kassenärzte durch ein Rundschreiben aufforderte, bei Krankmeldungen mit „ganz besonderer Vorsicht“ zu verfahren, um einer außergewöhnlichen Belastung der Krankenkasse vorzubeugen. Die Arbeitnehmervertreter des Kassenvorstandes haben damals im „Vorwärts“ diese Maßnahmen des Arzttausches schon als einen ungesetzlichen und ungerechtfertigten Uebergriff bezeichnet und die Erwartung ausgesprochen, daß das Rundschreiben in keiner Weise von den Kassenärzten beachtet werden möge, was leider keinen Erfolg hatte. Auch jetzt ist diese Angelegenheit noch nicht gelöst. Manche Arbeiter und Arbeiterinnen sind durch die „besondere Vorsicht“ der Ärzte im Interesse des Unternehmertums geschädigt worden. Die Versammlung sah zu diesem einstimmig folgenden Beschluß:

„Da durch das vom Arzttausch der A. E. G. Betriebskrankenkasse während der Elektro-Aussperrung 1905 an die Herren Ärzte dieser Kasse veranderte Verhalten mit aller Deutlichkeit bewiesen ist, daß die Mitglieder des Arzttausches ihre Kunst lieber dem Unternehmertum zu Füßen legen, statt sie der leidenden Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen, beschließt die Versammlung als Antwort auf die Maßnahmen des Arzttausches, diese Herren in keiner Weise mehr hülferufend zu belästigen. — Die Anwesenden erachten es als eine Ehrenpflicht, die Maßnahmen dieser Herren in allen Verfassungsverhandlungen der A. E. G. bekämpft zu geben.“

**Energischer Protest der Gastwirtsgehülfen.** Am Dienstagmorgen hielten die Gastwirtsgehülfen in Wendis Industriefällen eine öffentliche Versammlung ab, die von tausend Personen besucht war. Der neueste Beutezug der Berliner Gastwirts-Innung auf die Taschen der Gehülfen, so lautet die Tagesordnung. Referent war Hugo Boehsch, der mit scharfer Kritik die „Segnungen“ und „Wohlfahrts-Einrichtungen“, welche die Gastwirts-Innung der Gehülfenschaft beibringt, wirkungsvoll beleuchtete. Da ist das Innungsschiedsgericht mit seinen vielen Nachteilen gegenüber dem Gewerbegericht. Wie leicht bei dem ersteren der Unternehmerstandpunkt zur Geltung kommt, zeigte der Redner an Beispielen. Dem Innungsschiedsgericht gegenüber können die Gehülfen sich eines tiefen Mißtrauens nicht erwehren. Eine andere Einrichtung zum Schaden der Gehülfenschaft ist die Innungskrankenkasse, eine sehr billige und sehr schlechte Kasse, was die Leistungen gegenüber der Ortskrankenkasse anberührt. Hierbei deckte der Redner das Geheimnis auf, woher die Innung so viele Mitglieder habe. Es ist der oft sehr große materielle Vorteil, der den Innungsmeistern dadurch geboten wird, daß sie ihre Angehörigen bei der billigen Innungskrankenkasse anmelden können. Die Gehülfen werden schwer dadurch benachteiligt, denn die Ortskrankenkasse verdient in jeder Beziehung den Vorzug, sowohl wegen der höheren Unterstützung als auch wegen der besseren Behandlung der Kranken. In einigen Beispielen, die allgemeine Empörung wachriefen, konnte der Referent auch hier seine Behauptungen erhärten. — Von dem Wohltätigkeitsförm der Innungsmeister sollen z. B. die Weihnachtsgaben für arme Witwen zeugen. Dafür wurden 1400 M. ausgegeben, zu denen die Gehülfen aber 800 M. beigetragen hatten. Während man nun den Witwen der Gastwirte die Gaben diskret per Post zusandte, wurden die Witwen der Gehülfen von den Herren Wohlthätern in breiter Öffentlichkeit geladen. — Eine Einrichtung, auf welche die Gehülfen nicht den mindesten Wert legen, trotz aller Prahlereien der Innungsmeister, ist der Arbeitsnachweis der Innung. Dieser ist beinahe bedeutungslos gegenüber den vielen Stellenvermittlungsbüros im Gastwirts-Gewerbe, und die Innungsmeister selbst benutzen ihren eigenen Radon nur zu einem kleinen Teil; sie gehen zu den Kommissionären, wo die Gehülfen schamlos ausgebeutet werden. Die Innung sagt, sie könne ihre Mitglieder nicht verpflichten, den eigenen Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen. Das Personal soll aber gezwungen sein, dafür Beiträge zu leisten. Der neueste Plan der Innung besteht nun darin, die Gehülfen zu erhöhen, so daß die Gehülfen für die „Wohlfahrts-Einrichtung“ der Innung die Kosten zu tragen haben. Für jede feste Stellung sollen 3 M. (bisher 1 M.), für jede Ausfühlerstellung 25 Pf. (bisher 20 Pf.) bezahlt werden. In dem Arbeitsnachweis hat sich ein Defizit von 8000 M. gezeigt (seit dem Jahre 1905), welches die Innungsmeister leicht beizutreiben könnten, wenn sie die Eintrittsgelder zur Innung wieder einführen würden oder nur 2 M. pro Person und Jahr für ihre „Wohlfahrts-Einrichtung“ bezahlen möchten. Der Redner meinte, er würde sofort einen Vorstoß des Arbeitsnachweises der Innung empfehlen, wenn die Gehülfen in einer großen Organisation vereinigt wären; bei der bestehenden Zersplitterung bleibt aber nur als Mittel übrig, daß der Gehülfenausschuß der Innung bei der Behörde Protest gegen die Absicht der Meister erhebt, denn die Zustimmung der Aufsichtsbehörde ist nach dem Gesetze notwendig. Es wurde mitgeteilt, daß der Gehülfenausschuß einen energischen Protest bereits erhoben habe. — Einstimmig nahm die Versammlung eine Resolution an, die sich scharf gegen die geplante Maßregel der Innung wendet.

Die Cafe-Angestellten sind in eine Bewegung zur Verbesserung ihrer Lage und speziell gegen die Stellenvermittlungsbüros eingetreten. Ein Vertreter des Verbandes der Cafe-Kellner wandte sich an die Versammlung mit einem Appell um Unterstützung dadurch, daß sich die Gastwirtsgehülfen solidarisch zeigen und nicht ohne Einverständnis des Verbandes in einem Cafe Stellung nehmen. Die Stellenvermittlung, wie sie jetzt besteht, ist eine schändliche Ausbeutung der Kellner und muß bekämpft werden. Die Versammlung sprach den Cafe-Kellnern ihre volle Sympathie aus; die verlangte Unterstützung wird als selbstverständlich angesehen.

**Arbeitervertretung in der Wasserinnung.** In einer Versammlung am 22. Januar wurden in den Gehülfenausschuß der Innung Stein und Weise und als deren Ersatzmänner Stolz und Stein gewählt. Als dann unter dem Vorsitz des Althülfen Wendel die Wahl von Beisitzern zum Innungsschiedsgericht vorgenommen werden sollte, entstand ein von Isalorganisierten Gehülfen verurachteter Tumult, der die vorzeitige Schließung der Versammlung nötig machte. Am Montag, 5. d. M., fand eine neue Versammlung zum Zweck der Wahl statt. Sowohl von zentraler wie von lokaler Seite war eine Kandidatenliste aufgestellt. In der Abstimmung wurden die von der Zentralorganisation aufgestellten Kandidaten mit 530 gegen 112 Stimmen gewählt. Beisitzer zum Innungsschiedsgericht sind demnach: Kassin, Teuber, Koch, Stein; Stellvertreter: Luchow, Terschke, Zimmer und Stolz.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Gründe werden nicht angegeben.

**Offenbach, 7. Februar.** (D. H.) Der Kreislandtag für die Stadt Offenbach am Main hat die Wahl des Beigeordneten Peter Jahn, der Sozialdemokrat in Wülheim ist, beanstandet. Gründe für die Beanstandung wurden nicht angegeben.

### Die bestehende Staatsordnung.

**Odesa, 7. Februar.** (Von einem besonderen Korrespondenten.) Vor dem Sebastopoler Kriegsgericht begann heute der Prozeß gegen drei Offiziere und sieben Matrosen von dem Panzer „Potemkin“, die beschuldigt werden, an einem offenen Aufstand teilgenommen und den Versuch gemacht zu haben, die bestehende Staatsordnung umzuwälzen.

Auf Befehl aus Petersburg hat der Stadthauptmann den zweiten Bürgermeister verhaften lassen, der während des letzten Aufstandes der Postbeamten der Stadtverwaltung den Vorschlag gemacht hatte, zur Unterstützung der Ausständigen 1000 Rubel zu verteilen.



Reichstag.

87. Sitzung vom Mittwoch, den 7. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Niemand.

Erster Punkt der Tagesordnung ist der Antrag Albrecht (Soz.) und Genossen, welcher dahin geht, dem Artikel 3 der deutschen Reichsverfassung folgenden Zusatz anzufügen:

In jedem Bundesstaat und in Elsaß-Lothringen muß eine auf Grund des allgemeinen gleichen direkten und geheime Wahlrecht gewählte Vertretung bestehen. Das Recht zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben.

Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts-Etats erforderlich.

Abg. Bernheim (Soz.):

Der Antrag, den wir heute dem Hause vorlegen, ist kein neuer. Er ist schon elf Jahre alt und in Form eines Amendements ist er sogar schon 21 Jahre alt. Er wird also in diesem Jahre mühselig, (Heiterkeit.) Das allgemeine Prinzip dieses und ähnlicher Anträge, daß nämlich das Reich die Kompetenz hat, in den Einzelstaaten Parlamente einzusetzen, ist so alt wie der deutsche Reichstag. Schon im Jahre 1870 wurde nämlich der Antrag Böttling hier verhandelt und es war damals namentlich der auf der Rechten des Hauses sehr beliebte Abg. v. Treitschke, welcher lebhaft für den Antrag eintrat. Der Antrag wurde mit 185 gegen 88 Stimmen angenommen. Im wesentlichen war nur das damals sehr föderalistische Zentrum gegen den Antrag. Im Jahre 1885 brachte die sozialdemokratische Partei ein Amendement zu diesem Antrage ein, welches jedoch ohne Verhandlung abgelehnt wurde. Damals sprachen auch die Abg. Miquel und v. Kardorff sehr lebhaft für das allgemeine Prinzip der Kompetenz des Reiches in dieser Angelegenheit. Der Abg. v. Kardorff meinte nämlich, ohne die Durchführung dieses Antrages hätten nicht alle deutschen Reichsbürger das gleiche Recht. (Hört! hört! links.) Im Jahre 1894/95 brachte dann die sozialdemokratische Partei den gegenwärtigen Antrag ein, die freireinliche Volkspartei einen ähnlich lautenden Antrag Anker und die freireinliche Vereinigung den Antrag Bachnick, der nur im allgemeinen die Einrichtung von Parlamenten in allen Bundesstaaten forderte.

Unser Antrag wird nicht verschwinden, bis Sie ihm Genüge geleistet haben, da er keiner Billür, sondern einem Bedürfnisse entspricht. Das ganze Leben in Deutschland entwickelt sich im Sinne einer größeren Vereinheitlichung. Deshalb hat schon vor Jahren mein Kollege Veibel darauf hingewiesen, daß sich auch die Sozialdemokratie dieser Entwicklung angeschlossen hat, indem sie, die dem Reichsgedanken zuerst mißtrauisch gegenüberstand, später dazu übergegangen ist, Anträge auf Kompetenzweiterung des Reiches gegenüber den Einzelstaaten zu stellen. Nehmen Sie nur die Versicherungs-gesetze! Wie tief greifen sie in die Verwaltung der Einzelstaaten ein. Selbst vom Zentrum ist der Abg. Jäger jetzt Mitglied eines Vereins, der ein Reichswohnungs-gesetz anstrebt. Der Bundesrat aber steht allen diesen Bestrebungen unfeindlich gegenüber. Man sieht es ja heute wieder: Die Bundesratsstische sind vollkommen leer. Soweit es also auf die Regierung ankommt, müssen wir unseren Antrag hier vor Holz und nicht vor lebendigen Menschen verhandeln. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ja aber auch ein offenes Geheimnis, welcher Bundesstaat an all dem schuld ist; und das ist kein Wunder, wenn man sich die große Verschiedenheit der Wahlgesetze in Preußen und im Reich ansieht. Wenn Sie eine Musterkarte all der verschiedenen Wahlgesetze innerhalb des Deutschen Reiches einem Ausländer vorlegen, so wird er sich an den Kopf fassen und sagen: Wie ist es denn nur möglich, daß innerhalb einer einzigen Nation eine solche Verschiedenheit existiert! Ich will Sie nicht mit einer Aufzählung der verschiedenen Wahlsysteme aufhalten, aber eine Gruppierung wird Ihnen zeigen, wie verschieden die Systeme in den einzelnen Staaten sind. Da gibt es zunächst Staaten, in denen das Wahlrecht dem Reichstagswahlrecht entweder homogen ist oder sich doch wenigstens nähert. Baden hat das direkte Wahlrecht, Württemberg, welches das allgemeine direkte Wahlrecht schon hatte, beseitigt jetzt aus der Volksvertretung den Rest der Ständevertreter. Bayern modernisiert in diesen Tagen sein Wahlrecht. An der Spitze der Bewegung steht bekanntlich Prinz Ludwig, dem diese Wahlreform noch nicht modern genug ist. Auch von den südrheinischen Kleinstaaten haben Sachsen-Meinungen, Schwarzburg-Rudolstadt und Meuß j. L. direkte Wahl, die aber dort entweder mit einem Rekrutensystem verknüpft, oder durch eine besondere Vertretung der höchsten Steuerbesitzer oder Ständeherrn verfaßt ist, so daß in vielen Fällen die Stimme der Wählerschaft vollkommen neutralisiert ist. Ueberhaupt finden wir in den südrheinischen Staaten alle möglichen Arten von Kombination zwischen allgemeinem Wahlrecht und besonderer Klassenvertretung. In Sachsen-Altenburg z. B. hat die erste und zweite Klasse mit 21 Abgeordneten stets die Mehrheit über die dritte und vierte mit 14 Abgeordneten. In Elsaß-Lothringen schließlich wird auf ganz komplizierte Weise der Landesauskunft aus dreimal gesiedelten Delegierten der Kreise, Gemeinden und Bezirke gebildet.

In allen diesen Ländern hat sich nun die Entwicklung in zwei verschiedenen Strömungen vollzogen. In Süddeutschland ist die Entwicklung zum allgemeinen Wahlrecht sichtlich vorwärts gegangen, in Norddeutschland dagegen wird rückwärts revidiert. Sachsen ging hierin voran. Dort wurde das Wahlrecht zuerst an den Genuss von 3 R. direkter Staatssteuern geknüpft; das wirkte so stark, daß mindestens ein Drittel der Reichstagswähler oder die Hälfte der Bevölkerung von dem Landtagswahlrecht ausgeschlossen wurde. Versärfend kam noch eine das Land sehr bevorzugende Wahlkreiseinteilung hinzu. Aber auch dies Wahlsystem schien der reaktionären Mehrheit in Sachsen noch zu radikal, es waren immerhin noch einige Sozialdemokraten gewählt und so führte man das preussische Dreiklassenwahlrecht auch in Sachsen ein, nur daß statt der öffentlichen die geheime Stimmabgabe eingeführt wurde. Dieser Vorteil hat aber gar keinen Zweck, da die Stimmen der dritten Klasse doch nicht zur Geltung kommen. Gegen diese Wahlrechtsänderung in Sachsen haben sogar Febrilanten und Intellektuelle von Aufstellung genommen. Aber alle Proteste haben nichts genutzt, sondern man hat sich auf den brutalen Machtstandpunkt gestellt. In den Reichstag hat Sachsen vor dem Wahlrechtsraub 7, nach ihm 23 Sozialdemokraten unter 23 Abgeordneten einen einzigen Sozialdemokraten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das schärfste Beispiel fand Nachahmung in Lübeck. Hier war das Wahlrecht an den Erwerb des Bürgerrechts geknüpft, aber die wenigen Sozialdemokraten, die trotzdem gewählt wurden, waren dem libidischen Senat noch zu viel, und er schuf ein Klassenwahlrecht, wonach den Arbeitern von 120 Mandaten nur 15 eingeräumt wurden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch dort wurde gegen alle Proteste mit brutaler Macht die Wahlrechtsänderung durchgeführt. Nach Lübeck kam die bestehende Klasse Hamburgs und führte mit einer Privilegiertheit und Brutalität sondergleichen eine Wahlrechtsänderung durch, die den Protest jedes Gerechtfertigten hervorrufen mußte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Während Hamburg für den Reichstag über 200 000 Wähler zählt, hat es für die Bürgerschaftsliste nur 50 000. Die übrigen 150 000 gehörten natürlich den arbeitenden Klassen an. Und trotzdem diese unerhörte weitere Wahlrechtsbeschränkung! Unter den allgerühmtesten Verhältnissen hätte die Sozialdemokratie 50 gegen 110 Stimmen bekommen können. Und dieses System war den Herren noch zu modern! Die Grundbesitzer haben von vornherein 40 Sitze in der Bürgerschaft. Tatsächlich aber kann es kommen, daß sieben Viertel

aller Vertreter Grundbesitzer sind. Nun aber erkundigen Sie sich einmal danach, was in Hamburg alles geschehen ist! Die Stadt hat häufig bei Grundbesitzerverwerbungen das Dreifache und Vierfache von dem bezahlten müssen, was sie bezahlt hätte, wenn sie nicht die schmähliche Vertretung gehabt hätte.

(Graf Vosjadowshy hat am Bundesratsstische Platz genommen.)

Durch das gestohle Wahlrecht war schon dafür gesorgt, daß nur ganz allmählich moderne, vernünftige Gedanken in die Vertreterschaft hineingekommen wären. Und dieses System wurde noch rückwärts revidiert! Die Arbeiter haben alle gesetzlichen Mittel angewandt, um die Stimme des Protestes zu erheben. Und als es dann zu den Demonstrationen auf der Straße kam, mußten wir hier von der Rechten und Linken die verständnisloseste Beurteilung hören.

Und nun in Preußen! Hier ist allerdings von einem Rückwärtsrevidieren nicht die Rede gewesen, einfach aus dem Grunde, weil das nicht mehr möglich wäre! Das preussische Wahlrecht ist ohnehin das schlechteste in ganz Deutschland. Ich will nicht davon sprechen, daß dieses Wahlsystem überhaupt ein mit Gewalt von oben statt eines schon bestehenden besseren aufzotriertes ist. Das „Wahlrecht“ wurde damals damit begründet, daß der Besitz auch die größere Intelligenz darstelle. Man schämte sich offenbar, offen die nackte Gewalt im Interesse des Besitzes zu proklamieren. Gewiß gab es damals noch eine größere Zahl von Analphabeten in Preußen. Den Charakter aber, den das Wahlrecht mittlerweile angenommen hat, besah es damals noch nicht. Trotzdem war es schon damals der Auslöser einer Reaktion gegen eine vorhergehende Revolution. Die Geister waren sehr erregt. Man wollte erst ihre Beschwichtigung abwarten. Aber daß man jenes Wahlrecht dann über ein halbes Jahrhundert aufrechterhalten hat, das ist unbegreiflich. Es war so ungeschicklich, daß man den Wählern das Wahlrecht geradezu verfehlte. Da ist die Ungleichheit der Stimmen! Da ist die offene Stimmabgabe, die alle abhängigen Geistlichen, alle Beamten zwingt, entweder überhaupt nicht oder für die Regierungspartei zu stimmen. Alles das führt dazu, die wahre Stimmung des Landes zu fälschen. Seltener wählen mehr als 20 Proz. der Wähler. Die kleinen Abänderungen, die man eingeführt hat oder einführen wollte, dienen nur dazu, die Ungerechtigkeiten zu befestigen oder sie sogar noch zu verstärken. Wenn in einer einzigen Stadt Wähler mit demselben Einkommen hier in der ersten und dort in der dritten Klasse wählen, so läßt sich das ja durch eine Fläckerarbeit beseitigen. Aber dann wird immer noch die Ungerechtigkeit bestehen bleiben, daß in verschiedenen Städten Leute gleichen Einkommens in verschiedenen Klassen wählen. Es bleibt immer so, daß die dritte Klasse erdrückt wird. In der Konfliktzeit ertönte der Jammer über das Dreiklassenwahlrecht von Seiten des Preußenvereins; denn damals wurde die erste Klasse von der zweiten und dritten erdrückt. Da war es Fürst Bismarck, der dieses Wahlrecht als das elendeste und widersinnigste bezeichnete. Mit der Zeit ist es nun das Bollwerk der Konservativen geworden, vor allem dank der veralteten Wahlkreiseinteilung, die noch aus der Zeit stammt, in der Bismarck jenes Wort sprach. Seitdem hat Preußen die größte wirtschaftliche Umwälzung durchgemacht, aber an der Wahlkreiseinteilung ist nichts geändert. Wir haben Wahlkreise, wo auf einen Abgeordneten 870 000 Einwohner, und andere, wo auf einen Abgeordneten noch nicht 40 000 Einwohner fallen. Also nicht eine Spur von Gerechtigkeit zeigt diese Wahlkreiseinteilung. Es herrscht die Plutokratie; sie hat das Recht, und sie will es behalten. Die arbeitenden Stände aber haben sich kulturell ungeheuer gehoben. Wie können Sie jetzt ein Wahlrecht beibehalten, das in einer Zeit geschaffen wurde, in der die Arbeiterklasse noch unentwickelt war! Und Sie, meine Herren Konservativen, nennen sich eine Partei der „historischen“ Rücksichtnahme!

Sehen wir einmal, wie das Wahlrecht das letzte Mal gewirkt hat. Von den 1300 000 Stimmen sind 350 000 für die Sozialdemokratie abgegeben worden. Dabei hat sie sich nur in einem Teil der Wahlkreise beteiligt. Bei der Reichstagswahl fielen 28 Proz. der Mandate in Preußen auf die Sozialdemokratie. Nach der Stärke im Lande berechnet, müßten also über 80 Mandate des preussischen Landtags der Sozialdemokratie zufallen. In der Tat aber vertritt nicht ein einziger Abgeordneter die 1 1/2 Millionen sozialdemokratischen Wähler im preussischen Landtag — können Sie, meine Herren Konservativen, das mit gutem Gewissen als erhöht bezeichnen? (Auf rechts: Ja! Heiterkeit rechts, Unruhe links.) Das ist eben das Schlimme, daß die Konservativen in Preußen — anders als die Konservativen in anderen Staaten — nicht einmal das Gefühl haben, daß dieser Zustand dem Deutschen Reich, dem preussischen Staat im höchsten Grade zur Unruhe gereicht; das kennzeichnet die konservative Partei in Preußen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Im dritten Berliner Wahlkreise waren es nur die rein plutokratischen Stimmen der ersten Klasse, welche die Wahl der Sozialdemokraten verhinderten. Die Liberalen sollten in solchen Fällen freiwillig zurücktreten. (Lachen rechts.) Das ist nicht so lauerbörisch. Bei den englischen Wahlen waren es die Liberalen, die vielfach zugunsten von Arbeitervertretern zurückgetreten sind. Aber selbst die Konservativen sollten die Hand bieten, um das Wahlrecht zu reformieren. Statt dessen geht man in preussischen Landtage noch daran, das Unrecht zu befestigen. Sie wollen nur die allergrößten Wahlkreise, die mit den vielen sozialdemokratischen Wahlmännern Ihnen über den Kopf zu wachsen drohen, in mehrere zerlegen. Bei Gelegenheit des Toleranzantrages rief der Zentrumsvorredner Herr v. Hertling aus: Ueberstimmen Sie uns nicht! Machen Sie die Frage nicht zu einer reinen Nachfrage! Nun wohl! Jetzt ist der Moment da, wo das Zentrum Farbe bekennen könnte! Ihre staatsrechtlichen Bedenken sind längst nicht mehr stichhaltig. Verstecken Sie sich nicht! (Lachen im Zentrum.) Bei der Gründung des Reiches handelte es sich darum, die kleinen Staaten gegen die Uebermacht Preukens zu schützen, deshalb wurde die Kompetenz des Reiches vorläufig in ziemlich engen Grenzen festgesetzt. Heute aber handelt es sich darum, das, was die kleinen Staaten bereits erreicht haben, dem größten Bundesstaate aufzuopfern. Auch Ihr Toleranzantrag greift in die Gesetzgebung der Bundesstaaten ein. Also staatsrechtliche Bedenken bestehen nicht. Wo ein Wille, ist ein Weg. Sie müssen um so eher unserem Antrage zustimmen, da Sie genau wissen, daß trotz aller Proteste die Änderungen der betreffenden Einzelstaaten zu durchgreifenden Änderungen nicht zu bewegen sind. Die Sozialdemokratie hat es ja an Demonstrationen nicht fehlen lassen. Ich muß gegenüber den Angriffen auf diese Demonstrationen noch einiges sagen. Das Recht, die Straße zu Demonstrationen zu benutzen, ist ein selbstverständliches. Wenn gehört denn die Straße? Doch nicht einer Klasse, sondern der Gesamtheit. Von Zeit zu Zeit werden solche Straßendemonstrationen zur Notwendigkeit. In England ist die Straßendemonstration ein selbstverständliches Recht. Die Polizei macht lediglich bekannt, durch welche Straßen der Umzug geht, und verbietet den Wagenverkehr für einige Zeit. Die Polizei und die Parteivertreter sorgen dann gemeinschaftlich für die Ordnung. Bisweilen hat man auch Scherze gemacht wie: den Minister in offizielles zu hängen u. dgl. Das hat dem Minister nicht wehe getan! (Heiterkeit links.) Bei uns aber ist die Straßendemonstration noch viel wichtiger, weil das Mittel der Falschabstreifungen gegen uns im größten Maßstabe geübt wird. In meinem Wahlkreise Breslau ist es mir nur ein einziges Mal möglich gewesen, in einem kleinen Saale in der Stadt zu meinen Wählern zu sprechen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nur das Gewerkschaftshaus im Alten der Stadt steht uns zur Verfügung. Da brauchen wir die Straße, um auf die Neutralen einen imponierenden Eindruck zu machen.

Ich hätte es niemals für möglich gehalten, daß der Redner einer bürgerlichen liberalen Partei gegen die Bewegung, die jetzt im russischen Volke gegen den Jarisismus stattfindet, solche Worte gebrauchen könnte, wie es hier kürzlich der Abg. Dr. Wugdan getan

hat. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das war ja nur eine Empfindungsrede!) Es handelt sich um eine allgemeine Volksbewegung, bei der auch ein großer Teil der Besitzenden und der Intellektuellen beteiligt ist. Unseren Freunden in Rußland ist es ganz klar, daß diese Revolution zunächst dem Bürgertum zugute kommen wird, aber sie ist in Rußland eine Notwendigkeit geworden. Vom Regierungstisch hörten wir von der „großen“ französischen Revolution sprechen, und ein Freisinniger macht höhnende Bemerkungen über den „Roh!“ Haben Sie (zu den Freisinnigen) denn die letzten Wochen und Monate verschlafen? Wissen Sie nicht, daß in Odessa, Kiew, Woihow und anderen Städten die organisierten Arbeiter durch ihre „Selbstwehr“ die Angehörigen aus der bürgerlichen Klassen gegen die Brutalität der von der Regierung bestochenen Verbände geschützt haben? Solche Taten haben den Anspruch auf Anerkennung bei allen Kulturvölkern, soweit sie nicht vollkommen verpufft und verrotten sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden in dem Kampfe für das allgemeine gleiche Wahlrecht nicht erlahmen; es ist für unser Volk ein Kampf ums Recht. Graf Vosjadowshy sprach gestern davon, daß die Arbeiter nicht die Wohlthaten der sozialen Gesetzgebung anerkennen. Ich will dazu nur das eine sagen: Es kommt doch bei allen Angehörigen darauf an, unter welchen Formen und Umständen sie gewährt werden. Daß die Arbeiter durchaus nicht unerleucht sind für Leistungen von anderer Seite, hat Professor Abbé, der kein Sozialdemokrat war, erfahren. Aber diejenigen kennen die deutschen Arbeiter schlecht, die glauben, daß sie jemals das Streben nach gleichem Recht im Staate, nach demokratischen Einrichtungen aufgeben würden, weil ihnen irgend welche wirtschaftlichen Vorteile geboten werden. Wenn Sie die Arbeiter fragen würden: Wir wollen Euch den Achtstundentag und zahlreiche andere materielle Vorteile geben, aber verzichtet dafür auf Euer Wahlrecht. Ich bin fest überzeugt: Die Arbeiter werden rufen: Nein! Denn auch wir sagen, wie das Zentrum: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.“ Es ist hier oft im Reichstage von den Gegensätzen zwischen den sogenannten Revisionisten und den Radikalen in unserer Partei die Rede. Die Tribüne des Reichstages ist nicht der Ort, darauf näher einzugehen. Das eine aber kann ich Ihnen sagen: Wenn Sie den irgend jemand innerhalb der Sozialdemokratie erwarten, daß er seinen Parteigenossen gegenüber für striktes Festhalten des reinen Reformstandpunktes und gegen alle revolutionären Gedanken eintreten soll, wie können Sie es da ihm, wie können Sie es mir zumuten, ich sollte für Reformen sprechen, wenn ich sehen muß, daß man sich einfach auf den Standpunkt der boni possidentes (glücklichen Besitzer) stellt und nicht reformieren will? Unser Antrag bietet Ihnen den Weg, kundzutun, daß Sie gewillt sind, das Unrecht zu beseitigen. (Mit erhobener Stimme): In Ihrer Hand liegt es, dafür zu sorgen, daß unser Antrag die einmal eine andere Antwort bekommt als die Antwort, die wir bisher gehört haben. Ich glaube, wenn Sie sich der Verantwortung bewußt sein werden, die auf Ihnen lastet, so werden Sie unseren Antrag annehmen müssen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hausparlamentarischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Wugdan:

Ich weiß, daß ich in diesem Hause mit meinen Ausführungen keinen Eindruck machen werde. Aber außerhalb des Hauses wird man es nicht verstehen können, wie hier im Reichstage gegen die legislative Körperschaft eines Bundesstaates Ausdrücke wie „Brutalität“, „Privilegiertheit“ fallen können. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Ausdrücke wurden von dem Redner langsam herausgedrückt, herausgequält, sind also offenbar mit der Absicht gesprochen worden, uns zu beleidigen. (Mit erhobener Stimme): Ist das Freiheit? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist die Wahrheit!) Mit lauterer Stimme: Ist das die Gleichheit? (Lauteres Rufen bei den Sozialdemokraten: Das ist die Wahrheit!) (Mit ganz starker Stimme): Ist das die Brüderlichkeit? (Zuruf erneutes Rufen bei den Sozialdemokraten: Es ist nur die Wahrheit! — Glade des Präsidenten.) Es muß doch einmal im Reichstage dagegen aufstehen. (Sehr gut! rechts. Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Auf der anderen Seite hat es mich gewundert, daß der Herr Abgeordnete auf seine Partei die Brutalitäten übernommen hat (Lachen und Widerspruch bei den Sozialdemokraten), die bei den — wie soll ich sagen — Unruhen in Hamburg entstanden sind. Er sprach bloß vom Fenster einwerfen, er sollte aber doch wohl wissen, daß dieses Einwerfen mit der Absicht geschehen ist zu stellen. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Jawohl, die Säden sind hinterher ausgeplündert worden. Die sozialdemokratische Partei in Hamburg hat dagegen protestiert, daß man diese Taten ihr vorgeworfen hat. Der heutige Redner aber hat sie auf seine Partei übernommen und sie als selbstverständliche und lächerliche Aeusserungen der Volksaufregung bezeichnet. Der Abgeordnete Dr. Wugdan hat in seinen sonst ja mehr konservativ gestimmten Aeusserungen doch für Erweiterung des Wahlrechts gesprochen, weil in einem Volksparlamente die Arbeiter viel leichter die Wünsche, die sie angeht haben, zum Ausdruck bringen können. Eine solche Situation lag aber in Hamburg nicht vor, wenigstens nicht nach der Ueberzeugung der gelegenden Körperschaften. Ob diese Ueberzeugung richtig war, ist hier nicht diskutabel. (Lachen und lauter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag hat absolut nicht die Kompetenz, an der Richtigkeit der Beschlüsse der einzelstaatlichen Regierungen und Volksvertretungen Kritik zu üben. (Zuruf erneute Zurufe bei den Sozialdemokraten: Doch! doch! Wir haben das Recht!) (Mit starker Stimme): Der Reichstag ist dazu in keiner Weise legitimiert. (Zuruf erneuter Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Große Bewegung im Hause. Glade des Präsidenten.) Denn sonst wären alle Einzelstaaten schuldlos den wechselnden Majoritäten des Reichstages preisgegeben. (Auf rechts: Sehr gut! Stimmen v. d. Soz.: Wie (schrecklich)!) Es lag die Gefahr vor, daß die Sozialdemokratie eine ausschlaggebende Stellung in der städtischen Vertretung erhielt. Dem haben wir vorgebeugt und zwar deshalb, weil wir der Ueberzeugung sind, daß wir die Aufgaben, welche uns die Geschäfte, unsere Entwicklung (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Als Republikaner! Heiterkeit), unsere geographische Lage in Deutschland stellt und denen wir bisher mit äußerster Anstrengung obgelegen haben (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Cholera! Große Heiterkeit), nicht weiter erfüllen können, wenn die sozialdemokratische Partei in Hamburg die Macht hat, welche prinzipiell den Handesbetrieb bekämpft. (Lauter Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Jawohl, im Zukunftsjahre soll es keinen Handesbetrieb geben. (Andauerndes Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Wir können es nicht zulassen, daß die sozialdemokratische Partei, die es absichtlich und wiederholt betont hat, daß sie nur für die Interessen und ausschließlich für die Interessen der Handarbeiter eintritt (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten), an die Spitze einer Handesstadt kommt. (Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Auf Ihre Drohungen gebe ich nicht. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Auf: Wer droht dem?) Wer zuletzt lacht, lacht am besten. (Heiterkeit.) Wir konnten dieser Gefahr nicht entgehen, ohne das zu tun, was unserer Ueberzeugung nach allein wirksam war, ohne das Recht der Arbeiter ganz aufzuheben. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) In Lübeck übrigens war bisher in der bürgerlichen Vertretung überhaupt kein Sozialdemokrat, erst infolge des Gesetzes, das der Herr Vorredner angriff, sind dort die Sozialdemokraten überhaupt eingedrungen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Durch Drohen mit Unruhen lassen wir uns nicht schrecken, wir werden sie abwarten. Kommen sie, so werden wir uns dagegen zu schützen wissen. Als Männer tragen wir unser Haupt hoch. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Gompesch (Z.) vertieft folgende Erklärung: „Meine politischen Freunde halten in Uebereinstimmung mit früheren Erklärungen an der Auffassung fest, daß die Gestaltung des Wahlrechts in den Einzelstaaten zur Zuständigkeit dieser letzteren gehört und der des Reiches, abgesehen von Elsaß-Lothringen, entzogen ist.



Andererseits aber bringt die Entwicklung der politischen Verhältnisse immer deutlicher die Forderung zum Bewusstsein, daß das Wohl und Wehe des Deutschen Reiches auf die Dauer von einer harmonischen Entfaltung des Verfassungslebens in den Einzelstaaten nicht getrennt werden kann. In einem Staatswesen, in welchem die Grundzüge der allgemeinen Schulpflicht, der allgemeinen Wehrpflicht und der allgemeinen Steuerpflicht zur Durchführung gelangt sind, erscheint es als ein Widerspruch, wenn einzelne Teile der Bevölkerung von einer wirksamen, verfassungsmäßigen Vertretung ihrer Rechte und Interessen ausgeschlossen sind. Was das Reich seinen Bürgern durch die Gewährung des allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechts gewährt hat, wird auf die Dauer auch in den Einzelstaaten den Bürgern in entsprechender Weise gewährt werden müssen. Eine Frage von so großer Bedeutung und Tragweite kann aber, wie die Erfahrung aller Zeiten lehrt, eine befriedigende Lösung nur finden, wenn sie in Zeiten der Ruhe und des Friedens in Angriff genommen wird. Nach Artikel 23 der Reichsverfassung ist der Reichstag nicht in der Lage, die Initiative nach dieser Seite zu ergreifen. Wenn aber die verbündeten Regierungen nach Maßgabe der Reichsverfassung dem Reichstage einen Gesetzentwurf zugehen lassen, in welchem unter Erweiterung der Zuständigkeit des Reiches die Einführung des gleichen, allgemeinen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechts in den Einzelstaaten in Vorschlag gebracht wird, so sind wir bereit, demselben unsere Zustimmung zu erteilen. Was Maß- und Umfang betrifft, so liegt die Zuständigkeit des Reichstages unbestritten vor, aber der vorgeschlagene Gesetzentwurf bietet in seinen Einzelheiten keine annehmbare Regelung.

Das ist das, was wir zu diesem Antrage zu sagen haben, wir werden uns auf eine weitere Debatte nicht einlassen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. v. Normann (L.): Ich habe namens meiner politischen Freunde zu erklären, daß wir der Auffassung sind, daß der Reichstag nicht das Recht hat, in die Verfassung der Einzelstaaten einzugreifen. Der Herr Redner der sozialdemokratischen Partei hat das bestritten, aber nicht bewiesen. Seine Ausführungen sind nicht in der Lage, unsere Ueberzeugung zu erschüttern. Wir wünschen nicht, daß an die Reichsverfassung irgend etwas geändert wird, was sich auf das Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten bezieht. Daher lehnen wir den vorliegenden Antrag mit aller Entschiedenheit ab. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoffmann (natl.): Meine Freunde lehnen den Antrag der Sozialdemokraten ab zunächst aus formalen staatsrechtlichen Gründen. Gewiß sind viele einzelstaatliche Wahlgesetze reformbedürftig. Der Staat, der die Kraft zum Niederschlagen revolutionärer Bewegungen hat, sollte auch die haben, zeitgemäße Reformen durchzuführen. Diesen Standpunkt haben meine politischen Freunde in Preußen und Sachsen, in Mecklenburg wie in den süddeutschen Staaten stets eingenommen. Ueberall sind sie der Stimme ihres Gewissens gefolgt und haben auf die besonderen Verhältnisse des Landes Rücksicht genommen. Ein Bundesstaat mit überwiegend ländlicher Bevölkerung kann natürlich ein ganz anderes Wahlsystem haben als etwa Hamburg, Bremen und Lübeck, in denen die Einführung des Reichstagswahlrechts die Errichtung der sozialdemokratischen Herrschaft bedeuten würde. Dazu werden wir die Hand niemals bieten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach den Erklärungen der Mehrheitsparteien wird ja der sozialdemokratische Antrag abgelehnt werden. Das liegt zum Teil auch an der Unwissenheit des Bürgerturns über die Sozialdemokratie. (Sehr wahr! rechts und bei den Nationalliberalen.) In dieser Beziehung gibt es für eine vernünftige Wahlreform kein größeres Hindernis als die Sozialdemokratie. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ein angesehenes Mitglied der Hamburger Bürgerchaft, das gegen die Wahlreformvorlage gestimmt hat, hat mir gesagt: Wohl ist es ein miserables Gesetz, aber die notwendige Folge von Jena. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) In Süddeutschland hält Herr v. Vollmar von Zeit zu Zeit noch leidlich patriotische Reden, für die sich der brave Bürger und der Student, der alles rosenrot sieht, begeistert. Da findet Herr Kramer den Weg zum Großherzog und äußert der sozialdemokratischen Vizepräsident des badischen Landtages, wie und telegraphisch heute übermittelt wird, eine geradezu schmerzliche Schmach, bei Hofe empfangen zu werden. Vielleicht ist die Sozialdemokratie dort nicht weniger gefährlich, aber sie ist jedenfalls weniger brutal.

Auch die Verquickung der Wahlrechtsfrage mit der russischen Revolution hat uns übel berührt, hat doch auch in Rußland die Sozialdemokratie durch ihre Streiks das Inkrafttreten einer annehmbaren Verfassung gehindert. Ebenso die Straßendemonstrationen in Sachsen, die Straßenszenen in Hamburg, die man vielleicht nicht direkt der Sozialdemokratie auf das Konto schreiben kann, zu denen die erste Anregung aber jedenfalls aus der sozialdemokratischen Presse stammt. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Die Demonstrationen vom 21. Januar können das Bürgerturn auch nicht gerade zu weitgehenden Konzeptionen veranlassen. Der beste Schrittmacher für das Scharmachertum Deutschlands bleibt eben die Sozialdemokratie. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Lesen Sie einmal einen solchen Artikel wie den Webrings zum 21. Januar „Der Tiger als Affe.“ (Der Redner verliest den bereits vom Abgeordneten Wüganen früher verlesenen Artikel noch einmal. Die Schilderung der Vorgänge der Reaktionäre wird von der Sozialdemokratie mit lebhaften Zustimmungskundgebungen begleitet.) Ein so grenzenloser Wutausbruch war ja natürlich bei Ihrer grenzenlosen Entschuldung darüber, daß Sie den Staat bei der Hand und gerüstet fanden. (Lachen bei den Sozialdemokraten, sehr richtig! rechts.) Wir danken dafür, uns von Ihnen ins Schlepptau nehmen zu lassen. Auf diesem Wege gehen wir nicht mit. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Träger (fr. Rp.): Der Antrag auf Einführung einer Verfassung in allen Einzelstaaten ist im konstituierenden Reichstag schon 1871 gestellt worden, als Zusatzantrag zu Art. 3 der Reichsverfassung, von unserem Parteifreunde Julius Wiggert. Lebhafte Anträge wurden später namens der gesamten nationalliberalen Partei vom Kollegen Wüganen gestellt und damals mit imposanter Mehrheit angenommen. (Hört! hört! links.) Alle liberalen Parteien hielten es damals für unerträglich, daß inmitten des deutschen Verfassungsstaates ein Land wie Mecklenburg ohne Verfassung sei. Wir haben den damals eingenommenen Standpunkt nicht verlassen und in unserem Programm von 1894 ausdrücklich ausgesprochen, daß wir mit allen Mitteln die Ausdehnung des geheimen direkten Wahlrechts auf alle Bundesstaaten erstreben. (Sehr gut! links.) Dem jetzigen sozialdemokratischen Antrag können wir leider deshalb nicht zustimmen, weil er das Wahlrecht auch für die Frauen und alle Personen zwischen 20 und 25 Jahren fordert; aber in die Forderung des allgemeinen Wahlrechts für alle Bundesstaaten stimmen wir durchaus ein. Im übrigen sollte auch das Zentrum für Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in den Einzelstaaten eintreten; denn der Abg. Windthorst hat seinerzeit erklärt, die Worte der Reichsverfassung: „Aus Wahlen hervorgehende Volksvertreter“ könnten nicht anders gedeutet werden, als daß man darunter das allgemeine und direkte Wahlrecht versteht; denn indirekte Wahlen seien überhaupt keine Wahlen der Bevölkerung, sondern Wahlen einzelner Privilegiierter. Schärfer, als es hier der Abg. Windthorst getan hat, kann man das preussische Wahlrecht überhaupt nicht bekämpfen. Man bedenke aber auch folgendes: Es ist doch keine plötzlich aufwachsende Bewegung, die jetzt durch das deutsche Volk geht, sondern es ist ein Wunsch, den alle liberalen und modernen Kreise seit der Gründung des Reiches gehabt haben und von dem man jetzt nur glaubt, daß er endlich sprachlos sei. Der Abg. Vernstein hat schon auf das bekannte Wort des Fürsten Bismarck hingewiesen. Ich kann diesen Hinweis dadurch vervollständigen, daß Fürst Bismarck sogar noch in seinen „Erinnerungen“, also nach seiner Entlassung geschrieben hat: „Außerdem halte ich noch jetzt das allgemeine gleiche Wahlrecht nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch für ein berechtigtes Prinzip.“ (Hört! hört! links.) Auch hat der Kaiser von Österreich, den Sie doch gewiß für seinen Umstürzler halten werden, erst noch kürzlich geäußert, das allgemeine Wahlrecht sei das gerechteste System. Ebenso hat sich der Prinz Ludwig von Bayern wiederholt in diesem Sinne ausgesprochen. Auch prinzipielle Gründe kann man noch

dafür anführen: der wichtigste Grundsatz aller modernen Staaten ist der, daß alle Bürger vor dem Gesetze gleich sein sollen. Auch das Wahlrecht ist nun ein Gesetz. Folglich müssen auch vor dem Wahlgesetze alle Bürger gleich sein.

Wir bekommen aber haben das allgemeine Wahlrecht in Bayern, in Baden und selbst in Württemberg, wo bisher sogar noch Privilegierte, die überhaupt aus keiner Wahl hervorgingen, saßen. Ich fürchte, wir werden eine neue Minorität bekommen. Aber auch in Oldenburg wird das allgemeine Wahlrecht in kurzer Zeit kommen. Nach meiner Ansicht ist dagegen das jetzt in Hamburg eingeführte Wahlrecht schlimmer als das preussische. Ich muß dem Herrn Bevollmächtigten entschieden darin widersprechen, daß der Reichstag nicht das Recht haben sollte, die Verhältnisse der Einzelstaaten zu kritisieren. Wenn diese Kritik nicht immer schonend ausfällt, so liegt das eben an den Zuständen in den Einzelstaaten. Auch die Konservativen sollten bedenken, daß unbedingtes Festhalten an verrotteten Zuständen nicht konservativ, sondern reaktionär ist, wie Graf Posadowski einmal ausgesprochen hat. Daß das Reich kompetent ist, in die Wahlrechtsverhältnisse der Einzelstaaten einzugreifen, geht schon daraus hervor, daß das Reich den Militärpersonen das Wahlrecht entzogen hat, während sie es früher in vielen Einzelstaaten besaßen haben! Wir sind unbedingte Gegner des in Preußen bestehenden Wahlrechts, welches nach unserer Meinung keinerlei Schonung verdient. Herr Vernstein rief uns zu, wir hätten bei der letzten Landtagswahl hier in Berlin freiwillig auf einen Sitz zugunsten der Sozialdemokraten verzichten sollen. Das wäre allerdings edel von uns gewesen, ich muß aber bemerken, daß wir keinerlei diktatorische Gewalt über unsere Wähler ausüben. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) und daß ferner der Kampf der Herren Sozialdemokraten gegen uns so heftig war, wie kaum gegen irgend eine andere Partei. Was den nervösen Sonntag anlangt, so will ich über die Frage, ob es nötig war, daß die Regierung die ganze ultima ratio regis (letztes Mittel des Königs) ausbot, unentschieden lassen. Ich für meine Person halte die Straßendemonstration für ein nicht zu leugnendes Recht des Volkes. (Beifall links.) Ich halte sie für die ultima ratio plebis (letztes Mittel des Volkes). Es ist das keine Prinzipienfrage, sondern eine Frage der Taktik oder des Taktles. Wenn Herr Vernstein auf England verwiesen hat, so erinnere ich daran, daß die Engländer seit Jahrhunderten an Straßendemonstrationen gewöhnt sind. Bei uns aber können solche Demonstrationen nur falsch verstanden werden und anstatt der Sache zu dienen, ihr vielleicht noch mehr schaden. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Was die russische Revolution betrifft, so gebe ich zu, daß sie auf unsere Zustände wirkt und nach der einen oder anderen Seite eine mehr oder weniger heilsame Warnung und Mahnung zur Aufmerksamkeit ist. (Sehr richtig! links.) Es wird auch kein Einflüchter bestritten, daß der Druck in Rußland auf das Volk unerträglich und ungerechtfertigt ist. Und man wird auch zugeben, daß Druck Gegendruck erzeugt. Aber das alles hat keine Bedeutung für die Frage des Wahlrechts. Warum das allgemeine Wahlrecht nicht in den Einzelstaaten eingeführt werden soll, dafür liegt sich absolet kein Grund einsehen. Und wenn auch der vorliegende Antrag seinen praktischen Erfolg hat, so ist er doch eine sehr wertvolle Anregung gewesen. Wenn der Herr Präsident getrennte Abstimmung zuläßt, so werden wir für den von mir nicht beanstandeten, vielmehr lebhaft befürworteten Teil stimmen. Dagegen können wir nicht stimmen für die Herabsetzung des Wahlrechtsbeginns auf das 20. Jahr und auf Frauen. Ich bin gewiß lebhaft interessiert für alle Bestrebungen der Frauen, mehr Rechte zu erlangen. Aber ein Schritt bis zum letzten Ziel, bis zum Wahlrecht zum Deutschen Reichstag erscheint mir heute als ein Sprung, vielleicht ein Salto mortale. Die Frauen sind gewiß den Männern vollkommen ebenbürtig an Pflichttreue, Scharfsinn und auch an Veredelmheit (Heiterkeit) und vielleicht haben wir noch einmal die Freude, daß im Deutschen Reichstag heute heute gemacht werden kann. (Heiterkeit.) Aber zurzeit glaube ich, sind wir noch nicht soweit. Das passive und aktive Wahlrecht für Frauen halte ich für die Krönung des Gebäudes; aber solange seine Fundamente noch so wenig festgelagert sind, trage ich noch Bedenken, jetzt schon auf das schwanende Gebäude die Krone zu setzen. (Lebhafte Beifall bei den Freisinnigen.)

#### Staatssekretär Graf Posadowski:

Ich möchte mir zu dem Antrag und den Ausführungen dazu einiges über die psychologische Entstehung des allgemeinen Wahlrechts im Deutschen Reich zu sagen gestatten. Man kann wohl sagen, daß Fürst Bismarck der Schöpfer dieses allgemeinen Wahlrechts im Deutschen Reich ist. Fürst Bismarck hatte es in Frankreich kennen gelernt während seiner Tätigkeit als Gesandter in Paris. Die napoleonische Herrschaft, die sich auf dem Plebiszit aufbaute, war damals im Zenith ihres Ruhmes und ihrer Stärke. Unter diesen Verhältnissen hat Fürst Bismarck die Bedingungen des allgemeinen Wahlrechts kennen gelernt. Fürst Bismarck hat bei der Beurteilung der Anwendung des allgemeinen Wahlrechts durch das deutsche und das französische Volk einen Rechenfehler gemacht. Eine Regierung Deutschlands, selbst wenn sie das volle Vertrauen der Bevölkerung hat, wird nie in der Weise von der Bevölkerung unterstützt werden, wie das in Frankreich und England der Fall ist. Als Fürst Bismarck das allgemeine Wahlrecht in Deutschland einführen wollte, glaubte er, gestützt auf die Erfahrungen, die man in Frankreich mit dem allgemeinen Wahlrecht gemacht hatte, daß der Reichstag immer von einer Bevölkerung gewählt werden würde, die für die Zwecke der Landesverteidigung unter allen Umständen die notwendigen Mittel bewilligen würde. In dieser Beziehung sind die Hoffnungen, die Fürst Bismarck an das allgemeine Wahlrecht geknüpft hat, nicht eingetroffen; denn in diesem Hause hat sich eine Partei, die ihre Organisation auf Grund des allgemeinen Wahlrechts ausgebildet hat, wiederholt und bei den verschiedensten Gelegenheiten in der schärfsten Opposition gegen die Forderungen für die Landesverteidigung gefunden. (Lärm des Abgeordneten Hebel: Das Zentrum! Stürmische Heiterkeit.) Nachdem Fürst Bismarck sein Amt ausgeübt hatte, hat er bekanntlich die Aenderung getan: Wenn das deutsche Volk für den Fall, daß sich das allgemeine Wahlrecht nicht bewährte, nicht die Kraft hätte, es zu beseitigen, so hätte er sich getraut, als er sagte: Er brauche das deutsche Volk nur in den Sattel zu setzen, reiten werde es schon allein können. Aber das möchte ich einmal im deutschen Reichstag betonen: Es liegt keine urkundliche Aenderung des Fürsten Bismarck dafür vor, daß er die Absicht gehabt hätte, das allgemeine Wahlrecht für den Reichstag zu ändern. Nun, meine Herren, nennen Sie das preussische Dreiklassenwahlrecht brutal, aber ich selbst habe mit dem verstorbenen Reichsminister Fürsten Hohenhausen im Kaiserhof in der dritten Wählerklasse zum preussischen Abgeordnetenhaus gewählt und mich dadurch nicht im mindesten degradiert gefühlt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Befreiung ist keine Tugend, auch meistens kein Verdienst, aber jedenfalls eine sehr angenehme Tatsache. (Stürmische Heiterkeit.)

Eins gebe ich gern zu: Es liegt eine gewisse Dissonanz darin, daß im Deutschen Reich ein anderes Wahlrecht besteht als in der Präsidialmacht Preußen. Nun kann in keinem konstitutionellen Staate die Regierung fortgesetzt gegen eine Majorität geführt werden. Man kann, wenn man glaubt, daß die Majorität nicht leistet, was zur Erhaltung des Staates notwendig ist, das Haus wiederholt auflösen, es mag auch Regierungen geben, die in solchen Fällen schließlich — wir haben ja Beispiele dafür in der Geschichte — zum Staatsstreich greifen oder, wenn sie das nicht wollen, sich schließlich unterwerfen zeigen. Was aber ein solcher Staatsstreich bedeutet, das bitte ich alle, namentlich die Vertreter der Rechten, die mit solchen Gedanken ziemlich leicht spielen, aus der demütigen Denkschrift des verstorbenen Ministers v. Platenau zu erfahren. Nun liegt die Dissonanz darin, daß die Regierung in Preußen mit einem aus einem ganz anderen Wahlsystem hervorgegangenen Parlament zu rechnen hat als im Reich. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß, meine Herren, ich gehe sogar weiter. Eine solche Verschiedenheit hat sogar die Wirkung — ich habe manchmal den Eindruck, der vielleicht irrtümlich ist —, daß dieselben Parteien in ihrer Haltung nicht ganz konsequent sind in dem einen Hause und im anderen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es machen sich da merkbare Unterschiede in der politischen Auffassung

geltend. — Was nun das allgemeine Wahlrecht angeht, so liegen meine Bedenken dagegen nicht darin, daß ich befürchte, es könnte jemals eine Partei im deutschen Reichstage die Mehrheit erwerben, die auf dem Standpunkt der äußersten Linken steht. Ich halte die Grundlage, auf der die Sozialdemokratie ihre ganze Agitation und ihr ganzes politisches System aufbaut, für politisch und staatsrechtlich viel zu schwach, als daß sie jemals soweit kommen könnte. Aber meine Bedenken gegen das allgemeine Wahlrecht entspringen seiner Wirkung auf die bürgerlichen Parteien. Man muß heutzutage, wenn man von der Masse gewählt werden will, mit großen Effekten arbeiten. Darin liegt, wie längst ein konservativer Redner ausgesprochen hat, die allerdings ziemlich große Gefahr für die bürgerlichen Politiker, daß sie sich den Wünschen der Masse fügen, wenn sie nicht über ein großes Maß von Selbständigkeit des Charakters verfügen, statt sie zu leiten. Das preussische Wahlrecht — ich vertrete nämlich das preussische Wahlrecht (Heiterkeit), aber erkenne seine sehr schweren Mängel wohl an — soll, wie man ihm vorwirft, der Intelligenz keine Rechnung tragen. Da erlaube ich mir nur die ganz bescheidene Frage, ob denn das allgemeine Wahlrecht der Intelligenz Rechnung trägt, oder ob es der Intelligenz auch nur mehr Rechnung trägt als das preussische Wahlsystem. (Lärm: Doch! bei den Sozialdemokraten.) Aber, meine Herren, wollen Sie es denn theoretisch verteidigen, daß der hochgebildete Mann der Wissenschaft nicht mehr Intelligenz für die politischen Notwendigkeiten des Deutschen Reiches haben soll als ein Mann, der Tag für Tag nur dieselbe Handarbeit leistet? (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Steht die politische Intelligenz, die der Herr Abg. Hebel für sich beansprucht, nicht unendlich viel höher als die eines beliebigen Handarbeiters und trägt ihr das allgemeine Wahlrecht mehr Rechnung als das Dreiklassenwahlsystem? Das glaube ich in der Tat nicht; denn der Vorwurf gegen das preussische Dreiklassenwahlsystem müssen Sie fallen lassen. Das allgemeine Wahlrecht hat wenig offene aber sehr viel geheime Gegner. Was der Abgeordnete Wend gesagt hat — ich bewundere den Mut des Mannes — fühlen sehr viele im Inneren ihres Herzens. Das Wahlrecht, wie wir es für den Reichstag haben, ist das rabulastische, welches auf der Welt existiert. Ich kann das positiv behaupten, da ich mir eine Liste sämtlicher Wahlrechte zusammenstellen ließ. Deshalb kann auch das Wahlrecht, welches jetzt die süddeutschen Staaten einführen oder eingeführt haben, nicht mit dem Reichstagswahlrecht verglichen werden, weil dieses an seine Aufenthaltssfrist und an seinen Besitz geknüpft ist. Zum Reichstag wählt jeder, der sich in die Listen hat eintragen lassen, und in diese Listen kann sich jeder eintragen lassen, der nachweist, daß er ein Deutscher ist. Infolgedessen ist es möglich, daß ein und dieselbe Person bei einer Wahl an verschiedenen Orten wählt. Eine Kontrolle, ob derselbe Name in verschiedenen Wahllisten erscheint, ist nicht möglich. Dagegen verlangt z. B. das bayerische Wahlrecht eine ganz bestimmte Aufenthaltssfrist.

Nun zur staatsrechtlichen Frage: Nach der deutschen Reichsverfassung besteht das Reich aus einem Bundes, den die deutschen Fürsten mit einander geschlossen haben und der durch die Gesetzgebung der einzelnen Staaten sanktioniert wurde. Das Reich wurde konstituiert zum Schutze des Bundesgebietes und der innerhalb desselben gültigen Bestimmungen. Das Reich ist also von den verbündeten Staaten geschaffen worden und nicht umgekehrt. Eine Ausnahme von diesem Prinzip macht nur der § 4 der Reichsverfassung, in welchem die Kompetenz des Reiches gegenüber den Einzelstaaten festgesetzt wird. Sie aber wollen den Spiegel umkehren. Während das Reich ein Produkt der föderierten Staaten ist, wollen Sie umgekehrt die Bundesstaaten vom Willen des Reiches abhängig machen. Dies steht dem Prinzip des Föderalismus schmerzhaft entgegen.

Genauere habe ich mich über die Ausführungen des Abg. Vernstein in betreff der Straßendemonstrationen. In der sozialdemokratischen Presse habe ich stets gelesen, daß sich die Sozialdemokratie nicht durch physische Gewalt, sondern allein durch die Macht des Gedankens durchsetzen will. Nun scheinen mir aber Straßendemonstrationen nicht Demonstrationen der Macht des Gedankens zu sein, sondern der physischen Gewalt. Was der Abg. Vernstein über das Recht der Straßendemonstrationen in England gesagt hat, war zum Teil irrtümlich. Als nämlich die Arbeiter eine Demonstration veranstalten wollten, wurde ihnen das von der Polizei verboten. Er sprach dann noch davon, daß man drüber die Minister in effigie zu hängen pflege. Wenn man aber erst einmal anfängt, einen Minister in effigie zu hängen, so sieht das doch immer aus wie eine Demonstration dafür, daß man den Minister in Wirklichkeit hängen möchte.

Die verbündeten Regierungen stehen fest auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechts für das Reich (Beifall links und in der Mitte), und sie lassen sich durch keine Agitation von links oder von rechts davon abbringen. In Preußen liegt die Sache ganz anders. Ihr (zu den Sozialdemokraten) Ziel geht dahin, den bürgerlichen Staat zu beseitigen. Sie haben sich oft als Republikaner bekannt. Sie dulden den bestehenden Staat sozulange nur auf Mündigung. Nun verlangen Sie, daß das Wahlrecht in der Weise geändert werde, daß Sie die Stellung im preussischen Abgeordnetenhaus bekommen, die Sie im Reichstage haben. Der preussische Staat hat sich auf einem unfruchtbaren Boden und in einem ungünstigen Klima entwickelt unter einer Herrscherfamilie, die so viele Staatsmänner hervorgebracht hat wie wohl kein anderes europäisches Fürstengeschlecht. Der preussische Staat hat sich, wie man gesagt hat, großgehungen unter seiner Dynastie. Und nun verlangen Sie, daß eine Dynastie, die diesen Staat gegründet und sich die Bewunderung der Welt damit erungen hat, ihn den Zeiten ausliefern solle, die sich offen als Republikaner bezeichnen. Ich für meine Person bedauere es, daß nicht Arbeitervertreter in genügender Zahl im preussischen Landtage sind. Ich gehe sogar noch weiter, ich bekenne offen, daß ich die Polizei, die manche Abgeordnete im preussischen Landtage betreiben und die mit meinen Anschauungen absolut nicht übereinstimmt, auf das tiefste bedauere. Wenn Sie aber hoffen, das preussische Wahlgesetz in einer Form geändert werde, daß auch die Arbeitervertreter hineingewählt werden können, dann müssen die Arbeiter noch politisch unendlich viel reifer werden, als sie es sind. Sie müssen die bestehende Gesellschaftsordnung anerkennen und müssen Männer in die Volksvertretung schicken, die diese Anerkennung auch aussprechen. Wenn Sie aber unter den jetzigen Verhältnissen verlangen, daß die preussische Regierung die preussische Dynastie, dieses wunderbare Gebilde, eins der wunderbaren, welches die Geschichte kennt, ihren ausgesprochenen Gegnern sans phrase ausliefern solle, so findet das Wort Anwendung: Nur die allerschwersten Mäher wählen ihren Schlächter selber. (Stürmische Heiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. Wend (Rp.): Der sozialdemokratische Antrag stellt sich lediglich als ein Agitationsmittel dar, da die Sozialdemokraten ja im voraus wissen, daß er von allen Parteien abgelehnt werden würde. Ich muß aber zur Ehre des preussischen Volkes sagen, daß auch nach Einführung des Reichstagswahlrechts im preussischen Landtage nicht annähernd so viele Sozialdemokraten sitzen würden wie hier im Reichstage. Ich betone: keine Partei rüttelt am Wohlrecht des Reiches mit Ausnahme der Sozialdemokratie selbst, welche die Herabsetzung des Wahlalters und das Frauenstimmrecht fordert, also das Wahlrecht der gegenwärtigen Reichstagswähler beschränken will. (Heiterkeit links.) Wenn der Abg. Vernstein erklärt hat, seine Partei würde nicht raffen, bis ihr Antrag angenommen wird, so kann er ruhig mit Methusalem in die Schranken treten! (Heiterkeit rechts.) Da der Staatssekretär heute mit dem Prinzip gebrochen hat, bei Initiativanträgen nicht zu erscheinen, so will ich hoffen, daß er auch bei dem konservativen Initiativantrag erscheinen wird. Hält etwa die Sozialdemokratie einen Staatsstreich zugunsten des Wahlrechts für angebracht? Dann möchte sie auch die Berechtigung des Staatsstreichs gegen das Wahlrecht anerkennen. Der sozialdemokratische Antrag ist in seinen Konsequenzen gar nicht durchdacht, er dient nur Agitationszwecken, wir werden uns daher an der Debatte über die Wahlrechtsfrage in einzelnen nicht beteiligen. (Bravo! rechts.)



Staatssekretär Graf Posadowski: Der Herr Abg. Krenndt hat es für angebracht gehalten, mir eine Art von Lektion zu lesen, weil ich heute das Wort ergriffen habe. Er befindet sich vollkommen im Irrtum. Fürst Bismarck hatte den Grundlag aufgestellt, daß die verbündeten Regierungen sich bei Initiativanträgen hier nur vertreten lassen sollten, wenn es im Interesse der Regierung liegt. Wenn ich heute zu diesem Initiativantrage das Wort genommen habe, so lag es gegenüber den Agitationen, von denen Sie alle Zeugen gewesen sind, im dringenden Interesse der Reichsregierung, ihre Stellung zu dieser Frage klarzulegen.

Der Herr Krenndt ist auch vollkommen im Irrtum, wenn er annimmt, die Regierung habe sich bei Initiativanträgen noch nicht vertreten lassen. Ich erinnere nur an die Erklärung, die ich namens des Herrn Reichsfinanzlers bei der Beratung des Gesetzes über die Ausübung des § 2 des Jesuitengesetzes abgegeben habe. Im übrigen wird die Regierung selbst erkennen, wann sie es für gut hält, hier das Wort zu ergreifen; darüber läßt sie sich von keinem Abgeordneten Vorschriften machen. (Stapel lints.)

Abg. Schröder (fr. Vg.): Ich danke dem Herrn Staatssekretär, daß er heute an der Beratung teilgenommen und sich nicht daran gestoßen hat, daß es von der Sozialdemokratie ausgeht. Die Ausdehnung des Wahlrechts ist eine einfache Forderung der Gerechtigkeit, und die Gerechtigkeit darf nicht aus Furcht vor einer etwaigen sozialdemokratischen Herrschaft verringert werden. Die Gerechtigkeit erfordert, daß alle Staatsbürger die gleiche Möglichkeit haben, ihre Interessen zur Geltung zu bringen. (Sehr richtig! lints.) Warum ist die Reichsregierung oft so unfruchtbar? Weil die Ausführung der Reichsregierung in der Hand der Einzelstaaten liegt, deren oft reaktionäre Landtage allerhand Schwierigkeiten machen. (Sehr richtig! lints.) Daß man den Arbeitern die Gleichberechtigung verweigert hat und oft noch verweigert, ist es, was die Sozialdemokratie groß gemacht hat und ihr noch immer neue Anhänger zuführt. In Süddeutschland, wo das Schamadelertum weniger mächtig ist, trägt die Sozialdemokratie einen weit weniger radikalen Charakter. Die Sozialdemokratie kann nicht verlangen, daß die bürgerlichen Parteien ihr zur Herrschaft verhelfen, sie hat aber Anspruch darauf, behandelt zu werden als große, angehende Partei. Die Nationalliberalen in Baden haben danach gehandelt und durch ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie die drohende Gefahr einer liberal-konserverativen Mehrheit abgewandt. Auch in Preußen können die Dinge sich doch noch in gleicher Richtung entwickeln. Wir werden, wenn der Antrag, wie wir wünschen, zur zweiten Lesung gelangt, zu den Einzelheiten Stellung nehmen. (Weißall lints.)

Abg. Kulersti (Vole): Der Antrag ist uns im Prinzip angenehm. Es ist ja erklärlich, daß die Herren von der national-liberalen Partei bald so, bald so sagen. (Heiterkeit.) Jedenfalls ist das preussische Dreiklassenwahlrecht das infamste Wahlrecht — (Stapel des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Wenn auch das Jitak des Fürsten Bismarck der Geschichte angehört, so rechtfertigt das doch nicht, daß die Einrichtungen eines Bundesstaates in ähnlicher Weise charakterisierren.

Abg. Kulersti (fortfahrend): Dann will ich es ausnahmsweise mit dem Fürsten Bismarck halten und dies Wahlrecht das elendeste nennen. (Heiterkeit.) Vielleicht kommt Preußen auch zu einem besseren Wahlrecht, wenn die Duma die gleiche geheime und direkte Wahl hat.

Abg. Graf Reventlow (Wirtsch. Vg.): Die Stimme der Vernunft, wie Abgeordneter Vernstein es nannte, ist hier in so umfangreicher Weise aus dem Hause ertönt (Heiterkeit rechts), daß mir nur wenig zu sagen übrig bleibt. Ich bitte, den Antrag abzuweisen, weil seine Tendenz daraus abzuleit, die föderativen Grundlagen des Reiches zu beseitigen. Aber man kann den Antrag begründen, weil er gute Gelegenheiten zur Kritik der Vorgänge in Hamburg und am „roten Sonntag“ bietet. Ein Offiziosus hat in der „Norddeutschen Allgemeinen“, die bewundernswürdige Disziplin der Sozialdemokratie gelobt, die Unruhen verhindert habe. Jedenfalls trifft dann auch das in Hamburg und Dresden geflossene Blut die sozialdemokratischen Führer, da sie dort die Disziplin hervorzuheben nicht für gut befanden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Unter den „zerbrochenen Fensterheben“ des Abg. Vernstein sind auch einige halbblutgeschlagene Schupsteine. Aber das geniert ja die Kreise nicht, die den Plausibler als gesundem Lebensprinzip ansehen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Gewiß ist das preussische Wahlrecht nicht auf dem Gipfel der Vollkommenheit. Aber so ziellose Anträge werden im preussischen Landtag nicht gestellt und nicht so lange Begründungsreden mit so wenig Geist gewirkt. Das Zentrum hat ja eine tiefe Verbeugung vor der Volksstimmung gemacht. Wir aber lehnen den Antrag in jeder Form und für alle Zukunft ab. Ich gehe noch weiter als Dr. Krenndt und sage: Selbst wenn der „Genosse“ Vernstein mit seinem „Genossen“ Masverius die Jahraufende in die Schranken fordern wollte, so würde er die Verwirklichung seines Antrages nicht erleben. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Delfor (Elf.): Ich muß aus meinen Erfahrungen die Herabsetzung der Wahlmündigkeit auf das 20. Jahr ablehnen. Daß die Welt schlechter regiert werden würde, wenn die Frauen mitzuwählen hätten, glaube ich ja nicht. Bei dem Wahlrechtskampf haben sich diese als tapferer gegenüber dem offiziellen Druck erwiesen, als die Männer. Schließlich stimmen auch viele Männer doch nur so, wie die Frau es will. (Heiterkeit.) Im Elfah bilden die roten Frauen übrigens nur eine verschwindende Minorität, die Sozialdemokraten sind also sehr uneigennützig, wenn sie trotzdem das Wahlrecht für die Frauen verlangen. (Abg. Singer: So sind sie immer! Große Heiterkeit.)

Hierauf verlegt sich das Haus. Persönlich bemerkt Abg. Vernstein (Sog.): Der Hanseatische Bundesratsbevollmächtigte hat gegen mich polemisiert, weil ich die Worte „Privatität“ und „Brutalität“ auf die Hamburger Wahlrechtung angewandt habe. Ich hoffe aber, daß jedesmal, wenn eine derartige brutale Wahlrechtung vor sich geht, sich Stimmen im Reichstage finden werden, die das richtige Wort darüber sagen. Wenn der Bevollmächtigte ferner gesagt hat, ich hätte die Hamburger Ausschreitungen, das Fenstererschlagen auf unsere Partei genommen, so erwidere ich ihm:

Präsident Graf Ballestrem: Sie dürfen nicht erwidern, sondern nur richtigstellen. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Vernstein (fortfahrend): So stelle ich richtig, daß ich gesagt habe, es sei verständlich, wenn andere Elemente, nicht die sozialdemokratischen Arbeiter, sich keine Ausschreitungen zu schulden kommen lassen. — Dem Abg. Krenndt bemerke ich, daß ich nichts davon gesagt habe, daß das preussische Wahlrecht durch einen Staatsstreich beseitigt werden solle. Wohl aber ist es durch einen Staatsstreich geschaffene worden. Wenn ich schließlich der Abg. Reventlow mich in Beziehung mit dem ewigen Juden gebracht hat, so bemerke ich ihm, daß ich lieber mein ganzes Leben lang in Gemeinschaft mit dem ewigen Juden für das allgemeine Wahlrecht kämpfen werde, als wie Wilheams Esel zwischen den verschiedenen Ansichten hin- und herschwanke. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Ballestrem: Wenn ich gehört hätte, daß der Abg. Reventlow das Bild vom ewigen Juden auf einen bestimmten Abgeordneten dieses hohen Hauses angewandt hat, so hätte ich ihn zur Ordnung gerufen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Debatte über den Etat des Reichsamts des Innern.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Interpellation.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstage folgende Interpellation über das Grubenunglück „Vorussia“ eingebracht:

„Ich dem Herrn Reichsfinanzler bekannt, durch Außerachtlassung welcher Arbeitsverhältnisse am 10. Juli 1905 auf der Kohlenzeche „Vorussia“ bei Dortmund ein Schachbrand eingetreten ist, durch den 30 Arbeiter getötet worden sind? —

Was gedenkt der Herr Reichsfinanzler zu tun, damit ähnlichen Grubenunglücksfällen vorgebeugt wird? —

Diese Interpellation kommt voraussichtlich am Freitag zur Verlesung.

Arbeitsverhältnisse in der Großindustrie. Die sozialdemokratische Fraktion hat zum Reichsamt des Innern eine Resolution eingebracht, die den Reichsfinanzler ersucht, eine eingehende Untersuchung der Arbeitsverhältnisse der Arbeiter der Großindustrie einzuleiten, die insbesondere auf folgende Punkte sich erstrecken soll: Feststellung der Dauer der täglichen normalen Arbeitszeit und Arbeitsstunden, Feststellung der Ueberstunden und Ueberstunden unter Berücksichtigung der Zahl der Ueberzeitarbeit leistenden Arbeiter für jedes einzelne Werk, sowie der auf sie entfallenden durchschnittlichen Summen der Ueberzeitarbeit, Untersuchung über die Einwirkung der langen Arbeitszeit, der Nacht- und Ueberzeitarbeit auf die Unfallhäufigkeit und die Erkrankungsgefahr der Arbeiter, Feststellung über die Durchführung und Anwendung der bis jetzt erlassenen gesetzlichen Schutzbestimmungen für die Arbeiter, Feststellung über die von den Betriebsleitungen getroffenen sanitären Einrichtungen, wie Badgelegenheit und Badeeinrichtungen für die Arbeiter, über Beschaffung von Räumen zur Aufbewahrung der Kleider und zur Einnahme des Mittagessens, Kantine und dergl.

Das Zigarettensteuergesetz, das nach dem Antrage der koalitierten Steuerlegge mit der Vandalensteuer belastet worden ist, gab bei der Fortsetzung der Beratung in der Kommission auch gestern wieder Gelegenheit, die Unfertigkeit und den Widerstun der einzelnen Paragraphen festzustellen. Nach § 2 wird die Steuer nach dem Kleinverkaufspreis berechnet, nach § 3 soll aber die Steuer vom Hersteller der Ware entrichtet werden, der also die Kleinverkaufspreise zu bestimmen hätte. Abg. v. Elm bezeichnete dies als eine ungeheuerliche Inkonsequenz und beantragte statt „Hersteller“ zu sagen: „Verkäufer“, wozu letzterer sich ja an den einzurichtenden Verkaufsstellen die Vandalenrolle laufen könne. Abg. Geyer (Sog.) behauptete, durch diese Bestimmung werde den großen Unternehmern das Preismonopol in die Hände gespielt. Abgeordneter Raab (Antisemit) hielt dies für vorteilhaft, weil damit der Schleuderkonkurrenz begegnet werde. Dem widerspricht Geyer, der auf die Konkurrenzwirtschaft des amerikanischen Zigarettenstrusses in seinen deutschen Fabriken hinwies. Die Abg. Förster, Raab und Schmalzfeldt (Sog.) wiesen nach, wie dadurch der Kleinbetrieb geschädigt werde, und polemisierten scharf gegen die Tendenz der Vorlage: die wichtigen, das ganze Geschäftsleben berührenden Ausführungsbestimmungen dem Bundesrat zu überlassen, der damit freie Hand bekomme für monopolistische Freirubungen. Der Antrag v. Elm wurde abgelehnt und § 3 nach der Vorlage angenommen. Bei § 5 forderte Geyer Auskunft, ob mit der Bestimmung, daß Zigaretten nur in „vollständig geschlossenen Packungen“ verkauft werden dürfen, der Verkauf einzelner Zigaretten aus dem Pake unterlag werden solle. Die Antragsteller konnten darüber keine Auskunft geben, kennen also die Tragweite ihres Entwerfes gar nicht. Erst nach wiederholter Anforderung gab der Direktor Kühn die Erklärung ab, daß die Bundesratsvorschriften darüber befinden würden. Geyer und Elm forderten darauf eine Aenderung im Geize, weil sonst der Mißbrauch im Konsum noch größer werde; auch dürfe der Reichstag keine legislativischen Rechte aus der Hand geben und den Bundesrat nicht so wichtige gesetzliche Bestimmungen allein treffen lassen. Jedoch — es fruchtete nichts, § 5 wurde nach der Vorlage angenommen. Ein Antrag v. Elm, in diesem Paragraphen die Bestimmung zu streichen, nach der auf jeder Packung aus der Name und Sig der Firma des Herstellers angebracht sein muß, wurde abgelehnt. Ferner wurden von sozialdemokratischer Seite die §§ 8, 10 und 12 angefochten, welche Verlesung und Beeinträchtigung der Kleinbetriebe brachten. Bei § 8 wurde eingewendet, daß er den „schwarzen krausen Tabak“ mit treffe, der ausgepundet und wegen seines Feuchtigkeitsgehalts gar nicht in Pakete verpackt, sondern in tönernen Krulen gehalten werde. Die Antragsteller der Mehrheit lehnten jede Aenderung ab, wozu aber den „schwarzen Krulen“ von der Steuer ausnehmen. Durch § 13 wird die ganze Rauchtabakindustrie, die feingeschnittenen Tabak herstellt, in Mitleidenschaft gezogen und der polizeimäßigen Aufsicht unterworfen, wie der Abg. Geyer feststellte, sodaß das Gesetz einen Einbruch in die Tabakindustrie macht. Aber es war alles in den Wind gesprochen — die Mehrheit ist von einer wahren Seuche besessen, die Zigarettenindustrie schwer zu belasten ohne Rücksichtnahme auf das ganze geschäftliche Getriebe. Den Antisemiten wurde mehrfach der Vorwurf gemacht, daß sie durch ihre Verlesung des Entwurfes gerade die Kleinbetriebe schädigen, die sie sonst zu schützen vorgeben.

Nach unänderter Annahme des § 13 wurde die Beratung vertagt.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben folgenden Antrag eingebracht:

„Die Kommission wolle beschließen: Dem Gesetz über die Zigarettensteuer folgende Bestimmungen hinzuzufügen:

§ 27a. Personen, die als Arbeiter oder Arbeiterin in der Zigarettenindustrie gearbeitet haben und nach Inkrafttreten des Zigarettensteuergesetzes arbeitslos werden durch Einschränkung der Produktion oder durch Verlegung der Fabriken aus den Großstädten auf das platte Land oder durch Uebergang vom Handbetrieb zur Fabrikation vermittelst Maschinen, erhalten Entschädigung und zwar:

- a) Wenn sie zur Zeit des Eintritts der Arbeitslosigkeit mindestens ein Jahr, aber nicht länger als zwei Jahre sich als Zigarettenarbeiter ernährt haben, den Betrag eines Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber 500 M.;
  - b) wenn der Arbeiter oder die Arbeiterin sich länger als zwei Jahre, aber weniger als zehn Jahre als Zigarettenarbeiter ernährt hat, den dreifachen Betrag des Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber 1500 M.;
  - c) wenn der Arbeiter oder die Arbeiterin sich länger als zehn Jahre als Zigarettenarbeiter ernährt hat, den fünffachen Betrag des Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber 2500 M.
- Gegen diesen Antrag haben die Antisemiten Raab und Wolf einen Antrag eingebracht, nach welchem die arbeitslos Gewordenen den Nachweis zu liefern haben, daß sie auch anderwärts keine entsprechende Arbeit haben finden können! Wir werden diesen arbeitslosen Antrag dem Wortlaut nach veröffentlichen, wenn er gedruckt vorliegt.

Der Etat für Ostafrika stand gestern in der Budgetkommission des Reichstags zur Beratung. Die Gesamtausgaben sind auf 11 717 208 M. veranschlagt; die Gesamteinnahmen auf 4 657 851 M., so daß ein Reichtagszuschuß von 7 059 327 M. notwendig ist. Bei den Einnahmen sind die Zölle auf 1 707 200 M. veranschlagt, die Häuser- und Hüttensteuer mit 1,3 Millionen Mark, die Gewerbesteuer mit 189 000 M., die Salzverbrauchsabgabe mit 68 000 M., die Erbschaftsteuer mit 20 000 M. — In der Generaldebatte wurde hauptsächlich das heutige Verwaltungssystem kritisiert. Die von einigen Lokalbehörden verfasste (die Regierung sagt beschwerdenerwertig nur „angeregte“) Zwangsarbeit Eingeborenen, die mit zum Aufstand beigetragen hat, ist dergestalt erfolgt, daß Eingeborene zu 24 Tagen Zwangsarbeit beim Behauen der Felder gezwungen worden sind. Sie erhielten dafür ein Drittel des verdienten Lohnes, ein Drittel kostete die Gouvernementsklasse ein und das letzte Drittel der Dorfhauptling!

Weiter teilte ein Geheimrat mit, daß der den Weizen durch den Aufstand zugefügte Schaden sich auf 150 000 M. belaufe. Der Gouverneur prüfe jetzt, ob der Schaden ersetzt werden solle, aber mit der Maßgabe, daß die Eingeborenen die Entschädigungssumme wieder aufzubringen haben. Daß ein solches Verfahren wieder neue und große Unzufriedenheit unter den Eingeborenen erregen muß, scheint von der Regierung für wenig beachtlich gehalten zu werden. — Gefordert wurde aus der Kommission heraus, daß den Offizieren und Beamten, die in die Kolonien geschickt werden, klar gemacht wird, sie seien in den Kolonien nicht kleine Potentaten,

sondern die Beschäher der Bevölkerung. Angeregt wurde auch, die Beamten speziell für den Kolonialdienst vorzubilden. Das Zentrum gab sich die erdenkliche Mühe, den Missionaren, die angeblich die natürlichen Vormünder der Eingeborenen sind, größeren Einfluß und größere Macht in den Lokal- und Bezirksverwaltungen zu sichern, natürlich in erster Linie in der Absicht, spezifisch katholisch-christlichen Zwecken zu dienen. Berücksichtigte die Regierung die Zentrumswünsche, dann werden die Zentrumsdreher in ganz kurzer Zeit die Verhältnisse in den Kolonien als ganz vorzügliche erachten. Donnerstag Fortsetzung der Beratung.

### Berggesetz-Kommission.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung der Berggesetznovelle, welche das Knappschaffs-Klassenwesen regelt, begann Dienstag abend ihre Beratungen. Eine Generaldiskussion wurde nicht beliebt. Bei dem grundlegenden Paragraphen 165, der die Bergleute unter die Knappschaffsvereine stellt, wurde von freisinniger Seite angeregt, ein Normalstatut für die Knappschaffsvereine herauszugeben, um die allzu großen Unterschiede in den Beiträgen und Leistungen in einen gewissen Ausgleich zu bringen. Der allgemeine Knappschaffsverband könnte vielleicht auch noch einen besonderen Ausgleichsfonds bilden. Die heute bestehenden erheblichen Unterschiede in den Klassenleistungen böten vielfach Anlaß zur Abwanderung aus den Gebieten mit schlechter gestellten Knappschaffsvereinen in die Gebiete der Knappschaffsvereine mit höheren Leistungen. Die Kommission erkannte die Bedeutung dieser Anregung an, wünschte aber, daß die Frage nach Beendigung der ersten Lesung der Vorlage weiter erörtert werde. Bei § 166, der bestimmt, daß die bestehenden Knappschaffsvereine und Knappschaffsvereine wirksam bleiben, wurde von freisinniger Seite eine Aufhebung dieser Bestimmung angeregt. Hierauf wurde aber geltend gemacht, daß namentlich in Clausthal und in Schlefien diese Klassen sich sehr bewährt hätten. In Bessalen, wo die Arbeiterschaft von besonderen Krankenlasten nicht wissen wolle, werde man so wie so zu einer Einführung derselben nicht kommen. § 166 wurde unverändert angenommen. Im § 168, wonach jeder Knappschaffsverein den Mitgliedern Krankengeld und Unterstützungen an die arbeitsunfähig gewordenen Mitglieder gewähren darf, wurde auf Antrag der Nationalliberalen das Wort „Unterstützung“ in „Leistungen“ umgewandelt, weil die Arbeiter einen Rechtsanspruch hätten und mit dem Wort „Unterstützung“ das Odium der Wohlthätigkeit verbunden sei. Eine lebhafte Debatte knüpfte sich an einen Antrag der Freikonserverativen: die Krankenhäuser und Heilanstalten der Knappschaffsvereine für öffentliche Anstalten zu erklären, damit sie bei Verträgen von der Stempelsteuer befreit blieben. Der Antrag wurde aber schließlich abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag der Nationalliberalen: die in der Vorlage für die Einreichung der Satzungen vorgegebene Frist von 3 Monaten auf 6 Monate zu verlängern. Eingehende Erörterungen knüpfen sich an § 170 a, insbesondere an die Frage, ob in gemischtsprachigen Landesteilen den Bergarbeitern, die der deutschen Sprache nicht mächtig seien, die Knappschaffsstatuten auch in ihrer Muttersprache zu geben seien. Von polnischer Seite wurde behauptet, daß gegen 80 Proz. der ober-schlesischen Arbeiter der deutschen Sprache nicht mächtig seien, während von nationalliberaler Seite dieser Prozentsatz nur auf 5 Proz. angegeben wurde. Der Antrag wurde von der Mehrheit abgelehnt. — Die nächste Sitzung soll in der nächsten Woche stattfinden.

### „Vorussia“-Interpellation.

Vom Abg. Brust (3) ist mit Unterstützung der Zentrumspartei im Abgeordnetenhause folgende Interpellation eingebracht worden:

„Da von dem Ergebnis der amtlichen Untersuchung über die Ursachen des Grubenunglücks vom 10. Juni 1905 auf der Kohlenzeche „Vorussia“ bei Dortmund noch nichts bekannt geworden ist, fragen wir den Minister für Handel und Gewerbe an, ob

1. etwa an dem Grubenunglück schuldige Personen zur Verantwortung gezogen worden sind?

2. hält der Minister die seitens der Königl. Bergbehörde nach dem Unglück getroffenen Maßnahmen für ausreichend, um ähnlichen Unglücken vorzubeugen? —

Die Interpellation wird bereits heute, Donnerstag, zur Verhandlung kommen. —

## Aus der Partei.

### Reichstags-Wahlkreis Niederbarnim.

Am Montag, den 12. Februar, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokale „Zum schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee, eine Gemeindevorsteher-Konferenz für den Wahlkreis Niederbarnim statt.

Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte:

1. Kommunale Schulpolitik. Referent: Genosse Kraus.
2. Staatsfragen und unsere grundsätzliche Stellung zu den Gemeinde-Staats.
3. Kommunale Steuerpolitik.

Sämtliche sozialdemokratischen Gemeindevorsteher und Stadtverordneten des Kreises werden ersucht, zu erscheinen.

Gemeindevorsteher anderer Kreise sind als Gäste willkommen.

J. A.: Georg Freiwaldt, Pankow, Florastr. 66.

### Das fürchtbare Urteil gegen den Genossen Löbe

hat der Partei im Verbreitungsbezirk des Blattes, für das unser Genosse verurteilt wurde, einen gewaltigen Aufbruch gegeben. Während die Abonnementzahl der Dresdener „Volkswacht“ und der „Wahrheit“ im Januar 1905 noch 18 680 betrug, ist sie Ende Januar auf 25 700 gestiegen. Seit der Verurteilung unseres Genossen Löbe zu einem Jahre Gefängnis betrug die Zunahme der Abonnementzahl 3264! Unter allen Parteiblättern steht jetzt die Dresdener „Volkswacht“ an der sechsten Stelle. —

In der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins zu Dresden, in der diese Mitteilungen gemacht wurden, teilte Genosse Löbe noch mit, er habe die Revision in seiner Ein-Jahr-Sache zurückgezogen! Er werde daher in der allernächsten Zeit seine Strafe antreten. Grund zu seiner Entschließung war die Ansicht seines Verteidigers, des Genossen Heine, daß seine Revision, juristisch beurteilt, wenig Aussicht auf Erfolg habe.

Wir bedauern, daß sich Genosse Löbe von solchen Gründen rein technischer Natur bestimmen ließ. Seine Verurteilung hat doch nicht nur eine juristische, sondern eine diese weit überragende politische Bedeutung. Er hätte deswegen mehr als die juristische die politische Wirkung seines Entschlusses prüfen sollen. Und das muß man sagen: Urteile, die so wie dies dem Empfinden des Volkes ins Gesicht schlagen, müssen schon deshalb bis in die höchste Instanz verfolgt werden, um an ihnen als einem Prüfstein dem Volke den Wert unserer Rechtspflege im ganzen Umfang ad oculos zu demonstrieren. Dazu kommt, daß die ungeheure Aufregung, die dieses Urteil hervorgerufen hat und die starke politische Wirkung dieser Aufregung in jeder Instanz neu gewirkt wird. Die Dresdener Genossen sehen an ihren eigenen Erfolgen, was das bedeutet. Politische Prozesse darf man eben nicht rein vom juristischen Standpunkt bewerten.

### Ein sozialistischer Sieg über die Kirche.

Nachdem unsere bayerischen Genossen bei den Landtagswahlen mit Hilfe des Zentrums die Liberalen besiegten, besiegten sie jetzt umgekehrt das Zentrum mit Hilfe der Liberalen, indem sie sich mit diesen vereinigten zu — Kirchengegnern!



### Freudbestrahlung teilt die „Münchener Post“ mit:

Die Befragung der Kirchenverwaltungen brachte in Sendling und Schwabing eine Ueberraschung. Die Sozialdemokraten und Liberalen beteiligten sich in beiden Pforten gemeinsam an den Wahlen. In Schwabing hat die bisherige Kirchenverwaltung die Einführung einer Kirchensteuer in die Wege geleitet und in Sendling bezahlt man bereits 15 Proz. Kirchenumlage. In Schwabing wurden in die Kirchenverwaltung gewählt: Magistratsrat Kupfrenger, Schreinermeister Dietrich, Gemeinde-Bevollmächtigter Fischer (sämtlich Liberal), Eisenreher Riederberger und Schreiner Reichmüller (Sozialdemokraten). Diese gemeinsame Liste erzielte 361 Stimmen gegen 272 Zentrumstimmen. In Sendling verlief die Wahl noch überrassender. Der Wahlkommissar machte ein betrübtes Gesicht, als er um 1/2 Uhr mittags konstatieren mußte, daß für die Kandidaten Martin Gruber (Redakteur), Offiziant Karl Wiesner (Sozialdemokrat), und Vorzeckammerrichter Gustav Wieninger (Liberal) um das vierfache mehr Stimmen (176 gegen 41) abgegeben waren, als für die Zentrumskandidaten J. Obermaier, Alois Stemmer und Joseph Lobstler. Auch bei der Erasmuskirche am Nachmittag konnte das Zentrum trotz aller Anstrengungen nur 88 Stimmen anfordern, so daß die Kandidaten A. Leibrecht, Schumacher (Soz.) und Michael Meier, Malermeister (Lib.) mit 153 Stimmen gewählt wurden.

Natürlich sind es die besonderen bayerischen Verhältnisse, die solche Taktik notwendig machen, Verhältnisse, die wir nicht verstehen. Wir enthalten uns deswegen eines jeden Urteils über diese interessante Sache. Aber mitteilen wollten wir unseren Lesern doch davon!

### Dollzeitliches, Gerichtliches usw.

Genosse Ferner in Forst i. d. L. ist jetzt aus der Haft entlassen worden, nachdem eine Kaution von 5000 M. für ihn hinterlegt worden ist.

In der Angelegenheit schwebt übrigens auch ein Zeugniszwangsverfahren gegen den Reiter der „Volkstimme“, der zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden ist. Wegen dieses Verfahrens ist Beschwerde eingelegt.

### Also kein „Hochverrat“!

Ein Privattelegramm meldet uns: Hamburg, 7. Februar. Das Landgericht in Hamburg stellte das Verfahren gegen die Genossen Heinrich, Gerard und Otto wegen angeblichen Hochverrats, begangen durch das preussische Wahlrechtsflugblatt, ein. Die Einstellung des Verfahrens erfolgte, weil den Angaben des Verlegers Heinrich Glaubens beizumessen sei, daß die Umänderung des Dreiklassenwahlrechtes auf gesetzmäßigem Wege erfolgen solle. Das Verfahren war eingeleitet auf Requisition der Staatsanwaltschaft in Altona. Die beschlagnahmten Flugblätter wurden freigegeben.

## Aus Industrie und Handel.

### Halbe Einsicht.

Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ beschäftigt sich mit unserem Artikel über die Verteuerung der Brennmaterialien und meint dazu:

„Angeht die hohen Ueberschüsse, welche die Kohlengruben nachweislich jetzt schon gewahren, kann man dem sozialdemokratischen Organ nicht unrecht geben, wenn es solche ganz unmotivierten Preissteigerungen als „Kohlenwucher“ bezeichnet.“ (Die liberale Presse wagt sich bezeichnenderweise mit einer Kritik gar nicht hervor.) — So müssen die Kohlenverbraucher, in erster Linie natürlich die kleinen Konsumenten, jetzt darunter leiden, daß der Staat die Ausbeutung der vaterländischen Bodenschätze dem internationalen Großkapital ganz unsonst freigegeben hat. Sollte es nicht zeitgemäß und möglich sein, den wucherischen Preissteigerungen der Kohlenmagnaten durch einen entsprechenden Ausfuhrzoll etwas entgegen zu wirken? Würde der Export erschweren, dann würden doch mehr Kohlen im Lande abgesetzt werden müssen, und es würden sich dann vielleicht nicht solche Wucherpreise herausbilden lassen. Außerdem beläme die in so großer Geldlemme befindliche Reichsliste wenigstens einen kleinen Ertrag dafür, daß die vaterländischen Bodenschätze an das Großkapital zur freien Ausbeutung verschont worden sind.“

Da das bündlerische Organ zur Eindämmung der Preiswuchererei sogar künstliche Mittel anwenden will, muß man annehmen, daß ihm die Verurteilung des Preiswuchers erste Sache ist. Von solcher Aussicht und solchem Streben kann das deutsche Volk gewinnen. Die Bündler werden sich nicht den Vorwurf machen lassen wollen, daß sie heuchlerisch nur den Wucher von einer Seite verurteilen. Ueber jeden Zweifel erhaben steht nun aber fest, daß durch die agrarische Schutzpolitik die Preise der Lebensmittel künstlich verteuert worden sind, die Agrarier bisher mit hin dem allerschlimmsten, dem Brotwucher gefrönt haben. Da sie jetzt Abwehrmaßnahmen gegen Preiswucher fordern, werden wir die Bündler ja wohl bald mit uns in einer Reihe gegen die agrarische Wucherpolitik marschieren sehen. — Wir beschränken nur, die tapferen Streiter gegen Preiswucher werden sich mit der halben Einsicht von der Schädlichkeit und Gemeingefährlichkeit der Wucherer begnügen, den Wucher, der ihre Taschen füllt, als die legale Ablösung jenes Handwerks betrachten, das ihre Vorfahren, „huffa! hinterm Busch hervor“, als ehrenwert und standesgemäß betrieben haben.

Die Regierung kann alles. Die Regierung fordert höhere Zölle zum Schutze der nationalen Arbeit. Die wucherische Steigerung der Getreide-, Fleisch- und Viehzölle soll die Produktion im Lande so fördern, daß diese zur Ernährung der deutschen Bevölkerung ausreicht. Bei den Agrarzöllen handhabt die Regierung also das Argument der die Produktion steigenden Wirkung der Zölle und füllt sich als Schützer und Förderer der nationalen Arbeit erhaben über jedes reichsfeindlichen Würgers Krümel an der Zoll- und Steuerwucherpolitik. Aber die Regierung kann auch anderes! In der Begründung zu der neuen Tabaksteuervorlage liest man:

„Wird im Interesse der erforderlichen Steigerung des Ertrages aus dem Tabak eine wesentliche Erhöhung des Zolles vorgenommen, gleichviel in welcher Form, so wird nicht davon abgesehen werden dürfen, auch den inländischen Tabak an der Mehrbelastung zu beteiligen. Es entsteht sonst die Gefahr, daß der inländische Tabakbau durch die mit der Zollerhöhung einsetzende Verhärtung des Zollsaufweiches zu einer das Zollauskommen schädigenden Ausdehnung angeregt würde.“

Die Regierung angelt nach höheren Zolleinnahmen — um die Inlandproduktion zu steigern, die Regierung begründet Zollerhöhung, um eine Steigerung der inländischen Erzeugung zu verhindern. —

Des Kalisyndikats droht auseinander zu fallen. Allem Anschein nach wird das Kalisyndikat infolge Differenzen über die Beteiligungsmoten einiger neuer Werke aufliegen. Damit würde ein scharfer Konkurrenzkampf entbrennen. Es wird betont, daß für gewisse Produkte der Preis um 50 bis 60 Prozent sinken werde. Wenn das möglich ist, dann hat man den einwandfreiesten Weg für die ungeheure Preiswuchererei, die man bisher unter den Fittigen des Syndikats betrieben hat, dem selbst jenseits der wildsten Konkurrenzpreiskämpfe wird man immer in der Nähe der Selbstvollgrenze bleiben. Als eine der größten Gefahren als Folge einer invidiösen Zeit, wird das Findigen

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

ausländischen Kapitals in die deutsche Kaliumindustrie bezeichnet. Wenn man sicher ist, daß das fremde Kapital nicht preisdrückend wirkt, dann regt sich natürlich das vaterländische Gefühl nicht, wenn die „patriotischen“ Geldbeutel nichts zu befürchten haben, dann ist ausländisches Kapital willkommen. Deutsche Banken bemühen sich sogar internationales Kapital für Anlage in der deutschen Industrie zu interessieren. Wenn fremdes Kapital neue Felder erschließt und unter Ausschluß von Spekulationsgewinnen bei Verzinsung der lediglich zu Anlagen erforderlichen Kosten, die Produktion verbilligt, dann sehen wir darin gar keine Gefahr. Daß Spekulationspapiere entwertet werden, halten wir für kein nationales Unglück. Aber fremdes Kapital hat dieselben Tendenzen wie „vaterländisches“, dieses wie jenes sucht Profit, man schränkt unterschiedlos alle Konsumenten. Uebrigens wird eine syndikatslose Periode auch die kapitalistische Konzentration in der Kaliumindustrie fördern. Bei den Konkurrenzkämpfen werden die kapitalstärkeren Elemente ausgegliedert, die Krisenjahre reihen den größten Teil der Produktion an sich, dann folgt Verdrängung von Vorkonsuminteressen diktiert und ganz gleich ob deutsches oder ausländisches Kapital investiert ist, brüderlich vereint wird ein neuer Ausbruch auf die Taschen des Volkes inszeniert.

Daß die jügellose Spekulation in der Kaliumindustrie, die Ueberkapitalisierung der Werke, Wucherpreise stipuliert habe, geht aus einer Zuschrift des Besitzers des Kaliumwerks Solstedt in der „Magd. Stg.“ hervor. Es wird da auseinandergesetzt, wie durch die Preispolitik des Syndikats die Spekulation angeregt worden ist und die Spekulation wirkt wieder preisdrückend. Ein Antrag des erwähnten Verfassers, eine erhebliche Preisreduktion vorzunehmen, hat der Aufsichtsrat des Syndikats abgelehnt.

Erhöhung der Biersteuer. Nach einer jüngst in Kiel stattgehabten gemeinsamen Protestversammlung der Brauereierinteressenten wurde vereinbart, im Falle einer etwaigen Erhöhung der Brausteuer, wie sie auch ausfallen möge, dieselbe unbedingt auf den Konsum durch eine Erhöhung der Bierpreise zu überwälzen. (Schöne Aussicht!) — Dabei werde es sich vielleicht nicht vermeiden lassen über die Steuererhöhung hinauszugehen. Außer der Steuer werde auch die zu gewärtigende Belastung durch die am 1. März in Kraft tretenden neuen und bedeutend erhöhten Zölle auf die Rohstoffe der Brauereien, sowie die durch die immer weitere Zunahme der kommunalen Biersteuern hinzutretenden Mehrbelastungen in den Bierpreis miteingerechnet werden. Als Folge hiervon rechnet man mit einer Abnahme des Bierkonsums. Seitens der Brauereien geht man deshalb auch in der Erwartung der zu erwartenden Abgabverringeringerung bereits mit dem Gedanken um, die Produktion einzuschränken.

## Aus der Frauenbewegung.

Ueber „Die materialistische Geschichtsauffassung und das moderne Geschlechtsleben“ sprach am Montag, den 5. Februar Abgeordneter Eduard Bernheim vor einer überfüllten Versammlung im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.

Nach einer kurzen Darlegung des Wesens und der Bedeutung der materialistischen Geschichtstheorie führte der Referent etwa folgendes aus:

In wie weit, so müssen wir fragen, kann die wirtschaftliche Entwicklung die Form des Geschlechtslebens der Menschen beeinflussen? Gegeben durch die Natur des Menschen und deshalb unbeeinflussbar ist die biologische Seite des Geschlechtslebens; nur dessen soziale Seite kommt in Frage, wo es sich um eine Einwirkung ökonomischer Faktoren handelt. Tatsächlich haben die Formen des Geschlechtslebens sich im Laufe der Geschichte mit den wirtschaftlichen Wandlungen zugleich und vielfach in erkennbar gesetzmäßigem Zusammenhange mit diesen umgewandelt. So pflegte überall Vielweiberei und zwar eine auf die herrschenden Klassen beschränkte Vielweiberei verbunden zu sein mit Gesellschaftszuständen, die auf der Hörigkeit oder der Sklaverei beruhten. Auch da, wo formell schon die Ehe herrscht, kommen in der verschiedensten sittlichen Wertung des Ehebruchs beim Manne oder beim Weibe häufig noch die Moralschuldungen einer auf Vielweiberei begründeten früheren Gesellschaftsstufe zum Ausdruck. Ueberhaupt stellen im allgemeinen in dem Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Moralentwicklung die Sitten der Menschen das konservative, die Wirtschaft das fortschrittliche Element dar. Indessen erweist im Fortgang der Entwicklung der Kampf zweier Wirtschaftswelten nach außen oder der Kampf zweier verschiedener Sittlichkeiten.

Als Morala prinzip hat erst das Christentum die Ehe aufgestellt. Trotzdem bestand bekanntlich auch unter der Herrschaft des Christentums neben der Ehe die Vielweiberei in Form des Herrenrechts und der Prostitution fort.

Unsere heutigen Sittlichkeitsanschauungen in Bezug auf das Geschlechtsleben stammen ebenfalls noch aus dem Urchristentum, während sich tatsächlich die Formen des Geschlechtslebens der starken Wandlung der Wirtschaftsverhältnisse entsprechend vielfach umgewandelt haben. Charakteristisch für das moderne Leben ist die Prostitution als Massenercheinung, die bisher allen Versuchen zu ihrer Bekämpfung und Unterdrückung widerstanden hat. Die Ursachen der Prostitution sieht man heute zunächst in der wirtschaftlichen Notlage unendlich vieler proletarischer Frauen, die diese zum Verkauf ihres Körpers zwingt, daneben aber auch in gewissen sittlichen Veranlagungen, wie Reichthum, geistiger Minderwertigkeit nach bestimmten Richtungen hin, Abneigung gegen regelmäßige Tätigkeit usw. Vor allem aber ist die Bekämpfung der Prostitution deshalb so unendlich schwierig, weil dieselbe erzeugt wird nicht nur durch das Angebot, sondern durch die in unserem modernen Leben (Stadtleben) begründete und von der an sich mehr poligamen Natur des Mannes gestützte Nachfrage. Das Verhältnis der Nachfrage zum Angebot in der Prostitution müssen wir mindestens annehmen als 6:1.

Man stehen wir gegenwärtig wieder im Stadium neuer großer wirtschaftlicher Umwälzungen. Wie wirken diese auf die soziale Seite des modernen Geschlechtslebens zurück?

Die alte Eheform scheint sich zu erhalten, nicht aber die alte Familienform. Die Verwandtschaftsbeziehungen, soweit sie nicht die engsten Grade betreffen, verlieren völlig an Wichtigkeit für die Menschen. An ihrer Stelle bilden sich neue Verwandtschaften auf rein geistiger Basis heraus, eine Entwicklung, die auch teilweise Folge der Vordringlichkeit der Stadt im modernen Leben ist. Die wirtschaftlich-ökonomischen Verhältnisse der neueren Zeit haben es ferner mit sich gebracht, daß im allgemeinen später geheiratet wird und eine immer weitergehende Einschränkung der Geburtenziffern in allen Ländern moderner Kultur stattfindet. Die letztere Tatsache ist — abgesehen von Frankreich — bereits für England, Deutschland und Amerika festgesetzt.

Eine der auffälligsten Erscheinungen des heutigen Wirtschaftslebens ist die rapide Zunahme der Frauenarbeit in Industrie und Handel, und zwar im Gegensatz zu den Anfängen der kapitalistischen Periode: die Zunahme auch der qualifizierten Frauenarbeit. So kann man jetzt als im Handbelsfache tätig in Deutschland wahrscheinlich 300 000 Frauen rechnen, während vor 40 Jahren überhaupt noch keine Frauenarbeit im Handel existierte.

Dieser Aufstieg der weiblichen Berufsarbeit ist eine der Hauptursachen der Höherwertung des weiblichen Geschlechts in neuerer Zeit, der erhöhten Wätzung des Mannes vor der Frau als menschlicher Persönlichkeit. Zugleich hat die berufliche Tätigkeit der Frau eine stärkere Schätzung auch der häuslichen weiblichen A. erzeugt.

Aus der Reizung der Ehefrauen in gutbezahlten Arbeiterkategorien, die außerhäusliche Berufstätigkeit aufzugeben, müssen wir schließen, daß die Frau in der Zukunft nicht allgemein beruflich tätig sein wird. Vielmehr dürfte wahrheitsgemäß die Mehrheit der Menschen auch späterhin nach der Einzel- und dem Einzelfamilienheim streben. Aber das soziale Leben der Zukunft wird sich nicht mehr wie heute in einseitiger, sondern in vielfältiger, den mannigfachen persönlichen Reizungen angepaßter Gestalt abspielen, und nur die Ausbeutung und der Mißbrauch des Menschen in jeder Form, auch die Negation der Frauenpersönlichkeit wird dann zur Unmöglichkeit werden.

Inseratenteil beramt.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Norddeutscher

Den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Referenten folgte nur eine kurze, an Redenpunkte anknüpfende Diskussion.

Die nächste Vereinsversammlung findet am Montag, den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Söwinemünder Gesellschaftsbaus, Söwinemünderstr. 42 statt. — Billets zum Stiftungsfest des Vereins am Sonntag, den 18. Februar, sind noch zu haben. bei: Jordan, Lübeckerstr. 48, Deutschmann, Jordanuferstr. 11, Aulike, Prinzenstraße 102, Klotz, Kopenstr. 81, Kühnemann, Müllerstr. 160.

Frauen-Bildungsverein von Treptow-Baumhulsenweg. Heute abend 9 Uhr findet bei Mohlau, Kieholzstr. 85, eine Versammlung statt. Alle Frauen von Treptow sind dringend eingeladen.

## Gerichts-Zeitung.

Ein Streit um die Fruchtigkeit seines Hauses hat den Vizefeldwebel a. D. Krüger in Spandau in eine so hochgradige und dauernde Aufregung versetzt, daß er sich einen Strafprozeß wegen Verleumdung des Spandauer Oberbürgermeisters, sowie mehrerer städtischer Baubeamten von Spandau und Charlottenburg zugezogen hat. Krüger war Eigentümer eines Hauses in Spandau. Dasselbe hatte, nachdem in der Nähe die Nieselfelder der Charlottenburger Kanalisation angelegt und der Wasserstand eines am Hause vorbeifließenden Grabens dadurch gestiegen war, unter hochgradiger Fruchtigkeit zu leiden. Aus diesem Anlaß hat Krüger im Jahre 1902 eine Schadenersatzklage gegen die Stadt Charlottenburg eingeleitet. Eine große Rolle in diesem Zivilprozeß spielen die Aussagen zweier Bauuräte, die das Krüger'sche Haus auf Fruchtigkeit hin zu untersuchen hatten und ihren Befund unter Eid dem Zivilgericht vortrugen. — Krüger, der anscheinend durch diesen nicht zu seinen Gunsten ausgefallenen Nichtstreit stark erbittert und erregt ist, hat in Eingaben an die Spandauer Stadtverordnetenversammlung sowie an die dortige Amtsanwaltschaft die beiden Bauuräte des Meineschies beschuldigt, ebenso einen anderen Baubeamten, der auch in dem Nichtstreit Zeugnis abgelegt hatte. Krüger ist nämlich der Meinung, daß die Fruchtigkeit seines Hauses viel größer sei, als die Zeugen angegeben haben und daraus schließt er, daß sie absichtlich die Unwahrheit gesagt hätten. Weiter hat Krüger den Oberbürgermeister von Spandau der Betrügerei beschuldigt, weil ihm — dem Krüger — ein höherer Schulgeldbetrag abgefordert wurde, als er zahlen hatte. — Wegen dieser Behauptungen ist Krüger vom Spandauer Schöffengericht, welches Verleumdung in vier Fällen annahm, zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Er legte Berufung ein, infolgedessen hatte sich am Mittwoch die vierte Strafkammer des Landgerichts II mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Der Angeklagte wollte den Wahrheitsbeweis antreten, es waren auch zu diesem Zweck 16 Zeugen geladen. Nachdem drei Zeugen vernommen waren, stellte sich heraus, daß der den Baubeamten gemachte Vorwurf des Meineides durchaus nicht erwiesen werden konnte. Hinsichtlich der Verleumdung, der Oberbürgermeister habe Betrügerei verübt, handelte es sich um eine irrtümliche Berechnung durch einen Beamten. Der Angeklagte verzichtete selbst auf eine Beweiserhebung über diesen Punkt. Hiernach erkannte das Gericht, daß die Berufung des Angeklagten zu verneinen sei.

Wie die germanische Kultur verbreitet wird. Vor der Deutshener Strafkammer hatte sich kürzlich der Redakteur Rowawowski vom „Katalie“ zu betanworten. In einem Artikel „Aus Oberschlesien“ hatte er die Eltern aufgefordert, ihre Kinder polnisch lesen und schreiben zu lehren. Außerdem wurden in dem Artikel die Lehrer, die mit besonderem Eifer ihrer Germanisierungstunsten obliegen, ins Lächerliche gezogen, und alle die Kinder, die bei Erlernung der deutschen Sprache ihren Lehrern mit Trost begegnen, wurden als treue Kinder ihres unglücklichen Vaterlandes gepriesen. Für alle diese „Verbrecher“, die wären sie von einem Deutschen um des Deutschtums willen gefangen, als Feldatanten verherrlicht würden, beantragte der Staatsanwalt zwei Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 500 M. Geldstrafe.

Zur Steuerveranlagung von Ehefrauen. Um die Besteuerung eines berühmten Kammerjängerpaars handelte es sich bei einem vom Ober-Verwaltungsgericht erledigten Streitverfahren. Der Kammerjänger Kalisch hat in Wiesbaden Engagement und verleiht infolgedessen mit seiner Frau gemeinsam alljährlich nur wenige Monate in ihrer Villa zu Grunewald bei Berlin. Die Frau ist die bekannte Sängerin Lilli Lehmann, deren persönliches Einkommen das des Mannes mehrfach übersteigen dürfte. Kalisch war nun unter Verleumdung des § 11 des Einkommensteuergesetzes, Absatz 1, zur Steuer herangezogen worden. Danach war beauftragt der Steuerveranlagung seinem Einkommen das Einkommen seiner Ehefrau Lilli Lehmann-Kalisch zugerechnet worden. Auf dieser Grundlage hatten gemäß dem Kommunal-Abgabengesetz nun sowohl Wiesbaden als Grunewald Herrn Kalisch in einer Weise besteuert, daß er sich veranlaßt sah, Steuervertellung zu beantragen. Der Bezirksausschuß Wiesbaden als dazu bestellte Behörde nahm die Verteilung vor, indem er zur Besteuerung in Wiesbaden auch das Einkommen der Kammerjängerin Lilli Lehmann anteilig überwies. Dagegen remonstrierte Herr Kalisch. Er berief sich namentlich auf den Absatz 3 Nummer 1 des § 11 des Einkommensteuergesetzes, wonach selbständig zu veranlagten sind: Ehefrauen, wenn sie dauernd von dem Ehemann getrennt leben. Es wäre ein dauerndes Getrenntleben, wenn er nur einige Monate im Jahre mit seiner Frau gemeinsam verleihe, nämlich außerhalb der Zeit seiner beruflichen Beschäftigung an Wiesbaden. Seine Frau hätte deshalb selbständig staatl. veranlagt werden müssen und, zumal sie nicht in Wiesbaden lebe, läme somit für die kommunale Besteuerung in Wiesbaden ihr Einkommen überhaupt nicht in Betracht. Der Bezirksausschuß erklärte aber in mündlicher Verhandlung seinen Beschluß für richtig und das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte am Dienstag dies Urteil mit folgender Begründung: Unter einem dauernden Getrenntleben im Sinne des § 11 des Einkommensteuergesetzes könnte man allerdings auch verstehen, daß die Eheleute längere Zeit getrennt von einander leben. Das sei aber hier nicht der Fall, weil mehrere Monate im Jahre Herr Kalisch in Grunewald gemeinsam mit seiner Frau verleihe. Somit wäre die Art der Verteilung gerechtfertigt.

## Eingegangene Druckschriften.

„Histoire de la démocratie et du socialisme en Belgique depuis 1830“ (Geschichte der Demokratie und des Sozialismus in Belgien seit 1830) von Louis Bertrand. (4. Lieferung.) Brüssel bei Debevoise u. Co.

„The National Review“ (Februar-Nummer) enthält u. a.: 3. Nr. Herber's Artikel „The Labour Party: Its aims and policy“ (Die Arbeiterpartei: ihre Ziele und ihre Politik).

3. Spandauer. Das Wohnungsgesetz der Großstädte und seine Anwendung durch Selbsthilfe. 72 Seiten. Preis 1 M. Verlag Lebensreform, Berlin C. 54.

**Achtung! Achtung!**  
**Mitglieder sämtl. freien Hilfskassen Charlottenburgs!**  
**Sonntag, 11. Februar, vorm. 10 Uhr,**  
**im Volkshaus, Rosinenstr. 3:**  
**Protest-Versammlung.**

Tages-Ordnung: „Die Umwandlung der Krankenkassen im Deutschen Reich, und was veranlaßt die Regierung, das Hilfskassengesetz vom Jahre 1876 aufzuheben?“

Wichtig, erhebt sich zahlreich in der Versammlung und legt energig Protest ein gegen die von der Regierung geplante Veräußerung der Selbstverwaltung. 287/10  
Wichtiges Buch legitimiert. Die Ortsverwaltungen.

Verdrucker u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.



Vermischtes.

Dem Verdienst seinen Adler. Eine ganze Reihe von Amerikanern, die sich um den Erfolg der St. Louis'er Weltausstellung verdient gemacht haben, sind jetzt vom deutschen Kaiser durch Ordensdecorationen ausgezeichnet worden.

Die „Arbeitskraft“ der Besitzenden. Die Verteidiger der kapitalistischen Ordnung sagen: Das Privateigentum ist heilig, heilig als erparter, im Schweiße des Angesichts erarbeiteter Besitz.

Wenn es trotzdem Milliarden gibt, so müssen die Reichthümer von anderen geschaffen sein, denen sie vorenthalten wurden. Und Riesenschätze sind es, die sich in wenigen Händen zusammenhäufen.

Ueber einen neuen Ausbruch des Vesuvius wird aus Neapel berichtet: Lavamassen haben die Vesuvbahn an drei Stellen auf fast je 100 Meter überschwemmt.

Arbeiter-Zamariter-Kolonie. Heute abend 9 Uhr: 3. Abtheilung in Schöneberg bei Dbl., Reimingerstr. 8. Herr Dr. Großmann über Begrüßungen, daran anschließend praktische Uebungen.

Wasserstand am 6. Februar. Elbe bei Ruffig + 0,19 Meter, bei Dresden - 1,13 Meter, bei Ragdeburg + 1,06 Meter.



Bessere Cigaretten als Josetti-Cigaretten sind niemals gemacht worden. Wir können diese Behauptung mit voller Ueberzeugung aussprechen, weil uns langjährige Erfahrung zur Seite steht; und wir sagen ohne jeden Rückhalt, dass

JOSETTI CIGARETTEN

heute weit erhaben über dem höchsten unserer früheren Erfolge stehen. Wenn wir nicht wüßten, dass diese Behauptung wahr wäre und erwiesenermassen wahr auf Grund des Urteils der besten Kritiker der Welt, würden wir unseren guten Ruf, den wir durch langjährige harte Arbeit erworben haben, leichtsinnig aufs Spiel setzen.

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.
Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Das Aufreihen türkischer Tabakblätter für Josetti-Cigaretten. Die ausgesuchten Blätter werden an Stangen aufgereiht um in der Sonne nachzureifen.

Carl Gabriels Volks-Museum Friedrichstr. 113a, am Oranienb. Tor. Zirkel 2000 Ausstellungsobjekte! Entree 30 Pf. Sold u. Kind 20 Pf. Sämtl. Räum. 60 Pf.

Etablissement Buggenhagen Horitzplatz. Täglich in den unteren Sälen Gottschalk-Konzert.

Advertisement for 'Inventur-Ausnahmepreis!' featuring 'Reichgestickte Portieren' and 'Teppich-Spezialhaus Emil Lefevre' with various product prices and contact information.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.

Advertisement for 'Möbel-Fabrik' by A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5, featuring various furniture items and prices.

Advertisement for 'Voigts „Krampenburg“' located opposite Schmöckwitz, offering a restaurant and other services.

Advertisement for 'Sozialdemokratischer Agitationsverein' and 'Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg' for a 'L. STIFTUNGSFEST' on Feb 11.

Large advertisement for 'New-Departure-Freilauf-Bremsnabe' (New-Departure-Freerun Brake) by 'Die beste der Welt'.



Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

### Theater.

**Donnerstag, den 8. Februar.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Cyrenhaus.** Lannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg.  
**Schauspielhaus.** König Heinrich der Vierte. (I. Teil)  
**Deutsches.** Oedipus und die Sphinx.  
**Westen.** Schützenlied.  
**Berliner.** Der Widerspenstigen Zähmung.  
**Neues.** Ein Sommernachtsstraum.  
Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.)  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelm-Häubli'sches Theater.) Ueber unsere Kraft. (I. Teil)  
**Leistung.** Und Pippa tanzt.  
**Kontak.** Diphys in der Unterwelt.  
**Walhalla.** Nach Afrika, nach Kamerun.  
**Kleines.** Kinder der Sonne.  
**Komische Oper.** Hoffmanns Erzählungen.  
**Reichshallen.** Der Prinzgemahl.  
**Trianon.** Loulou.  
**Kunstspielhaus.** Der Weg zur Hölle.  
**Thalia.** Bis früh um fünf.  
**Metropol.** Auf ins Metropol.  
**Carl Weiß.** Die lebende Brücke auf Kuba.  
**Süssen.** Die Anna-Diese.  
**Deutsch-Amerikanisches.** Er und Ich.  
**Kajino.** Die goldene Brücke.  
**Nyollo.** Insel Tulipatan. Im Griffler-Sabarett. Spezialitäten.  
**Herrnfeld.** Familienitag im Hause Prellstein.  
**Golies Caprice.** Nach dem Zapfenstreich. Der Beheme.  
**Selle-Milance.** Der grüne Teufel. Spezialitäten.  
**Wintergarten.** Otto Reutter. — Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Vasage.** Spezialitäten.  
**Urania.** Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr: Dr. Theising: Tier und Pflanze als Freund und Feind.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57/62.  
Täglich geöffnet von 1 bis 7 Uhr.

### Berliner Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Der Widerspenstigen Zähmung.**  
Freitag: Die Jüdin von Toledo.  
Sonnabend nachm. 2 1/2 Uhr: Schiller-Vorstellung 2. ermäß. Preis: Die Räuber.  
7 1/2 Uhr: Der Widerspenst. Zähmung.

### Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Ein Sommernachtsstraum.**  
Freitag: Ein Sommernachtsstraum.  
Sonnabend: Satome. (Anf. 8 Uhr.)  
Sonntag: Ein Sommernachtsstraum.  
Montag: Liebesleute (Amants).

### Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Kinder der Sonne.**  
Morgen:  
**Kinder der Sonne.**

### Zentral-Theater

(Operette). Abends 8 Uhr:  
**Orpheus in der Unterwelt.**  
Operette in drei Akten.

### Luisen-Theater.

Zum erstenmal:  
**Die Anna-Lise.**  
Anfang 8 Uhr.  
Freitag: Pension Schöder.  
Sonnabend: So sind sie alle.  
Sonntag nachmittag: Maria Stuart.  
Abends: Ein Sommernachtsstraum.  
Montag: Ein Sommernachtsstraum.

### Komische Oper.

Donnerstag, 8. Febr., abends 8 Uhr:  
**Hoffmanns Erzählungen.**  
Freitag, Sonnabend und Sonntag abends: Hoffmanns Erzählungen. Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäß. Preisen: Die Bohème. Montag zum ersten Male: Don Pasquale.

### Apollo-Theater.

**Vollständig neues Programm.**  
**Nur neue Spezialitäten**  
und **Gobert Belling.**  
Dazu: Tulipatan, Operette.  
Griffler-Sabarett, Varié. Nachtlied.  
Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 3 Uhr: Berliner Luft und Spezialitäten. Bedeut. ermäß. Preis!

### Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.  
**!Anf - in's Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet.

### Urania Taubenstr. 48/49.

Abends 8 Uhr:  
**Am Golf von Neapel.**  
Hörsaal 8 Uhr: Dr. Theising: Tier und Pflanze als Freund und Feind.

### Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

**Castans Panoptikum**  
Friedrichstr. 165.  
**Ohne Extra-Entree.**  
**Bergbewohner**  
**Abessinians.**  
65 Eingeborene  
Männer, Weiber und Kinder,  
sowie das Baby „Berolina“.  
Eintritt 50 Pf.

### Trianon-Theater.

Anfang **Loulou.** 8 Uhr.  
Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.  
**Lustspielhaus.**  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Der Weg zur Hölle.**

### Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstraße 67/68.  
Jed. Abend 8 Uhr sowie Sonnabend Gastspiel Adolf Philipp zum  
**50. Er & Ich**  
Male  
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise!  
„Ueber'n großen Teich“.  
Montag, 19. Februar, abends 8 Uhr:  
**Fest-Vorstellung**  
anlässlich des 25-jährigen  
**Künstlerjubiläums**  
von **Adolf Philipp.**  
Billets sind jetzt zu haben.

### Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Der Prinzgemahl.**  
Satirischer Schwank in 3 Akten von L. Kautz und J. Chancel.  
Sonntag, den 11. Febr., nachm. 3 Uhr:  
**Die Höhle des Löwen.**

### Folies Caprice

Budapester Pössen-Theater  
132 Linienstr. 132.  
Ecke Friedrichstraße.  
Zum 143. Male:  
**Nach d. Zapfenstreich.**  
Vorher: **Der Beheme**  
u. d. ausgezeichnet. Spezialitätenteil.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorher: kögl. b. Wertheim u. an der Theaterkasse von 10 Uhr nachmittags an.

### Carl Weiß-Theater.

Dr. Frankfurterstr. 132.  
**Die lebende Brücke auf Kuba.**  
Großes amerikan. sensationelles Ausstattungsdrama mit Gesang und Ballett in 7 Bildern von James Fox.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen u. folg. Tage: Dief. Vorstell. Sonnabend 4 Uhr: Hänsel u. Gretel.

### W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.  
Bericht für den Regisseur Karl Reich:  
**Mit dem Strom!**  
oder: Auf Wogen des Glück.  
Schauspiel in 4 Akt. v. Oskar Walthert.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Nach der Vorstellung: Benefiz-Gall.

### Kasino-Theater

Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Die goldene Brücke.**  
Schauspiel in 3 Akt. v. R. Stowronnet. Am Neuen Theater 2. J. m. sensation. Erfolg gegeben!  
Vorher: Das brill. buntes Programm. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das Opferlam.

### Walhalla-Theater

Nach Afrika, nach Kamerun.  
Ausstattungsposse in 6 Bildern.  
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

### Fröhels Allerlei-Theater.

Schönhauser Allee 148.  
Jeden Sonntag und Mittwoch:  
**Konzert,**  
Theater, Spezialitäten, Tanz.  
Anf. Sonntags 6 Uhr, Wochen. 8 Uhr.

### Sanssouci.

Kottbusser Str. 4a.  
Dir. Wilhelm Reimer.  
Sonntag, Mont., Donnerst.: Hoffmanns Nord. Sänger und Tanzkränzen.  
Morgen Freitag:  
**Die Waise aus Lovood.**  
Sonn. 3g. 5. Wochen. 8 Uhr.  
Dienstag und Mittwoch:  
**Theater-Abend.**

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Cyprienne.**  
Lustspiel in 3 Aufzügen v. Victorien Sardou und G. de Rujac.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Ein Wintermärchen.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Cyprienne.**  
Schiller-Theater N. (Friedr. W. Th.).  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Ueber unsere Kraft.** (I. Teil).  
Schauspiel von Björnstjerne Björnson.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Cyprienne.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Zwei glückliche Tage.**

### Freie Volksbühne.

**13. Kunst-Abend im Rathaus**  
Mittwoch, den 14. Februar zum 50. Todestage des Dichters **Heinrich Heine.**  
Herr Wilhelm Holzamer: **Vortrag und Rezitation**  
Klavier- und Gesangsvorträge Heinescher Lieder.  
Sonntag, 11. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr:  
Metropol-Theater. 13./14. Abteilung  
**Carl Weiß-Theater.** 2./3. Abteilung

### Maria Magdalene.

**Ein Frühlingsopfer**  
von **E. Kayserling.**

Einlaßkarten a 50 Pf. zur **Meunier-Ausstellung** nur für Mitglieder bei Horsch, Engel-Ufer No. 15. 228/6  
Der Vorstand. In Vertr. die Geschäftsstelle: G. Winkler.

### Zirkus Albert Schumann.

Heute Donnerstag, den 8. Februar:  
**Achtung!**  
Bis zur Entscheidung! **Nur einmal!**  
Kevanche angeschlossen!  
**Match**  
(bis zur Entscheidung) zwischen dem japanischen **Jiu-Jiutsu-Ringer Katsukuma Higashi** und dem amerikanischen **Boxer und Ringkämpfer Mr. R. Fitzsimmons.**

Mr. Fitzsimmons hat behauptet, daß das Jiu-Jiutsu-Ringen nichts Neues sei und seine Hilfsmittel im freien Ringkampf (catch-as-catch-can) längst enthalten sind. Herr Higashi behauptet hingegen, daß sein Jiu-Jiutsu-Ringen eine eigenartige japanische Kunst sei. Der Kampf ist dazu bestimmt, der Öffentlichkeit bezüglich dieser hochinteressanten Frage den Beweis zu liefern, welche der beiden Behauptungen richtig, und wird bis zur absoluten Entscheidung geführt. In diesem nur **einmaligen Kampf** ist der Zirkus Schumann gewählt.  
Vorher: Gala-Programm, sämtliche Spezialitäten und zum Schluß: Die diesjährige große **Femina**-Ausstattungs-Pantomime:  
Erhöhte Preise: Fremdenlogis 8,50 R. Logis 7,50 R. Speisefisch und Tribüne 4,50 R. Balkon 3.— R. Erster Platz 2,25 R. Zweiter Platz 1,50 R. Galerie 1 R. Passpartouts, Gasseine, Kinderbillets haben keine Gültigkeit.

### Arnold Scholz. Neue Welt.

Hasenbeide 108/114.  
Im größten und schönsten Saale Berlins und Umgegend.  
Täglich:  
**Großes Münchener Bockbierfest**  
Baron Muekl's oberbayrische Bauernkapelle D'Hollertauer.  
Bedienung durch 30 echte bayrische Mad'n.  
**Ulk über Ulk.**  
Anfang täglich 7 Uhr. — Entree M. 0,30.  
Nächsten Freitag: **Prämierung des kleinsten Damenfußes.**  
Preise: 60 M., 40 M., 20 M. 71L\*



**Gustav Behrens** Spezialitäten-Theater  
Frankfurter Allee 85.  
**Die größte Sensation des Ostens** sind **Die kleinen Mädchen von Berlin.**  
Im zweiten Bilde: **Die sechs schönen Manolizigaretten.**  
Zuherden **das neue Februar-Programm.**

### XI. Berliner Saison.

**Zirkus Busch.**  
Neu! Sensationell!  
**Der automatische Mensch.**  
Zum ersten Male in Europa.  
Noch nie dagewesen!  
Herr Burkhardt-Footit, Schachreiter, die Kunst- und Schachreiterin Sign. Natalina Rossi usw.  
Zum Schluß (um 9 1/2 Uhr): Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins:  
**Indien.**  
Origin-Manege-Ausstattungsstück des Zirk. Busch in 8 Bild.

### Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/49.  
Heute Donnerstag, den 8. Februar:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.  
**Der Leiermann**  
und sein Ehegehind.  
Original-Vollstück in 3 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.  
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.  
Vorzugskarten haben Gültigkeit.  
In Vorbereitung: Die Bluthochzeit.



### Neues Programm. Otto Reutter.

Charles Hera, Jongleur.  
Sutelflo-Truppe, schottisch. Akrob. Stein-Erette, Handspringer. Robbins, Kunststrafahrer.  
Das „Motogirl“.  
**Tschin-Maa-Truppe**  
Chinesische Gaukler und Zauberer. Mistinguette, Pariser Sängerin. Rocco, Ballettazene. Clark u. Hamilton, musik. Excentr. Japanische Garde, Damensemble.

### Passage-Theater.

Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.  
**Miß Gertrude,**  
Tänzerin.  
**Karl Bernhard,**  
der Humorist.  
= Biergeben Nummern. =  
**„Und Pepi singt“**  
(Pepi Weiß).

### Elysium

Landberger Allee Nr. 40-41.  
Hr. C. Eisermann.  
Jeden Donnerstag:  
**Original-Hamburger Sänger**  
Direktion: C. Frick und F. Kascho-Krause.  
Anfang 8 Uhr.  
Entree 10 Pf.  
Vorzugskarten gelten.  
Nachher: **Tanz.**  
Avis! Montag, 19. Februar: Elite-Maschenball der Hamburger Sänger.

### Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Heute und folgende Tage:  
**Familientag im Hause Prellstein.**  
Familienmitglieder:  
Fridolin Unterhalt  
Emmerich Unterhalt  
Samuel S. Unterhalt  
Frau Wolkenbruch  
Jonas Tischkuch  
Hannibal Sauerstoff  
Freddy Eiweiß  
Maurice Archimedes  
Flora Prellstein  
Kicky v. Kitzky  
Monika v. Kitzky  
Igel u. Kodak  
Stanislaus, Helene  
Schestak, Rechtskonsulent (Anton Herrnfeld)  
Esau Prellstein (Donat Herrnfeld).  
Anf. 8 Uhr. Vorherf. 11—2 Uhr.

### Reichshallen.

Täglich:  
**Stettiner Sänger**  
(Reffel, Pietro, Britton, Böckmann, Böhm, Balben, Seidel, R. u. D. Schreiber).  
Anfang  
Bodentags  
8 Uhr,  
Sonntags  
7 Uhr.

### Berliner Abnormitäten-Theater

Münzstr. 16.  
Neu! Neu!  
**Die Elite-Liliputaner-Truppe**  
Die kleinsten Vortragskünstler und Sterne der Liliputaner der Welt.  
Die Juh-Künstlerin Margarete Marjet, Hellscherin Armida, wahr-sagende Wunderdame. Pluto, Wunderhahn, geb. mit 4 Beinen, 2 Körpern, 1 Kopf, lebend. ic Niesen, Zwerg, Phänomen, Fatire usw.

### Buggenhagen

Moritzpl. Kaisersaal.  
Heute sowie jeden Donnerstag:  
**Fritz Steidl-Sänger.**  
Nachher: **Frei-Tanz.**

### Variété Elysium

Kommandantenstraße 3/4.  
Um 9 1/2 Uhr: Auftreten des berühmten Zergreißdichters **Paul Steinitz.**

### H. Greifenhagen Nchf.

Brunnenstr. 17-18 Veteranenstr. 1-2

### Während der Aussteuer-Woche

geben wir trotz der hervorragend billigen Preise

**Donnerstag, Freitag und Sonnabend**

### doppelte Rabatt-Marken.

Es bietet sich somit eine ganz besonders günstige Gelegenheit zu billigen Einkäufen.

\* Mit Ausnahme einiger weniger Artikel.



**Achtung!**

# Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festsaal, Köpenstr. 29:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Diskussion über die vorgeschlagenen Kandidaten des Zweigvereinsvorstandes.
2. Diskussion über die vorgeschlagenen Delegierten zur neunten Gaukonferenz.
3. Verschiedenes.

136/20\*

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es nötig, daß alle Kollegen erscheinen. Der Zweigvereinsvorstand.

## Zentral-Verband der Töpfer.

Filiale Berlin.

Freitag, den 9. Februar, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Beschlußfassung über die neuen Arbeitsnachweis-Statuten.
  2. Wie stellen wir uns zur Einführung einer Arbeitslosen- eventuell Rot-Unterstützung.
- Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

495/7

### Arbeiter-Raucher-Bund Berlins und Umgegend. Todes-Anzeige.

Zur Nachricht, daß unser Bundes-

**August Beekow**

aus Rauch-Klub „Freie Männer I“

friedlich verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute

Donnerstag, den 8. d. Mts., nach-

mittags 9 1/2 Uhr, von der Leichen-

halle zu Stieglitz aus statt.

287/17 **Der Vorstand.**

### Arbeiter-Raucher-Bund Berlins und Umgegend. Todes-Anzeige.

Verstorben ist unser Bundes-

**Friedrich Schelzius**

vom Klub „Gemütslicht VI“

Charlottenburg. 287/8

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am

Sonntag, den 11. d. M., nach-

mittags 4 Uhr, auf dem Friedhof

zu Westend statt.

**Der Vorstand.**

### Verband der Tapezierer.

Den Mitgliedern zur Kenntnis,

daß unser Kollege

**Hugo Schmidt**

verstorben ist.

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 8. Februar,

nachmittags 3 Uhr, auf dem

Maxus-Friedhof in Wilhelmshagen

statt. 177/6

Um rege Beteiligung ersucht

**Die Ortsverwaltung.**

### Dankagung.

Für die vielen Beweise der Teil-

nahme bei der Beerdigung meines

lieben Mannes **Otto Hebert** sage

ich allen Freunden, Bekannten und

Verwandten, den Kollegen und dem

Chef der Firma Th. Weder sowie dem

Deutschen Holzarbeiter-Verbande

meinen herzlichsten Dank. 2532b

**Witwe Th. Hebert nebst Kindern.**

### Dankagung.

Herzlichen Dank allen Freunden und

Kollegen für die zahlreichen Kranz-

spenden und Teilnahme bei der Beer-

digung meiner lieben Frau und

meiner Mutter. Insbesondere den

Gangesbrüdern „Reu-Gewacht“ sowie

der Robellfabrik Julius und dem

Personal der Firma Schneidmüller

Johannmann. 2543b

**Franz Müller und Sohn,**

Robellfabrik.

### Dankagung.

Für die vielen Beweise unglück-

licher Teilnahme und Kranzspenden bei der

Beerdigung meines lieben Mannes,

des Tischlers **Robert Blessing** sage

ich allen Freunden und Bekann-

ten sowie den Genossen des

festen Kreises und den Mitgliedern

des Holzarbeiter-Verbandes meinen

herzlichsten Dank. 2542b

**Wwe. Klara Blessing.**

**Dankagung.**

Herzlichen Dank allen Beteiligten

für die große Teilnahme, die uns

beim Tode meines lieben Mannes,

unseres guten Vaters und Bruders,

des Schlossers **August Hoff-**

**mann**, erwiesen wurde. 2515b

**Witwe Ernestine Hoffmann.**

**Arthur und Erna Hoffmann.**

**Friedrich Hoffmann.**

**Dankagung.**

Sage allen denen, die meinem lieben

Mann, unserem guten Vater das letzte

Geldstück gegeben haben, der Firma

Schäfer u. Gauslauer, den Kollegen

der Firma Breibisch und dem Deutschen

Metallarbeiter-Verband für die Kranz-

spenden meinen besten Dank. 2537b

**Wwe. Ziegler nebst Kindern.**

## Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau u. Arbeitsnachweis Rosenthalerstr. 57 (Eingang: Gormannstr. 28).

Geöffnet von 9 1/2—2 und 4—8 Uhr. Telefon: III, Nr. 1296.

Sonntag, den 11. Februar 1906, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Rosen-

thaler Hof“, Rosenthalerstr. 11/12:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Kassierers und der Revisoren. 2. Stellungnahme zum
7. Kongress der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ und event.
- Wahl der Delegierten. 3. Bericht der Bibliothekskommission. 4. Gewerks-
- chaftliches.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht jedes Mitgliedes,

pünktlich zu erscheinen. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sonntag, den 18. Februar cr., nachmittags 5 Uhr, im „Englischen

Garten“, Alexanderstr. 27c:

## Monatsversammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag: „Glaube macht

felig — Wissen macht frei.“ Referent: Genosse Rieger.

2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.

Nachdem: Gesellschaftliches Beisammensein und Tanz.

Voranzeige. Sonntag, den 8. April cr., vormittags 9 Uhr

(Vortrags-Anfang 10 Uhr), Landstr. 48/49:

## Urania-Vorstellung.

Im Lande der Mitternachtsonne von Dr. Schwahn.

Billets inkl. Garderobe 70 Pf. sind bei den bekannten Kollegen erhältlich.

Zahlreiche Beteiligung an den Veranstaltungen erwartet

280/4 **Die Ortsverwaltung.**

## Achtung! Achtung! Metallarbeiter Lichtenbergs!

Freitag, den 9. Februar, abends 6 Uhr,

im großen Saale des **Schwarzen Adler** (Gedr. Arnhold),

Frankfurter Chaussee 4/5:

## Oeffentl. Versammlung der Metallarbeiter Lichtenbergs.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Wahl der Beisitzer

zum Gewerbegericht. Referent: Kollege Düse. 2. Diskussion.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller

Kollegen geboten. 112/3 **Der Einsender.**

## Achtung! Fliesenleger. Achtung!

Donnerstag, den 8. Februar cr., abends 6 Uhr, in den Arminhallen,

Kommandantenstraße 20:

## Versammlung

der

## Sektion der Fliesenleger des Maurerverbandes.

Tages-Ordnung:

1. Der Stand unserer Bewegung. 2. Verschiedenes.

In dieser Versammlung müssen alle Kollegen gleich von der Arbeit er-

scheinen. Kein Kollege darf in dieser Versammlung fehlen. 136/18

Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Sektionsvorstand. J. A.: Felix Breiske.**

## Fliesenleger-Hülfсарbeiter.

Verband der handgewerblichen Hülfсарbeiter Deutschlands.

Donnerstag, den 8. Februar, abends 6 Uhr:

## Sektions-Versammlung

## der Fliesenleger und Hülfсарbeiter

in den **Arminhallen**, Kommandantenstraße 20.

Tages-Ordnung:

1. Der Stand der Bewegung. 2. Verschiedenes. 32/15

Wir ersuchen alle Kollegen, sofort von der Arbeit nach

dem Versammlungsorte zu gehen. **Die Sektionsleitung.**

# Kaiser's Malz- Kaffee

unübertroffen,

das Pfund nur **25** Pfg.

## Kaiser's Kaffee-Geschäft

Europas größter Kaffee-Rösterei-Betrieb.

**Berlin N.:** Ackerstr. 23/26, Brunnenstr. 81, Brunnenstr. 151, Brunnenstr. 185, Badstr. 18, Chausseestr. 28, Chorinerstr. 20a, Danzigerstr. 90, Dalldorferstr. 23, Fennstr. 52, Franseckistr. 50, Invalidenstr. 144, Müllerstr. 166, Putbusenstr. 41, Reinickendorferstr. 10, Swinemünderstr. 87, Schwedterstr. 245a, Tresckowstr. 18, Usedomstr. 17, Weinbergsweg 5, Wollinerstr. 42, Prinzen-Allee 31, Prinz Eugenstr. 20, Pappel-Allee 4.

**Berlin NW.:** Bredowstr. 43, Beusselstr. 29, Heidestr. 15/16, Huttenstraße 4, Lübeckerstr. 20, Luisenstr. 43/44, Alt-Moabit 112, Melancthonstraße 1, Stephanstr. 42, Turmstr. 30, Turmstr. 47a, Wilsnackerstr. 30.

**Berlin W.:** Culmstr. 1, Genthinerstr. 26, Gleditschstr. 48, Lützowstraße 83, Steinmetzstr. 41.

**Berlin SW.:** Bergmannstr. 93, Zossenerstr. 22.

**Berlin S.:** Gräfestr. 25, Sebastianstr. 88.

**Berlin SO.:** Admiralstr. 32, Köpenickerstr. 144, Muskauerstr. 13, Neanderstr. 37, Oranienstr. 1, Reichenbergerstr. 123, Wrangelstr. 23, Wrangelstr. 54.

**Berlin O.:** Andreasstr. 57, Boxhagenerstr. 14/15, Ebertstr. 48, Frankfurter Allee 51, Frankfurter Allee 71, Grüner Weg 41, Gubenerstr. 49, Krautstr. 48b, Königsbergerstr. 31, Petersburgerstr. 81, Richthofenstraße 15, Stralauer Allee 23b, Zorndorferstr. 48.

**Berlin NO.:** Gollnowstr. 11, Greifswalderstr. 1, Landsberger Allee 29, Lippinerstr. 29.

**Berlin C.:** Alte Schönhauserstr. 30, Kaiser Wilhelmstr. 20.

**Charlottenburg:** Augsburgerstr. 59/60, Berlinerstr. 98, Berlinerstraße 125, Dankelmannstr. 60, Holtzendorferstr. 4, Kantstr. 149, Kleiststraße 19, Nehringstr. 1, Pestalozzistr. 9a, Pestalozzistr. 29, Kaiser Friedrichstr. 57, Tauenzienstr. 19, Spandauerstr. 28, Uhlandstr. 32, Wilmersdorferstr. 128, Wilmersdorferstr. 148.

**Boxhagen-Rummelsburg:** Alt-Boxhagen 4/5.

**Deutsch-Wilmersdorf:** Berlinerstr. 131.

**Friedenan:** Rheinstr. 10.

**Friedrichsberg:** Frankfurter Chaussee 7.

**Friedrichsfelde:** Berlinerstr. 45.

**Lichtenberg:** Frankfurter Allee 171.

**Weissensee-Berlin:** König-Chaussee 32.

**Pankow:** Breitestr. 24a.

**Reinickendorf-West:** Scharnweberstr. 16.

„ **Ost:** Residenzstr. 107.

**Rixdorf:** Hermannstr. 40, Kaiser Friedrichstr. 242, Steinmetzstr. 116.

**Rummelsburg:** Schillerstr. 12.

**Schmargendorf:** Breitestr. 22a.

**Schöneberg:** Colonnenstr. 66, Goltzstr. 36, Hauptstr. 139, Tempelhoferstr. 21, Neue Winterfeldtstr. 44.

**Steglitz:** Schloßstr. 85.

**Tegel:** Berlinerstr. 9.

**Tempelhof:** Berlinerstr. 15.

**Adlershof:** Bismarckstr. 14a.

**Nowawes:** Friedrichstr. 15.

**Ober-Schöneweide:** Wilhelminenhofstr. 41.

**Potsdam:** Brandenburgerstr. 20, Nauenerstr. 38.

**Spandau:** Breitestr. 49, Jägerstr. 1, Neuendorferstr. 6, Potsdamerstr. 1a, Schönwalderstr. 87.

**Treptow:** Baumschulenweg 19/20.







# Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 32. Donnerstag, den 8. Februar 1906.

Inserate sechsgehaltene Kolonietzeile 20 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

## Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! In Helligensee steht das Lokal von Schröder der Arbeiterschaft zur Verfügung, alle anderen Lokale sind gesperrt. In Radebrück bei Alt-Landsberg ist das Restaurant „Zur Wilhelmshöhe“, Jnh. Schulz, frei. Die Lokalkommission.

Mahlsdorf. Sonnabend, den 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Werneke, Hönoverstr. 6, eine Wahlvereins-Verammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über sozialdemokratische Gemeindepolitik. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevertretung. Am zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Vorstand.

Den Genossen von Dreptow-Baumshuldenweg, Nieder-Schöne-weide-Johannisthal zur Mitteilung, daß der 2. Abend des Beschränkung wegen plötzlicher Erkrankung des Genossen Grundwald heute ausfällt.

## Vorort-Nachrichten.

Betreffs Uebernahme der Kreisbahnen

Das der nächste Zeltower Kreisstag 2 600 000 M. aus einer Anleihe zu bewilligen, die mit 4 Proz. aufgenommen wird und bis 1944 zu tilgen ist. Siemens u. Halske erhalten für ihre Bahnen in Südende, Bankwitz, Steglitz und Lichterfelde 1 450 000 M. Abfindung. Waghorn für seine Dampfstraßenbahn Groß-Lichterfelde—Zeltow—Stahndorf—Wachnower Schleuse 850 000 M. Beide Bahnen sollen am 1. April 1906 auf den Kreis übergehen. Der Kreis hofft mit den Bahnen bessere Geschäfte zu machen wie die Privatgesellschaften, da er sie gleichmäßig ausbauen und sie noch erweitern will. So sollen die Siemens-Bahnen Vollspurweite erhalten, die Dampfstraßenbahn soll elektrisch werden (Kostenpunkt 371 000 M.), und nach Fertigstellung dieser Arbeiten will der Kreis sodann die Bahnen zu einer Linie mit Nebenabzweigungen ausbauen. Die Hauptlinie würde demnach werden die Linie: Wachnower Schleuse—Zeltow—Lichterfelde—Bankwitz—Südende—Steglitz. Die bestehenden Nebenlinien innerhalb der Orte bleiben erhalten, neue entstehen z. B. Mariendorf—Südende—Steglitz und falls sich die Gemeinde Steglitz dazu versteht, entweder durch Verkauf der Grünwaldbahn an den Kreis oder durch die Erlaubnis, die Gleise der Grünwaldbahn mitzunutzen zu lassen, eine Linie im Anschluß daran über Steglitz und Dahlen nach Kolonie Grünwald über Schmargendorf einzufügen, nach der neuen Stadt Wilmersdorf durch den sogenannten Reingau andererseits; kommen diese Projekte zur Ausführung, so würde ein Anschluß an die Berliner Straßenbahnen erreicht und man könnte dann mit einmaligem Umsteigen in Wilmersdorf sich das Vergnügen leisten, vom Berliner Rathaus über Wilmersdorf, Steglitz, Lichterfelde, Zeltow nach der Wachnower Schleuse elektrisch zu fahren. Allerdings wird bis dahin noch einige Zeit vergehen.

### Charlottenburg.

Ein schwerer Bauunfall ereignete sich gestern vormittag auf dem Neubau Kurfürstendamm, Ecke Hofmannstraße. Dort führt die Firma Wodowa und Knauer ein Gebäude auf, das bis zur ersten Etage gediehen ist. Gestern vormittag um 10 Uhr krug der 45jährige Steinträger Walter Katusch aus der Soldinerstr. 18, auf dem Rücken in einem Tragelast Mauersteine nach oben. Hierbei kam er, entgegen dem ausdrücklichen Verbot, in die Nähe des Lohenfahrschuhls. Als Katusch im Begriff war, den Kasten abzuwerfen, wurden die Tragelast vom Fahrstuhl, der sich nach unten in Bewegung setzte, erfasst und Katusch rücklings mit in die Tiefe gezogen. Auf seine Hüfte ruften seine Kollegen sofort den Fahrstuhl ab und brachten ihn mit vieler Mühe wieder in die Höhe. Katusch war zwischen die Mauersteine und den Fahrstuhl geraten und hatte sich eine schwere Frakturverletzung und eine Verletzung der inneren Organe zugezogen. Der Verunglückte wurde im bewußtlosen Zustande in einer Droschke nach der Unfallstation Zoologischer Garten und von dort nach Anlegung eines Notverbandes im Swadeschen Krankenzug nach dem Krankenhaus Westend geschafft.

### Rixdorf.

Zwei Raubfälle sind gestern in Rixdorf durch jugendliche Täter verübt worden. Nachmittags war das sechsjährige Töchterchen Margarete des Schriftführers Ernst Schöllkopf, Steinmehstr. 122, fortgeschickt worden, um Einkäufe zu besorgen. Zwischen der Fall- und Leisingstraße trat plötzlich ein größeres Schulfädchen an die Kleine heran und richtete in barockem Tone die Frage an sie: „Wo hast du das Geld?“ Schöllkopf antwortete das Kind: „Ich habe ja gar kein“ und eilte davon. Die jugendliche Begelagerin hatte es aber bald wieder eingeholt, hielt es so fest und zog ihm nun gewalttätig die goldenen Ohrringe aus. Sodann lief die Täterin mit ihrer Beute davon. Da erwachene Leute nicht in der Nähe waren, entkam sie auch. Der zweite Raubfall erfolgte in der Steinmehstraße. Der sechsjährige Friedrich Klein aus der Steinmehstraße 48/44 hatte von seiner Mutter ein Zweimarkstück mit dem Auftrage erhalten, etwas vom Kaufmann zu holen. Auf der Treppe begegnete dem Knaben ein halbwüchsiger, unbekannter Bursche, der das Geld in der Hand des K. bemerkte. Er ergriff plötzlich die Hand des Kindes, raubte das Zweimarkstück und entfloh. Bisher fehlt von dem jugendlichen Räuber noch jede Spur.

Durch das Dazwischentreten eines Schuhmanns ist gestern am Hermannplatz großes Unheil verhütet worden. In der Hermannstraße in Rixdorf waren die Pferde eines Geschäftsfuhrwerks scheinbar gemordet und durchgegangen. In wildem Tempo rasteten die Tiere die Straße hinunter und wollten dann nach dem Hermannplatz einbiegen. Bei dem großen Verkehr, welcher an diesem Kreuzungspunkt herrscht, schwebten die Passanten in diesem Augenblick in großer Lebensgefahr, und es wäre auch zweifellos zu einer Katastrophe gekommen, wenn nicht noch rechtzeitig der auf Posten stehende Schuhmann Perlecke, sein eigenes Leben aufs Spiel setzend, den rasenden Tieren in die Zügel gefallen wäre und das Gespann zum Stehen gebracht hätte.

### Groß-Lichterfelde.

Die Groß-Lichterfelder Gemeindevertretung hielt am Montag eine Sitzung ab, der nachgerühmt werden muß, daß die — wie üblich — wenigen Punkte der Tagesordnung, die für die Öffentlichkeit bestimmt waren, mit knapper Not auch vor diesem Forum ihre Erledigung fanden. Wohl in keiner Gemeindevertretung dürfte die Anstalt der „nicht öffentlichen“ Ver-

handlung wichtiger Gemeindeangelegenheiten so im Schwange sein als in der unterigen. So kommt es, daß regelmäßig die Tagesordnung dieser geheimen Sitzungen von einem solchen Umfang sind, daß daneben die sogenannten öffentlichen Sitzungen den Eindruck erwecken, als ob sie nur pro forma arrangiert seien. Und beginnt sich ja einmal in der öffentlichen Sitzung eine Diskussion von einiger Bedeutung anzufangen, so erscheint immer noch rechtzeitig genug der Antrag auf Abiegung des Gegenstandes von der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung, der dann auch in 99 Fällen von 100 Annahme findet.

Gegen dieses systematische Bestreben, möglichst hinter verschlossenen Türen wichtige und einschneidende Fragen der Gemeinde zu verhandeln und zu entscheiden muß entschieden Protest eingelegt werden. Die Gemeindeangehörigen und Steuerzahler, die an allen die Gemeinde berührenden Angelegenheiten ideell und materiell interessiert sind, haben einen Anspruch auf vollste Öffentlichkeit der Verhandlungen, die nur in den unumgänglich notwendigsten Fällen und ausnahmsweise eine Einschränkung erfahren sollte.

Die Ausgemeindung eines Teiles des Botanischen Gartens beschästigte wiederum die Gemeindevertretung. Da es sich um ein Areal von 21 Hektar handelt und durch die Ausgemeindung Lichterfelde einen Schaden von circa 2000 M. hätte, wurde dieselbe abgelehnt.

Einen etwas eigenartigen Hintergrund hatte ein Antrag auf Festsetzung der Kanalisationsbeiträge. Im Jahre 1903 wurde von der Gemeindevertretung beschlossen, die Kosten der Kanalisation den Grundbesitzern mit 12 Mark pro laufenden Meter zu berechnen. Ein paar geschäftskundige Grundbesitzer hatten nun ein Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts aufgespielt, nach welchem diese Kosten bezw. Beiträge jährlich von der Gemeindevertretung festgesetzt werden müssen. Diesen Umstand benutzten nun drei unserer begütertesten „Mitbürger“, um sich von ihrer Zahlungspflicht zu drücken. Infolge des aus dieser Situation entstandenen Prozesses verlangte die Aufsichtsbehörde, daß die Gemeindevertretung einen diesbezüglichen Beschluß mit rückwirkender Kraft für die Jahre 1904 und 1905 lassen solle. Die ganze Sachlage ist ziemlich unklar und der Gemeindevorstand schien mit der Sprache nicht recht herauszukommen zu wollen. Ist der Beschluß vom Jahre 1903 ohne Zeitbegrenzung seiner Wirksamkeit gefaßt worden, so besteht er doch rechtlich jedenfalls so lange, bis er entweder abgeändert oder aufgehoben wird. Lautet jener Beschluß jedoch nur für das Jahr 1903, so dürfte eine jegliche nachträgliche Festsetzung für 1904/05 rechtlich wohl kaum in Frage kommen. — Gemeindevorsteher Schulz erklärte, daß, wenn ein solcher Beschluß nicht gefaßt würde, die Prozesse für die Gemeinde wahrscheinlich verloren würden. Gemeindevorsteher Lenjner sprach sich gegen einen solchen nachträglichen Beschluß aus; Gemeindevorsteher Saeger läßt durchblicken, daß ein Versehen seitens des Gemeindevorstandes vorliegen könnte. — Die Gemeindevertretung beschloß, 12 M. pro Meter auch für 1904/05 zu erheben. Es war charakteristisch, daß ein Mitglied des Gemeindevorstandes sich zu dem Vertreter einer bürgerlichen Zeitung begab und ihn ersuchte, über diesen Punkt nichts zu bringen, da aus dem — wir wählen höflicherweise einen anderen Ausdruck — „Gerede“ kein Mensch klug werden könne! — Dem Verein für Jugendspiele wird ein Areal an der Ede Dank- und Wählenstraße widerrücklich zur Verfügung als Spielplatz überlassen. Zum Schluß erfolgten noch die Auslosungen der Gemeindevorsteher. Ausgelost wurden die Gemeindevorsteher Dr. Jaeger und Fischer. Ordnungsgemäß haben auszuscheiden die Gemeindevorsteher Friebohn, Wullenweber, Grechmann, Kaele, Schulz und Lehmann. — Die dritte Abteilung der Gemeindevorsteher hat im März drei Kandidaten zu wählen.

### Wilmersdorf.

Die Gemeindevertretung war am Montag zu zwei öffentlichen Sitzungen zusammenberufen worden. In den Verhandlungen des Kanalisationsverbandes wurden die Herren Weber, Kamrath, Geffers und Dahlgraber gewählt. Die Vertretung genehmigte die Voranschläge für 1906 betreffend die Schulverwaltung, wonach die Gehaltsliste der Direktoren der höheren Schulen eine Aufbesserung erfährt. Für die fünfte Gemeindegasse ist eine Rektorstelle vorgesehen. In den Armenetät sind 50 000 M. eingelegt. Die Gebührenordnung der Friedhöfe wurde genehmigt. Zwischen der Gemeinde und dem Provinzial-Schulkollegium ist ein Abkommen getroffen worden, nach dem der Grund und Boden des Schulgrundstückes, wenn es nicht mehr zu Schulzwecken benutzt wird, wieder Eigentum der Gemeinde wird. Aus Anlaß der Silberhochzeit des Kaiserpaars wurden 500 M. Zuschuß bewilligt zu dem Zwecke, am 26. Februar in Wilmersdorf einen Fackelzug zu veranstalten. Die Räume des Parliamentshauses werden auf drei Jahre zu einem Mietpreis von jährlich 6500 M. zu Schulzwecken gepachtet. Beschlossen wird eine Betriebsklasse zu errichten. — Das Grundstück Volksgarten geht zum 1. April in Besitz der Gemeinde über und wird zum Spielplatz der Volkshochschule benutzt werden. Unser Versammlungslokal wird zu einer Turnhalle umgebaut. Die erforderlichen Mittel von 1279 M. wurden genehmigt. Damit werden wir wieder obdachlos und müssen den Kampf um ein Versammlungslokal wieder aufnehmen.

Zum 1. April scheidet folgende Gemeindevorsteher turnusmäßig aus: Hovelstadt, Klönne, Eichmann; aus der III. Klasse Radebrück. Vier Abgeordnete wurden ausgelost; in der III. Klasse fiel das Los auf Geffers. Für uns kommen demnach zum März zwei Kandidate in Frage. Die Parteigenossen am Ort müssen alles aufbieten, um diese Mandate zu erobern. — Für bessere Beleuchtung einiger Straßenzüge wurden 8000 M. bewilligt.

### Lichterberg.

Durch die Tätigkeit eines Brandstifters werden gegenwärtig die Bewohner des Vorortes Lichterberg in lebhafter Unruhe versetzt. Vorgestern abend entstand auf dem Grundstück Scharnweberstr. 5 ein Dachstuhlbrand, der jedoch, im Entstehen entdeckt, durch die Lichterberger Feuerwehr nach kurzer Zeit gelöscht werden konnte. Wie festgestellt wurde, war das Feuer durch Brandstiftung verursacht worden. Als die Wehr im Begriffe war, nach dem Depot abzurufen, wurde aus dem Hause Scharnweberstr. 3 ein Dachbodenbrand gemeldet. Auch hier gelang es den Löschmannschaften, das Feuer nach verhältnismäßig kurzer Zeit zu dämpfen, obwohl die Flammen bereits mehrere Verschläge ergriffen hatten. Nach den Ermittlungen der Feuerwehr dürfte auch in diesem Falle Brandstiftung vorliegen.

### Johannisthal.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde zunächst über den von der Wodenaugesellschaft eingereichten Bewässerungsplan

beraten. Den Bemühungen unserer Vertreter gelang es, die Verbreiterung der gesamten Straßen um 1 bis 2 Meter durchzusetzen, so daß die Gesamtbreite 23 bezw. 24 Meter beträgt. Eine Anfrage unserer Genossen, wann die Bebauung vor sich gehen solle, um die Inhaber von Lauben und Gärten vor Nachteilen zu schützen, wurde von dem Vertreter der Gesellschaft dahin beantwortet, daß sich der Zeitpunkt des Beginns bis in den Nachsommer hinzuziehen werde. Mit der Annahme dieses Planes ist die Hoffnung so manchen Laubensbesitzer dieser nunmehr schon dreijährigen Kolonie zerstört und eine große Anzahl armer Teufel dürfte Mühe und Opfer umsonst gebracht haben.

Als Abschlagszahlung für den von dem Architekten Rausch auszuführenden Gemeindehausbau wurden dem Herrn 1100 M. bewilligt. Ueber den Vorschlag der Gemeindehausbaukommission, auf diesem Grundstück auch eine Waschküche, eine Wohnung für den Förster, zwei Arrestzellen und eine Freibank vorzusehen, wurde lebhaft gestritten, schließlich aber dem Vorschlag zugestimmt bis auf die Errichtung der Freibank. Dieses Projekt wurde abgelehnt. — Die Biersteuer soll nicht wie bisher von den Brauereien, sondern von den Gastwirten erhoben werden.

Ein Antrag unserer Genossen um Gewährung einer Feuerungszulage an Lehrer, Beamte und sonstige Angestellte, und zwar an diejenigen mit einem Gehalt oder Lohn bis zu 2000 M. 50 M. auszusahlen, fand keine große Gegenliebe bei den bürgerlichen Vertretern. Herr v. Trümpfler meinte, aus demselben Grunde müßten dann auch Offiziere und Unteroffiziere der Armee einen höheren Sold erhalten. Herr Rehbein erklärte, das Bürgerium habe auch keine Erhöhung seiner Einnahmen und im übrigen sei auch nur eine Erhöhung der Fleischpreise eingetreten, wogegen die Kartoffeln bedeutend billiger geworden seien. Unseren Parteigenossen war es ein Leichtes, diese Scheingründe zu zerplännen. Der Antrag wurde schließlich zum zweiten Male verlagert mit der Begründung, noch nicht genügend informiert zu sein. Des Weiteren wurde von unseren Vertretern angefragt, ob die Kosten für Illumination der Säule aus Gemeindegeldern getragen würden. Selbst einer der bürgerlichen Vertreter fand es angezeigt, einen Beschluß der Gemeindevertretung in dieser Sache nachträglich herbeizuführen. Der Gemeindevorsteher Herr Kober war jedoch anderer Meinung; er hielt eine Abtönung darüber für überflüssig, da ja ein Fonds für derartige Zwecke vorhanden sei. Im übrigen erklärte Herr Kober, daß wir stolz darauf seien, unseres Kaisers Geburtstag zu feiern. Unsere Parteigenossen gaben ihm den Rat, dann aber auch die Kosten persönlich zu tragen und nicht auf öffentlichen Mitteln zu bedeu. Die Verwendung von Schulkindern als Fackelträger beim Kriegertumzug am 26. Januar unterzogen unsere Genossen einer Kritik. Auch der Unfug des Schießens und Abtreuens von Feuerwerkskörpern durch Schulkinder war Gegenstand der Besprechung. Passanten und Zuschauer würden durch diese Unsitte in Gefahr gebracht; auch ein bürgerlicher Vertreter schloß sich dieser Kritik an.

Schließlich führten unsere Genossen Beschwerde über die Verwendung des Nachwächters Böling beim Sicherheitsdienst in den Nachbarorten bei Gelegenheit der Wahlrechtsdemonstrationen am 21. Januar. Der Gemeindevorsteher beantwortete diese Beschwerde dahin, daß der Nachwächter der Polizeibehörde unterstehe und die Ortsverwaltung keine Befugnis über ihn habe. Die Antwort auf die Frage, wer die Kosten dieser Sache trägt, blieb der Gemeindevorsteher schuldig.

### Zehlendorf.

Die kommenden Wochen werden im Zeichen der Gemeindevahlbewegung stehen. Unsere Gegner scheinen ihre Vorbereitungen in aller Stille zu treffen, denn an die Abhaltung einer öffentlichen Gemeindevahlerversammlung haben sie sich nicht herangewagt. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre dürften sie wohl nicht allzu große Hoffnungen hegen, die arbeitende Bevölkerung für ihre Sonderinteressen einzufangen. Vor vier Jahren machte man uns noch das Anerbieten, auch einen Arbeitervertreter auf die Kandidatenliste zur Gemeindevorsteherwahl zu setzen; vor zwei Jahren ist man nicht mehr auf diesen Gedanken gekommen. Natürlich hätte dieser Arbeiter ein Himmelstwillen kein Sozi sein dürfen, sondern ein sogenannter Parodearbeiter, der in der Gemeindevertretung mit den dominierenden Herren durch die und blinn geht. Das wäre so eine Arbeitervertretung nach dem Herzen unserer Gegner. Nun, wir ziehen es vor uns auf eigene Füße zu stellen und dg wissen wir, daß, wollen wir etwas erreichen, wir für unsere Forderungen kämpfen müssen. Und in diesem Kampfe muß jeder Arbeiter sich auf unsere Seite stellen. Wenn die Arbeiter unseres Ortes, soweit sie gewerkschaftlich organisiert sind, am Tage der Wahl ihre Pflicht tun, so ist uns der Erfolg sicher. Ein sicheres Mittel, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aufzuklären und für den politischen Freiheitskampf zu gewinnen, besteht darin, daß dieselben sich dem sozialdemokratischen Wahlverein anschließen. Hinein in die politische Organisation! Hinein in den frischen, fröhlichen Wahlkampf! Zeigen wir, daß wir für unsere Ziele mit allem Nachdruck eintreten.

### Böfen.

Wir sind die Kraft.  
Wir hämmern jung das alte, morsche Ding, den Staat;  
Die wir von Gottes Jorns sind,  
Wir, das Proletariat!

Die bereits im vorigen Wahlvereinsbericht erwähnt, konnten wir erst am Sonntag in öffentlicher Versammlung Protest gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht einlegen, da uns unser früheres Lokal wieder zur Verfügung stand. Genosse A. Störmer-Verein hielt das von den Anwesenden beifällig aufgenommene Referat, das er mit den Worten schloß: „Nieder mit dem preussischen Dreiklassenwahlrecht! Hoch das allgemeine gleiche Landtagswahlrecht!“ Nach Empfehlung der bekannten Resolution wurde dieselbe einstimmig angenommen. Eine Zellerfassung für unsere russischen Brüder ergab den Betrag von 13,20 M. Noch zu erwähnen ist, daß nach Schluß der Versammlung mehrere Aufnahmen in den Wahlverein vorgenommen wurden.

### Potsdam.

Das Gewerkschaftskartell hielt am 31. d. M. seine erste Sitzung im Jahre ab, die gut besucht war und eine lange Tagesordnung erzielte. — Der Vorsitzende Kurto u macht die Vorklänge einzelner Gewerkschaften darauf aufmerksam, daß ihre Delegierten die Mandate nicht genügend ausübten. Würden die Organisationen selbst mehr darauf achten, daß die Kartellvertreter ordnungsmäßig Bericht erstatteten, so würden diese auch ihre Pflicht besser erfüllen; eventuell müßten eben andere Mitglieder delegiert werden. Dies sei z. B. bei den Steinsehnern, Tabakarbeitern u. o. notwendig. — Durch die Aufnahme der Schmiede und der schon vorher neu angegeschlossenen Gewerkschaften hat sich das Kartell auf 25 Organisationen mit 2000 Mitgliedern vermehrt, die durch 42 Delegierte



vertreten werden. — Aus dem Bericht der Delegierten Kurkau und Wesenberg über die Verhandlungen der Konferenz von Vertretern der Gewerkschaftskartelle der Regierungsbetriebe Potsdam und Frankfurt a. O., abgehalten am 17. Dezember d. J. zu Berlin, ist zu erwähnen, daß 31 Kartelle durch 50 Delegierte vertreten waren. Nur wenige Orte fehlten. Die durch die Konferenz angenommene Regelung der Unkostenfrage der zu Konferenzen einberufenen Vertreter an den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung wird genehmigt. Der Kartellkassierer Wesenberg weist dabei darauf hin, daß wir zwar auch diese neue Ausgabe noch zu tragen vermögen, über kurz oder lang werde es aber doch notwendig werden, den jetzigen, verhältnismäßig niedrigen Kartellbeitrag zu erhöhen, um allen Anforderungen an die Kartellkasse genügen zu können. Ferner weist der Kassierer auf die Reitannten hin; zur Aufstellung der Jahresrechnung sei baldige Zahlung der fälligen Beiträge nötig. Kurkau hebt dann noch die Wichtigkeit richtiger Angabe der Mitgliederzahl hervor. Unrichtige Angaben würden wohl die Lokalfassen der Organisationen wie auch das Kartell selbst schädigen, da der abzuführende Beitrag für die Kosten der genannten Konferenz nach der Kopfszahl festgesetzt werde. Diese statistischen Angaben fehlen noch von den Buchbindern, Steinmetzen, Töpfern und Steinsehern. Die Zweckmäßigkeit der Vertreterzusammenkünfte wird zum Schluß der hierüber gepflogenen Debatte allgemein anerkannt. — Eine weitere kurze Aussprache betraf die Innungs- und Arbeiterkammer. Von den beiden Beisitzern könne der Klempner Hannemann wiedergewählt werden; für den Maurer Bell sei wegen Verzugs die Aufstellung eines neuen Kandidaten notwendig. — Hierauf folgten eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen über Vorträge u. dergl. Mit Frau Margarete Walfotte soll wegen Abhaltung eines Volks-Palastabends in Unterhandlung getreten werden. — Von der Tarifänderung der Töpfer zum 1. April ex. wird Kenntnis genommen; mehrere andere Verufe planen ebenfalls Tarifbewegungen. Mit besonderem Interesse wird nunmehr der Bericht Hlobers über seine Teilnahme am Tabakarbeiterkongress in Berlin entgegengenommen. — Für den Russenfond sind beim Kartell 120 M. eingegangen. Kurkau erklärt hierzu, daß einzelne Gewerkschaften nicht auf die Listen gezeichnet, sondern größere Beträge ohne Vermittlung der lokalen Sammelstelle direkt an den Kartellkassierer oder die Parteizeitungen übergeben hätten, das sei nicht richtig. Besser und übersichtlicher wäre es, wenn alle für einen bestimmten Zweck gesammelten Gelder eines Ortes auch durch diesen insgesamt abgeführt würden. Wesenberg erwidert darauf, daß bei dem gerügten Verfahren keine Nebenabsicht abgesehen habe. In Zukunft müsse die Sache besser bekannt gemacht resp. organisiert werden. — Einen hierauf folgenden Hinweis Dreschers auf die Wichtigkeit der Diskussion über den Generalfreitag beantwortet Pruschkinski, der ausführt, daß der Wahlvereinsvorstand sich ebenfalls schon mit diesem für die moderne Arbeiterbewegung bedeutungsvollen Thema beschäftigt habe und in nächster Zeit in Verbindung mit dem Kartell einen Vortrag über den Generalfreitag arrangieren werde. — Den Schluß der interessanten Sitzung bilden ausführliche Erörterungen über unsere Parteipresse, von der eine entsprechende Berücksichtigung auch der gewerkschaftlich allgemein interessierenden Vorgänge in der zweiten Residenzstadt gewünscht wird. Die Veranlassung zu diesen Besprechungen hat ein vom Genossen Staab vorgelesener Artikel in Nr. 14 des „Potsdamer Intelligenzblattes“, der von einer angeblichen „Terrorisierung“ der Mitglieder des „Evang. Arbeitervereins“ durch die freien Gewerkschaften Schauer- geschichten in die Welt setzt, ohne die Spur eines Beweises zu bringen. — Die demnächst stattfindende, auf der Kreis-Generalversammlung in Spandau beschlossene Konferenz von Vertretern des „Vorwärts“ mit denjenigen der Parteioptionen in den Berliner Vororten wird hoffentlich auch wohl diesen etwas mehr „Raum“ bewilligen. Tatsächlich fordern auch die eigenartigen sozialen wie politischen Verhältnisse Potsdams, ebenso wie diejenigen Spandaus, eine größere Berücksichtigung durch die Parteipresse; dazu gehört aber auch eine vermehrte Unterstützung durch die organisierte Arbeiterschaft. Diese trägt selbst einen großen Teil der Schuld, daß die Dunkelmänner der hier stark protegierten Filiale des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie ihre sichtsüchtigen Praktiken so ungeniert ausüben.

**Arbeiterbildungsschule in Potsdam.** Wieder ein neuer Verein, aber diesmal ein guter. Nach dem Vorbild der Berliner Arbeiterbildungsschule hat sich auch hier vor kurzem ein Verein konstituiert, der die gleichen Ziele verfolgt. Dem neuen Bildungsverein haben sich sofort eine größere Zahl von Mitgliedern der hiesigen organisierten Arbeiterschaft angeschlossen. Ebenso hat sich der Wahlverein wie auch das Gewerkschaftskartell bereit erklärt, das neue Unternehmen in jeder Beziehung zu unterstützen und zu fördern. Der Vorstand des „Vereins Arbeiterbildungsschule für Potsdam“ setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden Landahl (Maler), dem Kassierer Grunna (Maler) und dem Schriftführer Grimm (Tischler). — Aufnahmen finden an den Jahlabenden im Restaurant Vadenthin statt. Mitglied des Vereins kann jede Person werden. —

An der Arbeiterschaft Potsdams und der Umgegend regt es nun, die neugegründete Bildungsstätte lebensfähig zu machen und sie lebenskräftig zu gestalten. Mögen sie alle die Gelegenheit benutzen, ihr Wissen und ihre Erkenntnis über das Wesen von Staat und Gesellschaft zu bereichern und auszubilden — sich selbst und der modernen Arbeiterbewegung zum Vorteil.

Infolge eines Formfehlers bei Abfassung eines Testaments ist die Stadt Potsdam um ein großes Legat gekommen. Ein kürzlich verstorbenes Fräulein Stöpel hatte der Stadt für Wohltätigkeitszwecke eine bedeutende Summe vermacht, welche die nicht glänzend dastehende zweite Residenz recht gut hätte gebrauchen können. Nun ist aber das Testament von dem Volkstreckler angegriffen worden, weil Fräulein Stöpel dasselbe handschriftlich niedergeschrieben und es richtig zu datieren vergessen hatte. Es lautet: „Potsdam, im Januar 1904“ und bei diesem unbestimmten Datum muß die Stadt Potsdam auf die glückliche Erbschaft verzichten, während einige entfernte Verwandte nun die laudenden Erben sind. Die Stadtverordnetenversammlung nahm die Mitteilung von dieser Sachlage am Freitag mit Bedauern entgegen.

## Berliner Nachrichten.

Mit einem schwedischen fahrbaren Straßenreinigungsgesetz, zu dessen Bedienung nur ein Mann gebraucht wird, werden jetzt hier Versuche gemacht. Der Apparat besteht aus einem verschlossenen Zylinder, der auf zwei hohen Rädern ruht. Der Verschlussdeckel ist so konstruiert, daß er leicht mit einem Hebel zur Erde niedergelassen werden kann. Alsdann dient er dazu, den Verschmutzungen entgegenzutreten. Der Strahler tritt, sobald der Deckel, der wie eine Schaufel geformt ist, gefüllt ist, auf den Hebel und fast automatisch entleert sich der Deckel durch Schließen des Zylinders. Dieser Apparat bezw. Karten soll ein schnelleres und besseres Reinigen der Straßen vom Mist usw. ermöglichen. Ein Regen und Zusammenschieben des Urats auf weite Dammsflächen scheint durch den Apparat vermieden zu werden, so daß er besonders bei trockenem Wetter der lästigen Staubentwicklung entgegenwirkt.

Die Rettungsgeräte an den hiesigen öffentlichen Wasserläufen sind im Jahre 1905 in 28 Fällen zur Rettung Ertrinkender in Anwendung gekommen und zwar 18mal mit und 10mal ohne Erfolg. Außerdem sind die Geräte neunmal zur Vergung von im Wasser treibenden Leuten Ertrinkender benutzt worden.

**Keine Erhöhung der Kurkosten für nichtortdangebörige Kranke.** Die Vorlage, die der Magistrat auf Wunsch der Stadtverordnetenversammlung bezüglich der Erhöhung der Kurkosten für nicht in Berlin wohnende Kranke bei der Unterbringung in Berliner Krankenhäusern eingebracht hatte, ist von dem Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Die Mehrheit des Ausschusses stellte sich auf den Standpunkt, daß der finanzielle Effekt der Erhöhung der Kurkosten für Berlin nicht ins Gewicht falle, und daß man die Vororte liberal und entgegenkommend behandeln müsse. Zum Berichtspräsidenten wurde der Stadtverordnete Singer gewählt.

**Die Nachricht von der Ergreifung des Mörders Hennig** war eine verfrühte, sie hat sich nicht bestätigt. Eine ganze Anzahl Personen wurden als der mutmaßliche Hennig fixiert, aber der richtige Hennig erfreut sich noch der goldenen Freiheit. Es erregt in allen Kreisen Staunen und Verwunderung, daß es Hennig nach seiner Ergreifung gelang, wieder zu entweichen, und wenn man die Berichte über die verwegene Flucht liest, glaubt man ein Kapitel aus dem tollsten Hintertreppentrommel vor sich zu haben. Die Kriminalpolizei konnte schon seit einiger Zeit den Mörder des Kellners Giermoth, sie war ihm auf der Spur, da glaubte sie es besonders geschickt anzufangen, daß sie Stedorf und Bild in einigen Zeitungen veröffentlichte. Eine Zeitung, der „Lokalanzeiger“, tat dies schon am Sonntag, und wie gestern von der Kriminalpolizei erklärt wurde, gegen getroffene Abrede. Natürlich bildete diese Veröffentlichung nur eine Warnung für Hennig. Aus den Montagszeitungen erfuhr Hennig zuerst, daß er nicht bloß als diebstahliger Schwindler, sondern auch als der Mörder des Kellners Giermoth gesucht wurde. In der richtigen Voraussicht, daß er überall auf die Polizei stoßen werde, sobald er Berlin verläßt, blieb er noch hier. Er kaufte sich alle Montagsblätter mit seinem Bildnis, las sie und schloß sie dann in seinem Koffer ein. Für geraten hielt er es, rasch seine Wohnung zu wechseln. Um die neue wenigstens die ersten Tage nicht verlassen zu brauchen, nahm er in seinem Koffer einige Lebensmittel: Brot, Wurst und Zwiebeln dorthin mit.

Inzwischen wurde die Verfolgung Hennigs fortgesetzt. Die ganze Nacht hindurch erhielt die Kriminalpolizei wieder Meldungen, nach denen der Verfolgte, wenigstens ein Mann in Hemdsärmeln und Mütze, bald hier bald da gesehen worden sein sollte. Die meisten Anzeigen kamen aus Tempelhof. Alle Spuren wurden sofort verfolgt, aber noch keine führte bisher zum Ziel. Gestern früh teilte nun ein Schulfreund Hennigs, der ihn genau kennt, mit, daß er ihn in anderer Kleidung in der Kopenikusstraße gesehen habe. Hiernach trägt Hennig jetzt noch kein Jackett, aber bereits einen Leberzieher und dazu noch die Mütze und die Handschuhe des Schuhmachers Krause. Wenn der ehemalige Schulfreund recht gesehen hat, so muß der Verfolgte in der Tat im Laufe der Nacht auch in Tempelhof gewesen sein; denn eine Meldung von dort gibt genau dieselbe Beschreibung an. Daß er sich nach der Kopenikusstraße gewandt hätte, wäre nicht zu verwundern, weil er jene Gegend von seinen Stellscheins und anderen Schwindelunternehmungen genau kennt. Als er seinen Schulfreund sah und erkannte, lehrte er sofort um und entfernte sich eilig nach dem Laubengarten an der Kopenikusstraße hin. Sein Bekannter hielt es für zwecklos, ihm dorthin zu folgen, benachrichtigte vielmehr die Polizei von seinen Wahrnehmungen. Es ist wahrscheinlich, daß Hennig einmal mit neuer Kleidung versehen, versucht wird, zu Fuß aus Berlin heraus nach den Vororten zu kommen. Er besitzt von der Ungezogen Berlins gute Karten und kennt nicht nur die großen Verkehrsstraßen, sondern auch die Feldwege und verborgenen Stege. Darauf wird man in den Vororten zu achten haben.

Unterdessen zeigt die Sichtung der Briefschaften und Schriftstücke, die Hennigs Kofferchen und Tasche enthielten, den gefährlichen Verbrecher immer noch von neuen Gesichtspunkten. In der letzten Zeit hat er auch die Erpressungen, in denen er sich vor Jahren schon versuchte, wieder aufgenommen, wenigstens sich dazu angeeignet. Während er sich früher mit kleinen Leuten begnügte, lassen die hochfliegenden Namen, die er sich in solchen Schriftstücken jetzt beilegte, darauf schließen, daß er jetzt höhere Kreise vornahm oder vornehmen wollte.

Die Verbrecherjagd an der Kopenikusstraße ist erfolglos geblieben. Das ganze Land und alle Lauben, ebenso die Neubauten gegenüber wurden gründlich durchsucht, aber nirgends fand man eine Spur von Hennig. Daß in mehreren Lauben Leute genötigt hatten, war zu sehen, aber das kommt sehr oft vor. Jetzt sucht man mit einem größeren Aufgebot in Weihenau. Dort ist, wie hierher mitgeteilt wurde, ein Mann gestern vormittag gesehen worden, auf den die Beschreibung des Verfolgten paßt. Er trug Latschen und Mütze und ging in Hemdsärmeln mit dem Leberzieher auf dem Arm. Es wird vermutet, daß sich Hennig dem waldreichen Teil der Umgebung Berlins zuwendet.

**Die Tragödie an der Anschlagssäule.** „Liebes gutes Trudchen, komm doch sofort, alles in Ordnung. Dein Paul und dein Vater!“ Diesen Ausruf konnte man gestern und heute an den Anschlagssäulen lesen. Ein ganzes Drama verdirbt sich unter diesen wenigen Worten. Es handelt sich wohl jedenfalls um ein junges Mädchen, eine Braut, die ihren Verlobten und ihren alten Vater verlassen hat. Vergeblich harren die Angehörigen auf die Rückkehr oder auch nur auf ein Lebenszeichen der Verschundenen. Vielleicht ist sie in der Absicht dabongegangen, sich das Leben zu nehmen. Ob der rote Fettel an der Anschlagssäule früh genug erschienen ist? Oder war es schon zu spät?

**Zum Raubmord in Reinickendorf.** Die gerichtsarztliche Untersuchung in Reinickendorf, die gestern nachmittag Kreisarzt Dr. Schulz in Gegenwart der Vertreter des Gerichts, der Staatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei an der Leiche der Frau Gerdh ausführte, hat ergeben, daß die alte Frau nicht, wie von anderer Seite berichtet wurde, mit einem Hammer oder einer Eisenkappe, sondern mit einem scharfen Werkzeug, dem Weill, das in dem Rückenraum lag, niedergeschlagen und getötet worden ist. Wie schon die Vernehmung der Leiche zeigte, war der erste wichtige Schlag von der rechten Kopfseite, der die Schädeldecke zertrümmerte und das Gehirn bloßlegte, sofort tödlich. Die anderen wurden auch nach dem Befunde der Obduktion dem Opfer wahrscheinlich erst beigebracht, als es schon am Boden lag. Frau Gerdh wurde getötet unter dem dringenden Verbot, seine Mutter ermorden und beraubt zu haben, der Staatsanwaltschaft beim Landgericht II vorgeführt. Er bestritt zwar nach wie vor die grausige Tat, kann aber die schon mitgeteilten Verdachtsgründe nicht entkräften und sein Alibi für die Zeit von 2 bis 7 Uhr nachmittags nicht beweisen.

**Die Selbstmordchronik** von gestern ist wieder sehr reichhaltig. Eine tragische Aufführung hat das rätselhafte Verschwinden der 72 Jahre alten, unverheirateten Näherin Mathilde Bremmehl gefunden. Vor einigen Wochen entfernte sich die Greisin heimlich aus ihrer Wohnung in der Wassertriftstraße 69. Die Bedauernswerte hatte vor ihrem Verschwinden geglaubt, sie werde stets von Mördernden verfolgt. Sie hatte einen Brief zurückgelassen, in welchem sie schrieb, sie gehe lieber freiwillig in den Tod, als daß sie sich von einem anderen Menschen umbringen lasse. Mächtig wurde nun aus der Spree an der Charlottenburger Brücke die Leiche einer älteren Frauensperson gefischt. Die tote war bereits derartig entstellt, daß es nicht gelingen wollte, ihre Persönlichkeit festzustellen. Erst jetzt vermochte man dies auf Grund eines bei der Leiche vorgefundenen Hauschlüssels. Es handelte sich um die verschundene Greisin. Die wahnsinnige Furcht vor dem Gedanken, sie könne ermordet werden, hatte die Unglückliche in den Tod getrieben.

Einen doppelten Selbstmordversuch unternahm die 19jährige Alwine E. Das junge Mädchen hatte bei einer Familie W. in der Oranienstraße 143 gewohnt. Gestern nachmittag schloß sie sich in ihr Zimmer ein und vergiftete sich mit einem großen Quantum Normalchlaspulver. Als hierdurch der ersuchte Tod nicht herbeigeführt wurde, schnitt sich die junge Selbstmordkandidatin auch noch die Pulsadern auf. Verwundlos fand man die Lebensmüde später am Fußboden liegen. Sie wurde sofort in das städtische

Krankenhaus in der Gütchinerstraße gebracht. Ihr Zustand ist fast hoffnungslos. Das Motiv der Tat ist angeblich auf unglückliche Liebe zurückzuführen.

Aus Verzweiflung über ein unheilbares Augenleiden Selbstmord verübt hat gestern der 38jährige Arbeiter Max Schwabe aus der Juliusstraße 27. Schon seit langer Zeit war der Bedauernswerte lungenleidend und in den letzten Wochen mußte er so furchtbare Qualen erdulden, daß er beschloß, seinem Leben ein schnelles Ende zu bereiten. Während seine Frau abwesend war, jagte sich Schw. eine Revolverkugel in die rechte Schläfe. Der Tod trat auf der Stelle ein.

**Für Unterhaltung.** Für 10 Pfennig wöchentlich kann jeder Parteigenosse für sich und seine Familie eine gute und lehrreiche Unterhaltungskarte erhalten, wenn er die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheinende illustrierte Zeitschrift „In freien Stunden“ bestellt. Der im Januar begonnene Roman „Der verlorene Sohn“ ist einer der besten Romane der Neuzeit, der auch sichtlich den allgemeinen Beifall der Leser findet wird. Wir empfehlen daher allen Lesern das Abonnement auf „In freien Stunden“, wenigstens sollte sich jeder ein Probeheft kommen lassen, das der Verlag und alle Parteibuchhandlungen, Parteispeditoren und Kolporteurs gratis zur Ansicht zustellen.

## Gerichts-Zeitung.

**Mord?** Vor dem Schwurgericht stand gestern die 88 Jahre alte Uhrmacherfrau Elisabeth Gorrtschke geborene Weber unter der Beschuldigung, durch Lysol am 30. November ihre sechs-jährige Tochter Caterina vorfälschlich, aber ohne Ueberlegung getötet und ihren sieben Jahre alten Sohn Reslet zu töten versucht zu haben. Die Verhandlung entrollte ein unsäglich trübes Familienbild. Die Frau hatte unter der Robe ihres Mannes unendlich zu leiden. Sie sah den Entschluß zu sterben und ihre Kinder durch Tod vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren, wie sie es gehabt hatte. Der Staatsanwalt plädierte auf schuldig. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Oskar Korn legte den Geschworenen mit warmen Worten nahe, ob eine Frau, die derartige Schicksale hinter sich habe und schließend in der Verzweiflung einen unüberlegten Schritt unternähme, nicht doch in einer Verwirrung in Sträubung gehandelt habe, die einen vorübergehenden Ausschluß der freien Willensbestimmung zur Folge hatte. Ihre ganze Handlungsweise erweise von vornherein verurteilend und könne nur daraus erklärt werden, daß sie in einem vorübergehenden Zustande einer krankhaften Störung der Geistestätigkeit gehandelt habe. Die an Leib und Seele gebrochene Frau habe eben vor der Tat jede Entscheidungsfähigkeit verloren und die Tat in einem solchen Augenblick begangen. Die Geschworenen kamen nach längerer Beratung zu einer Verneinung sämtlicher Schuldfragen. Die Angeklagte wurde deshalb auf Kosten der Staatskasse freigesprochen und ihre Entlassung aus der Unterhüftung angeordnet. Zu bedauern ist, daß der rohe Ehemann nicht wegen intellektueller Veranlassung der Familientragödie angeklagt ist.

## Briefkasten der Redaktion.

**H. G.** Fürsorgestellen für Lungentranke sollen Unbemittelten dienen. Was die Redakteur bezweckt? Fragt sich, was Sie von der Fürsorgestelle erhalten haben. — **Stf.** Unterricht im Französischen bei gutem Lehrer ist besser als Selbstunterricht nach Unterrichtsbüchern. — **G. E. 7.** Stadtrat Krugs Testament vermacht der Stadt Berlin rund 1 Million Mark zu Wohltätigkeitszwecken, z. B. Altersversorgungsanstalt, Krugs Verwandtschaft kennen wir nicht. — **R. E. 100.** Hohenhausen, Hellanfall für Strampel und tuberkulöse Kinder. 2 M. pro Tag. Keine Freireiten. Eventuell gahlt die Armenverwaltung. Meldung: Universitätsklinik für Orthopädie, Am Juktus 9.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktschulldirektion. Rindfleisch Ia 63—66 pr. 100 Pfund, Ia 54—62, IIa 49—53, IVa 39—47, Kalbfleisch Ia 82—90, IIa 65—80, IIIa 55—64, Hammelfleisch Ia 63—73, IIa 57—62, Schweinefleisch 74—80, Rotmilch 0,40—0,52, Dammilch 0,45—0,60, Hufen 3,70—3,80, Raminchen 1,00—1,15, Hühner pro Stück, alte 1,60—3,00, junge 1,25—1,50, do. IIa 0,90—0,90, Lenden junge 0,50—0,75, alte 0,45—0,50, Enten, do. 0,90, Gänse pr. Pfd. Ia 0,90—0,90, IIa 0,90—0,90, russische 0,40—0,60 R., Schmalz 00—00 R., Munder 10—18 R. pro 100 Pfd., Geste 111—112 R., Schmalz, unsort. 117 R., Kase, groß 00,00, mittel 00,00, Käse 42—44 R., Karpfen 0,00, Rheinlachs 0,00, Seelachs 00,00 pr. 50 R., Schottische Vollheringe (getrocknet) 40—44 R., Eier, Schod 4—4,25, Butter pro 100 Pfund Ia 118—120, IIa 114—118, IIIa 110—114, abfallende 00—00, Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote 2,00—2,20, Rote 0,90—0,90, blaue 0,90—0,90, runde weiße 1,80—2,00, Birkinghol pr. Schod 7,00—12,00, Weighol pr. 100 Pfd. 2,75—3,25, Kattol pr. Schod 6,00—10,00, hol. 15—16 R., Saure Gurken, Schod 2,00 R., Pfeffergurken 2,00 R.

## Witterungsüberblick vom 7. Februar 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C.
Stolmenbr.	764 B		1 bedekt	0	Saparanda	752 GSB		4 bedekt	-1		
Dammburg	766 GSB		3 wolfig	1	Petersburg	767 G		2 Regen?	-8		
Berlin	765 GSB		2 bedekt	-1	Sibir	728 RRD		2 halb bb.	7		
Kraus a. M.	766 R		1 bedekt	0	iberden	765 B		1 halb bb.	8		
Rindchen	765 GSB		3 Schnee	-4	Paris	769 RRD		1 bedekt	-2		
Wien	761 B		2 Schnee	-0							

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 8. Februar 1906.** Vorherrschend wolfig mit Schneefällen und mäßigen nordwestlichen Winden; Temperatur wenig verändert. Berliner Wetterbureau.

**Eduard Möller** 307V\*  
Hüte, Mützen, Pelzwaren  
Riedorf, Bergstr. 24.

**Leih-Haus** Altestes konz.  
Charlottenburg,  
Friedrich-Karl-Platz 12,  
Berlin, Anklamer-Strasse 2.  
Beliehung von Brillanten, Gold- und Silberarbeiten, Uhren, Diamanten, Schmuck, Kleidungsstücke etc. 354V\*  
Charlottenburg,  
Wilmsdorferstr. 40 I.  
Hohe Beliehung, Diskr. Sprechzimmer

**Emil Hoegner**  
Grunewaldstraße 108.  
Wäsche, Weiß-, Woll- und Manufakturwaren.  
Vorgezeichnete und fertige Handarbeiten.  
Herren-Artikel.  
Mitglied von 8 Rabatt- u. Sparvereinen.  
268V\*